

## Kapitel A: Einleitung

### 1. Problemstellung

Einen Monat vor der Bundestagswahl 1998 veröffentlichte WDR 2, ein Radioprogramm des Westdeutschen Rundfunks, eine Aufsehen erregende Studie über das rechtsextreme Wählerpotenzial unter Gewerkschaftsmitgliedern. Danach war die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft "keine Barriere für die Wahl einer rechtsextremistischen Partei. Im Gegenteil: bei Gewerkschaftsmitgliedern findet sich eine überdurchschnittliche Bereitschaft zu einem derartigen Votum"<sup>1</sup>. Infratest dimap hatte für den WDR unter anderem eine Sekundärauswertung von eigenen Umfragedaten des "Deutschland-Trends" im Zeitraum von Mai bis August 1998 durchgeführt<sup>2</sup> und war auf der Grundlage der Wahlbereitschaftsfrage<sup>3</sup> zu folgendem Ergebnis gelangt:

"Ein typisches Gewerkschaftsmitglied ist links, wählt die SPD und lehnt rechtsextremistische Parolen ab.' Wie falsch dieses Klischee ist deckt die WDR 2-Studie auf. Denn das rechtsextreme Wählerpotenzial beträgt deutschlandweit elf Prozent. Bei den nichtorganisierten Wahlberechtigten ist es dagegen deutlich niedriger: sieben Prozent. (...) Bemerkenswert ist auch der Ost-West-Vergleich: In den neuen Bundesländern ist das rechtsextreme Wählerpotenzial mit neun Prozent insgesamt etwas größer als in den alten Bundesländern, wo es sieben Prozent beträgt. Aber in Westdeutschland ist das rechtsextreme Wählerpotenzial unter Gewerkschaftern mit elf Prozent um vier Prozentpunkte höher als das bei den Nichtmitgliedern. Im Unterschied dazu entspricht in den neuen Bundesländern die Neigung von Gewerkschaftern zu rechtsaußen agierenden Parteien mit zehn Prozent in etwa dem Wert für alle ostdeutschen Wahlberechtigten (neun Prozent). In diesem Zusammenhang räumt die Studie mit einem weiteren Klischee auf: Die Gewerkschafter im Westen sind eben nicht weniger gefeit gegen die Anfälligkeit für rassistische Hetzparolen als ihre Kolleginnen und Kollegen im Osten."<sup>4</sup>

- 
- 1 Claudia Dammann, DGB-Mitgliedschaft: Keine Barriere gegen rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotenzials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin: Elefanten Press 1999, S. 201-226, Zit. S. 204.
  - 2 Das rechtsextreme Wählerpotential bei Gewerkschaftsmitgliedern. Eine Untersuchung von Infratest dimap im Auftrag von WDR 2, Köln, August 1998, vvf. Ms., 20 S.
  - 3 "Könnten Sie sich prinzipiell vorstellen, bei der Bundestagswahl im September die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen?" Zum rechtsextremen Wählerpotenzial wurden die Befragten gerechnet, die mit "ja, sicher" oder mit "ja, vielleicht" geantwortet haben.- Die Wahlbereitschaftsfrage ist von der Frage nach der tatsächlichen Wahlabsicht ("Sonntagsfrage") zu unterscheiden: "Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen (Landtagswahlen etc.) wären?"
  - 4 Dammann (Anm. 1), S. 202.

Besonders hervorgehoben wurde in der ausgiebigen Medienberichterstattung der Befund, dass 32 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder im Alter von 18 bis 24 Jahren die Wahl einer rechtsextremen Partei erwogen<sup>5</sup>. Dass die Studie so große Resonanz hatte, dürfte auch daran gelegen haben, dass Infratest dimap die Ergebnisse in der "Schlussbemerkung" - wenn auch in Frageform - dramatisierte:

"Diese Ergebnisse werfen folgende Fragen auf: Ist ein eindeutiges rechtsradikales Wählerpotential bei Gewerkschaftern ein Anzeichen dafür, dass die Gewerkschaften ihre Rolle als Interessenvertreter dieser Arbeitnehmer verlieren und diese auf Dauer eventuell nicht mehr in das etablierte politische und gesellschaftliche System einbinden können? Oder entwickeln sich Einstellungen des rechtsradikalen Wählerpotentials in den gewerkschaftlichen Kommunikationsstrukturen selbst und sind damit ein Indiz für Probleme des Rechtsradikalismus innerhalb der Gewerkschaften? Zu diesen Fragen konnten mit den vorliegenden Daten leider keine Antworten gegeben werden, weitere Forschung ist hier nötig."<sup>6</sup>

Tatsächlich war das Problem seit mindestens zehn Jahren, seit den Wahlerfolgen der Ende 1983 gegründeten Republikaner, bekannt. Die Schönhuber-Partei erreichte im Januar 1989 bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von West-Berlin 7,5 Prozent der Stimmen und zog mit elf Vertretern in das Parlament ein. Und im Juni desselben Jahres brachte sie es bei der Europawahl auf zwei Millionen Wähler (7,1%) und sechs Mandate. Übereinstimmend gelangten damals alle Wahlanalysen zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Arbeitnehmer an den REP-Anhängern überdurchschnittlich hoch war. Dabei handelte es sich vor allem um einfache, gering qualifizierte Arbeiter und Angestellte, aber auch um Facharbeiter. Gewerkschaftsmitglieder waren entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten. Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim kommentierte dies so: "Keineswegs sind die Gewerkschaften ein Bollwerk gegen eine Entwicklung am rechten Parteienrand, weder bei den Arbeitern noch bei den Angestellten."<sup>7</sup>

Als überraschend wurde empfunden, dass die Republikaner gerade auch in großstädtischen Regionen und in industriellen Ballungsgebieten erfolgreich waren und hier teilweise tiefe Einbrüche in traditionelle SPD-Hochburgen erzielten. In einer von der IG Metall initiierten Untersuchung wurde über die Attraktivität der Republikaner für spezielle Arbeitnehmergruppen folgendes ausgeführt:

"Unter sozioökonomischen Gesichtspunkten sind die Republikaner eine Partei der 'kleinen Leute'. Sie finden überdurchschnittliche Resonanz in Dienstleistungszentren und in urbanen (auch

---

5 "Umfrage: Jeder dritte junge Gewerkschafter erwägt, rechts zu wählen", in: Der Tagesspiegel v. 28.8.1998.

6 Das rechtsextreme Wählerpotential (Anm. 2), S. 9.

7 Dieter Roth: Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1989, B 41-42, S. 10-20, Zit. S. 14.

klein- und mittelstädtisch geprägten) Regionen, die weithin durch moderne Industrien, wirtschaftliche Prosperität, starken sozialen Wandel, hohe Mobilität und abnehmende Milieubindungen gekennzeichnet sind. Zumeist hat hier die CDU/CSU eine außerordentlich erfolgreiche Modernisierungspolitik betrieben. Die überwiegend männlichen REP-Anhänger zählen jedoch in der Regel nicht zu den Nutznießern dieser Politik, sondern eher zum unteren Drittel der Gesellschaft, das unter den negativen Begleitumständen der Modernisierung leidet, für sich keine Berufs- bzw. Zukunftsperspektiven sieht und sich von den regierenden Parteien, zumeist eben von den Unionsparteien, im Stich gelassen fühlt. Sie wohnen oft in von der Stadtpolitik vernachlässigten unwirtlichen Arbeitervierteln mit schlechter Bausubstanz und mangelnder Infrastruktur. Während die Regionen insgesamt durch eine breite, gut verdienende Mittelschicht geprägt sind, leiden die Anhänger der Republikaner eher unter dem hohen Preisniveau, steigenden Mieten und drohender Privatisierung von Wohnraum. Die Attraktivität der Regionen zieht Arbeitssuchende, Ausländer und Asylsuchende an, die sich in den einfachen Quartieren niederlassen und zur weiteren Verschärfung der Verhältnisse beitragen. Entscheidend für die Wahlerfolge der Republikaner scheinen in erster Linie also nicht absolute, sondern relative Deprivation (Benachteiligung), nicht Armut und soziales Elend, sondern ungleiche Lebenschancen von 'Modernisierungsverlierern' und 'Modernisierungsgewinnern' zu sein."<sup>8</sup>

Im Vorwort zu dieser Untersuchung schrieb der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit:

"Der DGB hat zwar immer auf ein nennenswertes rechtsextremes und ausländerfeindliches Potenzial aufmerksam gemacht..., trotzdem können auch wir nicht von uns behaupten, wir seien auf die neue Situation vorbereitet. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht gegen den rechtsradikalen Bazillus immunisiert."

Bis dahin hatte unter Gewerkschaftern die Auffassung vorgeherrscht, dass - wie es der ehemalige GdP-Vorsitzende Hermann Lutz ausdrückte, "Gewerkschaftszugehörigkeit immunisierend gegen Nationalsozialismus und Faschismus wirkte, wenn auch mit Ausnahmen"<sup>9</sup>. Das Abschneiden der Republikaner bei den Wahlen in Berlin habe die Gewerkschaften "überrascht", ebenso die Tatsache, dass "selbst die Mitgliedschaft eines Arbeitnehmers in einer DGB-Gewerkschaft nicht gegen den rechtsextremen Virus immun macht"<sup>10</sup>.

Die Gewerkschaften wurden also nicht erst durch die WDR-Studie für das Problem des Rechtsextremismus in den eigenen Reihen sensibilisiert, sondern bereits Ende der achtziger Jahre. Bis dahin hatten sie durchaus Grund zu der Annahme, dass ihre Mitglieder weithin immun gegen Rechtsaußen-Parolen waren. So schrieb der damalige Infas-Chef Klaus Liepelt 1967 in einer Untersuchung über die Anhänger der NPD:

---

8 Richard Stöss: Die Republikaner. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, 2. überarb. u. erw. Aufl., Köln: Bund-Verlag 1990, S. 106.

9 Hermann Lutz: Gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am Beispiel der Gewerkschaft der Polizei, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, Essen: Klartext 1990, S. 290-300, Zit. S. 291 f.

10 Hermann Lutz: Gewerkschaften und Rechtsextremismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 40. Jg. (1989), H. 9, S. 577-584, Zit. S. 577.

"Unter den Anhängern der NPD sind Gewerkschaftsmitglieder selten. Nur bei einem Sechstel der potenziellen Rechtswähler bestehen Bindungen an eine Arbeitnehmerorganisation; der Anteil ist nur etwa halb so groß wie beim Bevölkerungsdurchschnitt. Daher haben sich bei den vergangenen Landtagswahlen außer den katholischen Gebieten auch jene Regionen gegenüber der NPD als besonders widerstandsfähig erwiesen, in denen alte Arbeitnehmertraditionen ungebrochen fortbestehen."<sup>11</sup>

Und die SINUS-Studie ermittelte noch 1979/80 einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern am rechtsextremen Einstellungspotenzial: "Gewerkschaftsmitglieder zeigen sich dagegen weit eher resistent gegenüber rechtsextremen Einstellungen"<sup>12</sup> als andere Untersuchungsgruppen (Landwirte, Selbständige, ungelernete Arbeiter in mittelständischen Betrieben etc.). Selbst wenn sich die Verhältnisse seitdem verändert haben sollten, wäre es verfehlt, den Aspekt der Immunität aus den Augen zu verlieren. Es kann nämlich nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch heute noch bestimmte Mitgliedergruppen als wenig anfällig für Rechtsextremismus erweisen, dass Gewerkschaften in Teilbereichen immer noch ein Bollwerk gegen Rechtsextremismus sind. Wir werden in diesem Zusammenhang von der "**Immunsierungsthese**" sprechen.

Erst mit den Wahlerfolgen der Republikaner setzte eine intensive Beschäftigung mit dem neuen Rechtsextremismus in Gewerkschaften<sup>13</sup> und Sozialwissenschaften ein. Es wurden zwar einige mehr oder weniger empirisch abgesicherte Thesen über die Ursachen des Erfolgs von rechtsextremen Parteien in der Arbeitnehmerschaft formuliert (sozialer und technologischer Wandel, Individualisierung und Flexibilisierung, Integrationsverlust der Volksparteien). **Auf die Frage allerdings, warum Gewerkschafter mittlerweile genau so anfällig für Rechtsextremismus geworden sind wie die Bevölkerung insgesamt, hatten weder die Gewerkschaften noch die Sozialforschung eine Antwort. Im Grunde genommen wurde die Frage zunächst auch gar nicht gestellt.** Vermutlich wurde es als zwangsläufige Begleiterscheinung des Befunds bzw. der These hingenommen, dass die Kerngruppen der alten Industriegesellschaft besonders stark durch die sozio-ökonomischen Veränderungen, durch die Globalisierung der Märkte und die Internationalisierung von Politik bedroht sind. Denn die Gewerkschaften gelten schließlich weithin als Interessenvertretung dieser Kerngruppen. Und daher interessierten vor allem die Motive dieser Gruppen für die Wahl rechtsextremer Parteien.

---

11 Klaus Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg. (1967), H. 1, S. 237-271, Zit. S. 245, s. a. S. 247.

12 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben...". Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1981, S. 90.

13 Dass die Gewerkschaften auch in den fünfziger und sechziger Jahren den Rechtsextremismus, insbesondere die NPD, intensiv bekämpft haben, kann hier nicht weiter vertieft werden.

Der Beitrag der Gewerkschaftsmitglieder zu den Wahlerfolgen der Rechtsextremen war allerdings uneinheitlich. Nach Falter übten die Gewerkschaften 1993 "auf ihre Mitglieder - übrigens in Ost- und Westdeutschland in ungefähr dem gleichen Ausmaße - nach wie vor eine gegenüber den Rechtsparteien immunisierende Wirkung aus"<sup>14</sup>. Dieser Befund war auf Umfragedaten ("Sonntagsfrage") gestützt. Bei der Europawahl 1994 (die Republikaner verfehlten damals mit 3,9% den Wiedereinzug in das Europaparlament) entschieden sich jeweils rund vier Prozent der Organisierten und der Unorganisierten für die Schönhuber-Partei<sup>15</sup>. Auch im Stammland der Republikaner, in Bayern, votierten Gewerkschaftsmitglieder bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 genau so häufig für die Republikaner wie Nicht-Mitglieder<sup>16</sup>. In Baden-Württemberg allerdings, wo die Republikaner 1992 und 1996 mit 10,9 Prozent bzw. 9,1 Prozent in den Landtag einzogen, unterstützten Gewerkschaftsmitglieder die rechtsextreme Partei wesentlich häufiger als Nicht-Mitglieder. 1992 betrug das Verhältnis 16,6 Prozent zu 9,8 Prozent, 1996 12 Prozent zu neun Prozent<sup>17</sup>. Bei der Wahl in Sachsen-Anhalt im April 1998, wo die DVU 12,9 Prozent erreichte, optierten Gewerkschaftsmitglieder allerdings unterdurchschnittlich für eine rechtsextreme Partei (11% zu 14%). In der Infratest dimap-Studie hieß es dazu: "Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft stellt ... im Vergleich zu den Nichtmitgliedern noch eine gewisse Barriere gegen die Wahl rechtsextremer Parteien dar."<sup>18</sup> Bei der Bundestagswahl 1998 entschieden sich dann 3,9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für Rechtsaußenparteien, wenig mehr als der Durchschnitt der Wähler (3,3%).

Der Zuspruch von Gewerkschaftsmitgliedern zu rechtsextremen Parteien schwankte also, von Immunität konnte aufs Ganze gesehen keine Rede sein, und selbst eine "gewisse Barriere" gegen Rechtsextremismus war nur ausnahmsweise zu beobachten. Vielmehr bewegten sich die Sympathien der Organisierten für rechtsextreme Parteien grosso modo auf dem Niveau des Bevölkerungsdurchschnitts, oft sogar deutlich darüber. Die Schlussfolgerung allerdings, dass die Wähler der Republikaner oder der DVU - und damit auch die Gewerkschaftsmitglieder - Rechtsextremisten seien, war reine Spekulation. In der Wahlforschung herrschte zunächst so-

---

14 Jürgen W. Falter: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München: Beck 1994, S. 89.

15 Forschungsgruppe Wahlen: Europawahl. Eine Analyse der 4. Direktwahl zum Europaparlament 9. bis 12. Juni 1994, Mannheim 1994, S. 25.

16 Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. Oktober 1990, Mannheim 1990, S. 20; Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. September 1994, Mannheim 1994, S. 16.

17 Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. April 1992, Mannheim 1992, S. 18; Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 24. März 1996, Mannheim 1996, S. 18.

18 Das rechtsextreme Wählerpotential (Anm. 2), S. 18, 7.

gar die Auffassung vor, die Republikaner seien eine Protestpartei<sup>19</sup> und ihre Wahl stelle "rationales Protestwählen" dar<sup>20</sup>. Der Frage, inwieweit die Wähler der Republikaner rechtsextrem eingestellt sind, ist zunächst überhaupt nicht nachgegangen worden. Eine auf Berlin beschränkte Untersuchung gelangte 1993 zu dem Ergebnis, dass die Republikaner weder eine reine Protestpartei noch eine Partei waren, die ausschließlich von Rechtsextremisten gewählt wurde. Die Wahrheit lag irgendwo in der Mitte: 40 Prozent der Wähler der Schönhuber-Partei zeichneten sich durch ein rechtsextremes Weltbild aus<sup>21</sup>, das Gewicht des Protestmotivs konnte allerdings nicht genau beziffert werden. Auch spätere Untersuchungen bestätigten, dass nur rund die Hälfte der Anhänger extrem rechter Parteien auch rechtsextrem orientiert ist<sup>22</sup>.

Die WDR-Studie lieferte also keine substantiell neuen Einsichten und ging auch nicht der wichtigen Frage nach dem rechtsextremen **Einstellungspotenzial** unter Gewerkschaftsmitgliedern nach. Ihre enorme Medienresonanz bewirkte allerdings, dass sich die Gewerkschaften nun intensiver mit dem Rechtsextremismus in den eigenen Reihen befassten. Zehn Jahre zuvor - als erstmalig deutlich geworden war, dass Gewerkschafter nicht (mehr?) immun gegen Rechtsextremismus sind - blieben sie zwar nicht untätig. Es wurden unzählige Beschlüsse gefasst, Stellungnahmen und Argumentationshilfen erarbeitet, Forschungen gefördert, Dokumentationen und Materialien für die Bildungsarbeit publiziert und Aktionen durchgeführt. Aber der Rechtsextremismus wurde als etwas Äußerliches<sup>23</sup> angesehen, das es - zumeist in Gestalt der Republikaner - zu bekämpfen galt. Der Rechtsextremismus in den eigenen Reihen wurde kaum problematisiert<sup>24</sup>. Die WDR-Studie wurde in den Gewerkschaften intensiv diskutiert<sup>25</sup>, wobei auch der Rechtsextremismus innerhalb der Gewerkschaften kritisch analysiert wurde. 1998 wurde unseres Wissens erstmalig die These in die Debatte eingebracht, dass die Gewerkschaften diesbezüglich die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen widerspiegeln. Das IG Metall-Periodikum "direkt" zitierte die für die Studie zuständige WDR-Redakteurin Claudia Dammann wie folgt:

---

19 Dieter Roth: Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, B 37-38, S. 27-39.

20 Franz Urban Pappi: Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, B 21, S. 37-44, Zit. S. 38.

21 Richard Stöss: Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1993, B 11, S. 50-61, Datenangabe S. 60.

22 Vgl. zum Beispiel Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Aufl., Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2000, S. 142.

23 So auch: Deutscher Gewerkschaftsbund - Bundesvorstand: Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Red. Dieter Pougün, Berlin: DGB-Bundesvorstand 2000, S. 4.

24 Ein typisches Beispiel für den damaligen Umgang mit dem Rechtsextremismus ist folgende Publikation: Wolfgang Uellenberg: "Die Republikaner" - eine rechte Partei im Aufwind. Erste Analysen und Positionen, DGB-Bundesvorstand, Abt. Gewerkschaftliche Bildung, Düsseldorf o. J. (1990?).

25 Dammann (Anm. 1), S. 206 ff.

"Die Neigung zum Rechtsextremismus bei Gewerkschaftern entsteht möglicherweise auch aus Enttäuschung, Wut und Angst wegen der Hilflosigkeit der Gewerkschaften. Da Gewerkschaftsmitglieder Teil der Gesellschaft sind, ist ihre Offenheit für rechtsextremistische Parolen zudem ein Spiegel des Rechtsrucks der gesamten Gesellschaft."<sup>26</sup>

Die "**Spiegelbildthese**"<sup>27</sup> wurde auch vom damaligen Leiter der Abteilung Jugend beim IG-Metall Vorstand, Reinhard Hahn, vertreten. Er antwortete auf die Frage "Ziehen Gewerkschaften Rechtsextreme an?": "Nein. Aber Gewerkschaften sind ein Spiegelbild der Gesellschaft - da finden sich auch alle Unsicherheiten und Zukunftsängste wider."<sup>28</sup> Und auf die Frage "Aber warum sind gerade junge Gewerkschafter überdurchschnittlich anfällig für rechtsextreme Parteien" führte Hahn aus:

"Eine Erklärung könnte sein: Wer sich in einer Gewerkschaft organisiert, ist mehr um die Zukunft besorgt als andere. Wenn nun die wirtschaftliche Situation unübersichtlich oder bedrohlich erscheint, steigern sich die Ängste. Da greift eine Art Wohlstandschauvinismus: Jeder denkt ausschließlich an sein Wohl. Die Gewerkschaften unterstützen diese Haltung ungewollt, aber eindeutig - etwa, wenn sie sich einseitig als 'Tarifmaschine' verstehen und ihren gesellschaftspolitischen Auftrag nicht mehr ernst nehmen."

Und etwas später in dem Interview:

"Wir haben auf allen Ebenen autoritäre Strukturen, die besonders den Jugendlichen wenig Raum für eigene Initiativen und Entscheidungen lassen. Wenn sie sich nicht entfalten können, oft auch alleingelassen fühlen, wenden sie sich innerlich von der Gewerkschaft ab - auch wenn sie noch Mitglied bleiben."<sup>29</sup>

Die WDR-Studie dürfte auch den innergewerkschaftlichen Entscheidungsprozess über den Umgang mit Rechtsextremismus beschleunigt haben. Der 16. Ordentliche Bundeskongress des DGB hatte bereits im Juni 1998 auf Antrag des Landesbezirks Sachsen beschlossen, den DGB-Bundesvorstand zu beauftragen, "aus gewerkschaftlicher Sicht die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zu analysieren und Handlungsperspektiven für die Gewerkschaften zu erarbeiten"<sup>30</sup>. Mit ihrer Forderung nach Einsetzung einer entsprechenden Kommission konnten sich die Sachsen auf dem Bundeskongress zwar nicht durchsetzen, Anfang Oktober des Jahres entschied sich der DGB-Bundesvorstand dann aber doch für eine Rechtsextremismus-Kommission, die ihren Schlussbericht schließlich im März 2000 vorlegte. Dieser Bericht

---

26 direkt Nr. 17 v. 2.9.1998, S. 5.

27 Der Begriff wurde unseres Wissens erstmalig von Jaschke in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht, der ihn im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus bei der Polizei verwandt hat. Vgl. Hans-Gerd Jaschke: Fremdenfeindliche Tendenzen in der Polizei. Anmerkungen zu einem umstrittenen Phänomen, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 191-209, Zit. S. 198.

28 direkt Nr. 17 v. 2.9.1998, S. 5.

29 direkt Nr. 17 v. 2.9.1998, S. 5.

30 Schlussbericht (Anm. 23), S. 60.

enthält eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Forschungsergebnisse und einen ausführlichen Teil über Handlungsfelder. Der Abschnitt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus", der sich mit dem innergewerkschaftlichen Rechtsextremismus befasst, wird mit der Spiegelbildthese eingeleitet:

"Die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern virulent sind, ist weder neu noch sonderlich überraschend. Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. (...) Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur."<sup>31</sup>

Die Erklärung des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus mit Verweis auf Entwicklungen innerhalb der "Mehrheitskultur" steht im Widerspruch zu der These, dass Gewerkschaftsmitglieder früher mehr oder weniger immun gegen Rechtsextremismus waren. Wenn Gewerkschaften heute tatsächlich ein Abbild der Gesellschaft wären, dann hätten sie es auch in der Zeit des Aufstiegs der NPD und in den siebziger Jahren sein müssen, es sei denn, die Verfechter der Spiegelbildthese können plausibel erklären, warum Gewerkschaftsmitglieder seither so anfällig für rechtsextreme Parolen geworden sind. Dies ist jedoch nicht der Fall. Daher erscheint es geboten, nach weiteren Erklärungsversuchen für den innergewerkschaftlichen Rechtsextremismus zu suchen.

Interessante Hinweise dazu lieferten die Befunde der Tübinger Forschergruppe um Josef Held, Hans Werner Horn, Rudolf Leiprecht und Athanasios Marvakis<sup>32</sup> (an der auch Reinhard Hahn beteiligt war), die auch im Schlussbericht der Rechtsextremismus-Kommission des DGB Erwähnung fanden. Diese Gruppe befasste sich bereits seit 1987 mit dem Rechtsextremismus unter (gewerkschaftlich organisierten) jugendlichen Arbeitnehmern. Mit den Ergebnissen werden wir uns später noch ausführlicher befassen. Hier geht es uns zunächst nur um folgenden Aspekt: Die Untersuchungen weisen überzeugend nach, "dass Auszubildende, die Mitglied in einer Gewerkschaft sind, stärker rechte Orientierungen befürworten, im Vergleich zu ihren unorganisierten Kolleginnen und Kollegen"<sup>33</sup>. Die Studien förderten aufschlussreiche Beobachtungen über Leistungsideologie, Konkurrenzverhalten und Entsolidarisierung, über Wohlstandschauvinismus und nationales Standortdenken von jungen Leuten zutage. Sie belegten auch,

---

31 Schlussbericht (Anm. 23), S. 32 f.

32 Vgl. die Literaturübersicht von Rudolf Leiprecht/Josef Held/Athanasios Marvakis/Hans Horn: Jugendliche und Rechtsextremismus. Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 1992, S. 74 ff. (Manuskripte 68)

33 Reinhard Hahn/Hans-Werner Horn: Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, hrsg. v. IG Metall-Vorstand, Abt. Jugend, Sonderdruck IDEEN, 2. Aufl., Frankfurt a. Main 1997, S. 24.



dass sich organisierte Jugendliche stärker durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlen als unorganisierte und dass sich (einige) junge Gewerkschafter von ihrer Interessenvertretung Schutz für den eigenen Arbeitsplatz erhoffen, dass sie Gewerkschaften als ein "Versicherungsunternehmen"<sup>34</sup> für Deutsche betrachten und damit Ausgrenzungen in Kauf nehmen oder (in Krisensituationen) sogar erwarten.

"Die Untersuchung zeigt, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Leistungsorientierung und den politisch rechten Orientierungen gibt. Insbesondere steht die Leistungsorientierung in einem engen Bezug zum Konventionalismus. Bestehende Verhältnisse sozialer Ungleichheit werden nicht in Frage gestellt, und gegenüber denjenigen, die den herrschenden Normen nicht entsprechen, besteht eine Ausgrenzungsbereitschaft."<sup>35</sup>

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Gewerkschaften unter Umständen besondere Anziehungskraft auf leistungsorientierte und konventionalistisch orientierte Jugendliche ausüben können, weil diese sich von der Organisation Schutz vor Arbeitslosigkeit oder unliebsamer (ausländischer) Konkurrenz versprechen. Und da gerade diese Jugendlichen nach Held u.a. durch nationalistische und wohlstandschauvinistische Mentalitäten geprägt sind, könnte das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich groß ausfallen. Wenn es um die Behauptung geht, dass Gewerkschaften - aus welchen Gründen auch immer - eine besondere Attraktivität auf rechtsextrem eingestellte Personen ausüben, werden wir von "**Anziehungsthese**" sprechen.

Eine Variante der Anziehungsthese stellt die "Modernisierungsverliererthese" dar. Sie sollte ursprünglich das Wahlverhalten von Arbeitnehmern zugunsten der Republikaner erklären, im Schlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus wurde sie aber auch zur Deutung des überdurchschnittlichen Rechtsextremismus unter jungen Gewerkschaftsmitgliedern herangezogen:

"Wenn rechtsextreme Orientierungen am besten im Segment der 'Modernisierungsverlierer' gedeihen würden und Gewerkschaftsmitglieder hier überproportional vertreten wären, hätte man einen möglichen Hinweis auf die Frage gefunden, warum das rechtsextreme Wählerpotenzial unter gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen größer ist als unter den Jugendlichen insgesamt."<sup>36</sup>

Mit der Anziehungsthese wird teilweise auch die Vermutung verknüpft, dass Gewerkschaften - direkt oder indirekt, gewollt oder ungewollt - zur Ausbreitung des Rechtsextremismus beitragen. So gibt auch die Tübinger Forschergruppe den Gewerkschaften eine gewisse Mitschuld an der wachsenden Fremdenfeindlichkeit in Deutschland:

---

34 Hahn/Horn (Anm. 33), S. 39.

35 Hahn/Horn (Anm. 33), S. 51.

36 Schlussbericht (Anm. 23), S. 34.

"Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit von Betrieben ist heute eng verbunden mit der Standortfrage im internationalen Konkurrenzkampf. Hierin liegt eine gewisse Gefahr, Gewerkschaftspolitik mehr und mehr auf die Ebene von Betriebspolitik zu verengen. Dabei gerät eine gesamtgesellschaftliche Perspektive notgedrungen zugunsten einer betrieblichen Konkurrenzperspektive aus den Augen. Soziale Gerechtigkeit wird weg geschoben aus dem betrieblichen Verantwortungsbereich, denn hier ist sie eher störend. Sie behindert leicht die Konkurrenzfähigkeit."<sup>37</sup>

Nach Leggewie stehen die Gewerkschaften derzeit nicht gerade "in vorderster Front" im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit. Und weiter:

"Wer sich in Gewerkschaftskreisen umhört, erfährt: eine 'ausländerfreundliche Kampagne' würden die wenigsten Kolleginnen und Kollegen mittragen. Wir haben doch andere Sorgen. Wer kümmert sich denn um uns? Angesichts dieser Stimmung gehen die Funktionäre auf Tauchstation, und wecken den Leu lieber nicht... Der schlafende Löwe heißt: Facharbeiterprotektionismus. (...) Einwanderer gelten traditionell als Lohndrücker. Ihr massenhafter Einsatz könnte jene sozialpolitischen Standards aushöhlen, die nur im Reservat eines nach außen abgeschotteten Arbeitsmarktes erreichbar und zu halten waren. (...) Anfang der 70er Jahre befürworteten die Gewerkschaften den staatlichen Anwerbestopp; den sog. 'Inländerprimat' im Arbeitsrecht – erst die Deutschen, dann die Ausländer – verteidigen sie bis heute."<sup>38</sup>

Dass Gewerkschaften eine gewisse Anziehungskraft auf rechtsextrem eingestellte Personen ausüben, könnte auch die Folge der "von verschiedenen Gewerkschaftsvertretern eingestandenen autoritären Strukturen und Rituale innerhalb der eigenen Institution"<sup>39</sup> sein. Gelegentlich wurde ihnen sogar ein Verzicht auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus in den eigenen Reihen vorgeworfen, weil sie "selbst einen erheblichen Teil der eigenen Mitgliedschaft nicht (mehr) erreichten"<sup>40</sup>, oder weil der Rechtsextremismus innerhalb der Organisation gar nicht zur Kenntnis genommen bzw. geleugnet werde.

Insgesamt findet seit dem Ende der achtziger Jahre eine intensive Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit dem Rechtsextremismus statt. Im Vergleich zu ihrem Engagement gegen die NPD in den sechziger Jahren, das weithin dem traditionellen Antifaschismus verpflichtet war, sind die Aktivitäten gegen den zeitgenössischen Rechtsextremismus umfassender angelegt, indem sie sich auf die gesamte Breite des gesellschaftlichen Ursachenspektrums beziehen

---

37 Hahn/Horn (Anm. 33), S. 50.

38 Claus Leggewie: Gewerkschaftshäuser zu Fluchtburgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg. (1991), H. 12, S. 1433-1434. Bei diesem etwas pauschalen Vorwurf des Protektionismus wird es allerdings sorgfältig zu unterscheiden gelten zwischen der legitimen Schutzfunktion der Gewerkschaften gegen Lohndrückerei und der ethnisch-rassistisch-nationalistischen Umdeutung des Konkurrenzverhältnisses. Dazu gehört auch, dass „Inländerprimat“ in Deutschland heute nicht mehr „Deutschenprimat“ bedeutet.

39 Dammann (Anm. 1), S. 218. Siehe auch die oben zitierte diesbezügliche Aussage von Reinhard Hahn.

40 Wilhelm Heitmeyer: Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 43. Jg. (1992), H. 10, S. 620-633, Zit. S. 623. Ähnlich kritisch auch Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus, Standortnationalismus und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52. Jg. (2001), H. 11-12, S. 726-730.

und sich oft auch in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Kräften, Projekten und mit den Sozialwissenschaften vollziehen. Anders als früher konzentriert sich die Aufmerksamkeit nicht mehr nur auf die Nachwirkungen des Faschismus in der Demokratie, sondern hauptsächlich auf die gewandelten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, die die Ausbreitung des Rechtsextremismus bis hinein in die soziale Basis der Gewerkschaften begünstigen. Zweifellos hat die WDR-Studie dazu beigetragen, dass auch der Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern stärkere Beachtung findet. Und es wird als erklärungsbedürftig angesehen, warum Gewerkschaftsmitglieder mehr oder weniger genauso anfällig dafür sind wie Unorganisierte.

Dafür wurde in der gewerkschaftsinternen Debatte zunächst die Spiegelbildthese herangezogen. Ihre Plausibilität erschließt sich wohl erst im Kontext der damaligen Bewertung der Republikaner. Gelinde gesagt tat sich die politische, mediale und wissenschaftliche Öffentlichkeit damals schwer, die Partei in die Tradition des deutschen Rechtsextremismus zu stellen, und erst Recht, sie als rechtsextrem zu bezeichnen. Claus Leggewie sprach von einer "Neuen Rechten" bzw. von einem "Extremismus der Mitte"<sup>41</sup>. Allenthalben wurde von nun an betont, dass es sich dabei nicht um ein Randphänomen handle, sondern dass die neue Rechte in der Mitte der Gesellschaft gedeihe, dass alle Bevölkerungsgruppen betroffen seien und dass sie als Bestandteil der Mehrheitskultur begriffen werden müsse. (Auch die Gewerkschaften taten sich - anders als bei der NPD - mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen schwer.) Da der neue Rechtsextremismus weithin als gesamtgesellschaftliches Phänomen eingeschätzt wurde, drängte sich die These auf, dass er auch vor Gewerkschaftsmitgliedern nicht Halt macht.

Die Spiegelbildthese wirft allerdings mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Bekanntlich wird sie auch im Zusammenhang mit der Polizei und der Bundeswehr bemüht<sup>42</sup>. Dagegen haben Kritiker eingewandt, dass derartige Institutionen womöglich besondere Anziehungskraft auf autoritäre Persönlichkeiten ausüben. Dass ein - wechselseitiger - Zusammenhang zwischen Institutionen und Mentalitäten besteht, kann getrost angenommen werden, insbesondere dann, wenn es sich

---

41 Claus Leggewie: Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten, Berlin: Rotbuch 1989. Vgl. auch Hans-Martin Lohmann (Hrsg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt a. Main: Fischer Taschenbuch-Verlag 1994.

42 Jaschke (Anm. 27).- Die Spiegelbildthese wurde anlässlich der Vorlage des Berichts des Wehrbeauftragten des Bundestages im Jahr 1991 kritisch diskutiert. Im Berliner Tagesspiegel v. 14.3.2001 hieß es dazu: "Dem neuen Wehrbeauftragten Willfried Penner ist überdies zugute zu halten, dass er sich nicht mit der parteiübergreifend beliebten Erklärung zufrieden gibt, der Rechtsextremismus sei 'von außen' in die Bundeswehr hineingetragen worden und die Armee also nichts weiter als ein Spiegel der Gesellschaft. Diese Spiegeltheorie ist beunruhigend, aber falsch. Penner benennt, warum die Armee junge Männer mit rechtsextremen Tendenzen besonders anzieht: das Interesse am Umgang mit Waffen, die Vorliebe für Uniformen und strenge Führungsstrukturen."

- wie im Fall der Gewerkschaften - um ihrem Selbstverständnis nach *politische* Institutionen handelt. Stellt man in Rechnung, dass sich Gewerkschaften nicht nur als Interessenorganisationen sondern auch als Wertegemeinschaften mit allgemeinpolitischem Anspruch verstehen, als "Reformbewegung", deren Handeln durch "Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz"<sup>43</sup> geprägt ist, dann wird man es nicht gerade als selbstverständlich betrachten, wenn ihre Mitglieder mit dem Rechtsextremismus sympathisieren, weil er gerade "im Trend" liegt. Im Gegenteil: Die Spiegelbildthese widerspricht dem institutionellen Selbstverständnis der Gewerkschaften. Daher ist zu bezweifeln, dass Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen und Wertorientierungen ein getreues Abbild der Bevölkerung darstellen. Vielmehr kann erwartet werden, dass Gewerkschaften spezifische Werte vermitteln bzw. Personen mit derartigen Orientierungen anziehen. Dafür finden sich in der Literatur auch einige empirische Belege: Gewerkschaftsmitglieder stufen sich beispielsweise betont links ein, schreiben sich eine höhere politische Kompetenz zu als Unorganisierte, bekunden ein stärkeres politisches Interesse und setzen sich besonders für soziale Gerechtigkeit ein<sup>44</sup>.

A priori kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Gewerkschaften nicht (mehr) als Wertegemeinschaften, sondern (nur noch) als reine Interessenorganisationen angesehen werden bzw. wirken. Dann gäbe es die genannten Selektionsmechanismen nicht, und dann könnten sich Gewerkschaften durchaus als Spiegelbild der Gesellschaft erweisen. In diesem Fall müsste die Übereinstimmung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern aber allgemein gelten und nicht nur für den speziellen Fall des Rechtsextremismus. Anderenfalls wäre aufzuklären, warum die Spiegelbildthese nur für diesen Sonderfall gilt. Folglich muss zwischen der **allgemeinen Spiegelbildthese**, die sich auf politische Orientierungen schlechthin bezieht, und der **speziellen Spiegelbildthese**, die sich auf den Sonderfall des Rechtsextremismus bezieht, unterschieden werden.

Unklar ist auch, worin die Objekte der Widerspiegelung bestehen. **Was wird widergespiegelt?** Zum einen werden ökonomisch-soziale und technologische Entwicklungen genannt, die maßgeblich zur Übernahme von Rechtsextremismus bei speziellen Arbeitnehmergruppen beitragen. Und da diese Arbeitnehmergruppen zur Stammklientel der Gewerkschaften zählten, sei

---

43 Alle Zitate aus dem DGB-Grundsatzprogramm vom November 1996.

44 Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin, April 2001, S. 57 ff., 118. Vgl. auch Richard Stöss/Reinhart Schneider/Menno Smid: Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989 (Forschungsprojekt: Wandel des politischen Bewusstseins von Arbeitnehmern).

Rechtsextremismus eben auch unter Gewerkschaftsmitgliedern weit verbreitet. Zum anderen wird auf Einstellungen und Werte der politischen Mehrheitskultur verwiesen und behauptet, dass Gewerkschaften, weil sie nicht im luftleeren Raum existierten, zwangsläufig durch diese Mehrheitskultur geprägt seien. Objekte der Widerspiegelung sind zunächst also die **soziale Lage** und **politische Einstellungen**. Daraus folgt in letzter Konsequenz, dass auch die **Ursachen** des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern identisch sein müssten mit denen bei Nicht-Mitgliedern. Und das bedeutete, dass eine gesonderte Untersuchung des gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus entbehrlich wäre. Allenfalls könnten sich vertiefende Analysen über die allgemeinen Determinanten des Rechtsextremismus als nützlich erweisen, deren Ergebnisse dann auch für Gewerkschaftsmitglieder Gültigkeit hätten.

Gegen die Spiegelbildthese lassen sich aber auch gute Gründe anführen. Zunächst einmal konfliktiert sie - wie erwähnt - mit der Immunsierungsthese: Warum sind Gewerkschaftsmitglieder heute nicht mehr immun gegen Rechtsextremismus? Warum waren sie früher kein Spiegelbild der Gesellschaft? Die Immunsierungsthese entspricht immerhin dem Selbstverständnis der Gewerkschaften, und sie wird auch für die sechziger und siebziger Jahre durch einige empirische Befunde gestützt. Gleichwohl stellt sich die Frage, für welchen Zeitraum ihre Gültigkeit beansprucht wird: Gilt sie für die Weimarer Republik, für die Zeit des Nationalsozialismus, für die Nachkriegszeit, bis zum Beginn der achtziger Jahre, bis heute? Da sich Gewerkschaftsmitglieder zumindest in den letzten Jahren der Weimarer Republik - trotz des antifaschistischen Selbstverständnisses der Gewerkschaften - in gewissem Umfang für den Nationalsozialismus begeisterten<sup>45</sup>, kann auch die Immunsierungsthese nicht problemlos übernommen werden, zumal heute mit Blick auf die Mitgliederschaft insgesamt von Immunität offenbar keine Rede sein kann. Allerdings könnten sich einzelne Mitgliedergruppen als mehr oder weniger anfällig für Rechtsextremismus erweisen, und es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich bestimmte Gruppen als völlig resistent erweisen. Ferner spricht gegen die Spiegelbildthese, dass sich Gewerkschaftsmitglieder von Nicht-Mitgliedern - jedenfalls teilweise - in Bezug auf politische Einstellungen und Wertorientierungen unterscheiden. Auch darauf haben wir bereits verwiesen. Und schließlich sei daran erinnert, dass Gewerkschaftsmitglieder in sozialstruktureller Hinsicht definitiv kein Abbild der Bevölkerung darstellen.

---

45 Peter Jahn: Einleitung, in: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, Köln: Bund-Verlag 1988, S. 9-62, insbes. S. 41 ff.

Mit diesen Einwänden soll die Spiegelbildthese vorab nicht etwa pauschal verworfen werden, vielmehr scheint uns eine differenzierte Analyse des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus angezeigt. Da beileibe nicht alle Gewerkschaftsmitglieder, sondern nur ein kleiner Teil von ihnen, mit rechtsextremen Vorstellungen sympathisieren, muss der Frage nachgegangen werden, ob einzelne Mitgliedergruppen besonders anfällig für - bzw. mehr oder weniger resistent gegenüber - Rechtsextremismus sind. Wenn die Mitgliederschaft nicht als homogener Block sondern als differenzierte Teilgesellschaft betrachtet wird, wenn der Fokus der Analyse auf einzelne Mitgliedergruppen gerichtet ist, schließen sich die Spiegelbildthese, die Immunisierungsthese und die Anziehungsthese nicht notwendigerweise gegenseitig aus. Alle drei Thesen könnten sogar - auf unterschiedliche Mitgliedergruppen bezogen - Gültigkeit haben.

Die **Leitfrage** unserer Untersuchung lautet daher: Wie findet Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften?

- ▶ **Bilden Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft, weil sie genauso den globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt sind wie Nicht-Mitglieder und daher genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Unorganisierte,**
- ▶ **oder organisieren Gewerkschaften vorrangig bestimmte soziale Gruppen bzw. Mentalitäten, die Rechtsextremismus konstitutionsbedingt eher anziehen bzw. eher abwehren?**

Diese Leitfrage berührt die Identität der Gewerkschaften. Wären sie in soziologischer und politischer Hinsicht nur ein schlichtes Abbild der Gesellschaft, dann stünde ihr im Grundsatzprogramm fixiertes institutionelles Selbstverständnis auf schwachen Füßen. Unsere Ausgangsvermutung lautete denn auch, dass die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, dass sich Gewerkschaftsmitglieder von den Unorganisierten durch eine besondere Mentalität unterscheiden. Wir sind bei der Konzipierung der Untersuchung sogar davon ausgegangen, dass die gewerkschaftsspezifischen Einstellungen und Wertorientierungen ein zusammenhängendes Überzeugungssystem ("belief system") bilden. Gestützt auf eine Voruntersuchung<sup>46</sup> nahmen wir an, dass Teile dieses Überzeugungssystem gegen Rechtsextremismus immunisieren, andere dagegen Anschlussmöglichkeiten für Rechtsextremismus bieten. Dass sich Gewerkschaftsmitglieder insgesamt hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus nicht wesentlich von den

---

46 Stöss, Gewerkschaften (Anm. 44).

Unorganisierten unterscheiden, hofften wir damit erklären zu können, dass bei einigen Mitgliedergruppen viele Andockmöglichkeiten vorhanden sind, während bei anderen Mitgliedergruppen die Abwehrkräfte überwiegen.

Im Ergebnis wurden unsere Ausgangsvermutungen allerdings nicht durchgängig bestätigt. Vor allem konnten wir nur für Funktionäre ein gewerkschaftliches Überzeugungssystem ermitteln. Berechtigt war allerdings die Zurückweisung der allgemeinen Spiegelbildthese, und es trifft auch zu, dass Gewerkschaftsmitglieder durch diverse soziale und mentale Merkmale charakterisiert sind, die Rechtsextremismus entweder eher abwehren oder eher anziehen.

**Das gesellschaftspolitische Anliegen der Untersuchung besteht darin, genauere Kenntnisse über Ursachen und Merkmale des gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus, insbesondere ein differenziertes Wissen über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen bei unterschiedlichen Mitgliedergruppen zu erlangen.** Mit den auf Immunität und Anfälligkeit gerichteten Untersuchungsfragen beabsichtigen wir, Multiplikatoren, Adressaten und Inhalte zu identifizieren, die auch für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus von Bedeutung sein könnten. Die Gruppen, die sich als besonders resistent gegen Rechtsextremismus erweisen, könnten als "opinion leader" mobilisiert werden, um gezielt spezielle Adressatengruppen anzusprechen, die sich durch große Anfälligkeit für Rechtsextremismus auszeichnen. Um entsprechende Diskurse inhaltlich auszugestalten und zu initiieren, müssen Informationen darüber vorliegen, an welchen Stellen der gewerkschaftsspezifischen Sozialstrukturen und Orientierungen rechtsextreme Ideologien andocken können und worauf ihre sozioökonomisch begründete Attraktivität beruht.

Das sozialwissenschaftliche Motiv für die Durchführung der Studie besteht darin, den höchst unbefriedigenden Forschungsstand zu verbessern. **Denn Gewerkschaften sind Terra incognita der (empirischen) Rechtsextremismusforschung.** Zwar liegt eine Fülle von - auch empirisch gesättigten - Untersuchungsergebnissen zum Rechtsextremismus vor, aber die Ergebnisse beziehen sich entweder auf die Bevölkerung insgesamt oder auf spezielle soziale Segmente (Jugendliche, Frauen etc.). Der gewerkschaftliche Rechtsextremismus wurde bislang nicht systematisch erforscht. Zwar berücksichtigen Wahlanalysen zumeist auch die Präferenzen von Gewerkschaftsmitgliedern für rechtsextreme Parteien, aber derartige Präferenzen stellen aus den genannten Gründen keine verlässlichen Indikatoren für rechtsextreme Einstellungen dar. Rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern sind bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher Bemühungen gewesen. Die wenigen vorliegenden Arbeiten stellen Regionalstudien dar, die sich überdies zumeist auf Jugendliche beziehen. Eine repräsentative

Studie, die sich systematisch mit der Anfälligkeit von Gewerkschaftsmitgliedern für Rechtsextremismus und mit den dafür maßgeblichen Ursachen befasst, ist daher dringend erforderlich.

## 2. Forschungsstand

Die Rechtsextremismusforschung befasst sich mit sehr unterschiedlichen Gegenständen<sup>47</sup>. Auf der **Mikroebene** geht es um individuelle Einstellungen und um Verhaltensabsichten bzw. Verhaltensweisen, wobei sich letztere auf Mitgliedschaften in Organisationen, auf die Unterstützung von Gruppen und Organisationen, auf Protestverhalten und Gewalt sowie auf Wahlverhalten beziehen. Auf der **Mesoebene** interessieren Bewegungen, informelle Gruppen und Organisationen (insbesondere Parteien), dabei vor allem ihre Entwicklung, Ideologie und Programmatik, Praxis, Binnenstruktur, Nachwuchsrekrutierung sowie ihre Interaktionen. Und auf der **Makroebene** werden Herrschaftssysteme (Nationalsozialismus, Peronismus, Militärregime etc.) untersucht. Angesichts der Breite des Forschungsfeldes werden wir uns in diesem Abschnitt nur insoweit mit dem Forschungsstand beschäftigen, als er unsere Thematik, nämlich rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern, berührt.

Wir weisen an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Wahl rechtsextremer Parteien unterschieden werden muss. Wähler von Rechtsaußen-Parteien sind nicht notwendigerweise Rechtsextremisten. In der Literatur werden beide Ebenen

---

47 Einen Überblick bieten: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000 (Buchhandelsausg.: Leske + Budrich, Opladen); Christoph Butterwegge: Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung, in: Christoph Butterwegge/Birgit Griese/Coerw Krüger/Lüder Meier/Gunther Niermann, Rechtsextremisten in Parlamenten, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 9-53; Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996; Uwe Backes/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl. (Neuausgabe), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1996; Richard Stöss: Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 23-66; Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe - Positionen - Praxisfelder, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994; Armin Pfahl-Traugber: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn: Bouvier 1993.- Eine Zusammenfassung der geschlechterspezifischen Forschungen liefert Gertrud Siller: Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 30 ff.- Zu den Herrschaftssystemen vgl. z.B. Juan Linz: Totalitäre und autoritäre Regime, hrsg. v. Reinhard Krämer, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2000; Eckhard Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1996 (Buchhandelsausg.: Nomos, Baden-Baden).



oft vermengt und die Beweggründe für die Wahl rechtsextremer Parteien als Ursachen für Rechtsextremismus ausgegeben. "Tatsächlich verlangt die Frage: 'Warum bilden sich in einer Personengruppe rechtsextreme Einstellungen heraus?' eine andere Antwort als die Frage: 'Warum unterstützen Wähler rechtsextreme Parteien?'"<sup>48</sup>

## 2.1 Begriffsbestimmung

Bezüglich der Begriffsbestimmung können wir uns kurz fassen. Zwar hält die Literatur eine Fülle von - teilweise sehr differenzierten - Definitionen bereit, was angesichts der Komplexität des Gegenstandes auch kaum verwunderlich ist<sup>49</sup>. Für unsere auf die Mikroebene gerichteten Zwecke reicht zunächst<sup>50</sup> der Hinweis aus, **dass es sich bei rechtsextremen Einstellungen um antidemokratisches Denken handelt, das die Eigengruppe (Rasse, Ethnie, Nation) bevorzugt oder gar für höherwertig erklärt und zugleich Fremdgruppen abwertet, diskriminiert oder ausgrenzt, ihnen im Extremfall sogar die Existenzberechtigung abspricht.** Mit anderen Worten: Nationalismus und Ethnozentrismus bilden zwei Seiten derselben Medaille.

Dieser Tenor prägt nahezu alle einschlägigen Definitionsversuche<sup>51</sup>. Heitmeyer hat die griffige Formel entwickelt, dass es sich bei rechtsextremen Orientierungen um die Ideologie der Ungleichheit verbunden mit der Akzeptanz von Gewalt handelt<sup>52</sup>. Dabei sei Ungleichheit das "zentrale, integrierende Kernstück rechtsextremistischer Ideologie", Gewalt das "zentrale, integrierende Kernstück rechtsextremistischen politischen Verhaltens". Wie bereits angedeutet, erscheint uns die Vermengung von Einstellungen und Verhalten problematisch zu sein. Ob (und unter welchen Bedingungen) rechtsextreme Einstellungen in entsprechendes Verhalten um-

---

48 Jürgen R. Winkler: Rechtsextremismus: Gegenstand - Erklärungsansätze - Grundprobleme, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 38-68, Zit. S. 49.

49 Kritisch: Ulrich Druwe (unter Mitarbeit von Susanne Mantino): "Rechtsextremismus". Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 66-80; Thomas Kliche: Interventionen, Evaluationsmaßstäbe und Artefaktbildung. Zehn Thesen zur Konstruktion von Rechtsextremismus, in: Hans-Günther Heiland/Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 57-84.

50 Wir kommen später noch einmal auf das Definitionsproblem zurück.

51 Neuerdings häuft sich die Verwendung des Begriffs "Rechtspopulismus". Damit ist offenbar eine "Light"-Variante des Rechtsextremismus auf der Mesoebene gemeint, die vor allem im Zusammenhang mit bestimmten Parteien genannt und zumeist auf deren Führungsstruktur und deren Propaganda bezogen wird. Für die Mikroebene ist dieser Terminus bislang noch nicht präzisiert worden.

52 Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München: Juventa 1987, S. 15 f.

schlagen, ist eine Forschungsfrage, die vorab nicht definitorisch ausgeklammert werden darf. Eine bessere Orientierungshilfe bietet das Angebot von Jaschke:

"Unter 'Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen."<sup>53</sup>

Merkmale des Rechtsextremismus sind also **Demokratiefeindschaft und völkisch-nationalistische Orientierungen**. Wie wir rechtsextreme Einstellungen messen, werden wir später ausführlich begründen<sup>54</sup>. Hier sei nur angemerkt, dass es sich beim Rechtsextremismus um ein komplexes Einstellungsmuster handelt, das mehr umfasst als nur Fremdenfeindlichkeit. Die in der Literatur oft vorgenommene Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Ethnozentrismus ist unzulässig<sup>55</sup>. Daher darf von den Ursachen für Fremdenfeindlichkeit auch nicht auf die Ursachen von Rechtsextremismus geschlossen werden. Im Übrigen stellt Rassismus (wie auch Antisemitismus) ein eigenes, interdisziplinäres Forschungsfeld dar, dessen Befunde hier nicht gesondert abgehandelt werden können.

Im Folgenden werden wir uns auf die für unser Vorhaben einschlägigen Konzepte und Faktoren zur Erklärung von Rechtsextremismus konzentrieren. Da die sprachliche Verwendung der verschiedenen Begriffe (Terminologie) verwirrend ist, dazu vorab einige Anmerkungen: In der empirischen Sozialforschung wird der Begriff "**Ursache**" gerne vermieden. Man spricht vorzugsweise von "**Erklärung**". Dabei wird zwischen **Erklärungskonzepten** und **Erklärungsfaktoren** unterschieden. "Konzepte" bezieht sich dabei vor allem auf die theoretische Begründung der Erklärungen, "Faktoren" sind die konkreten, empirisch messbaren Begründungen. **Statistisch gesehen** soll Rechtsextremismus also mittels konkreter Faktoren erklärt werden. Rechtsextremismus wird dabei als die **abhängige Variable** bezeichnet, die Erklärungsfaktoren bilden die

---

53 Jaschke, Rechtsextremismus (Anm. 47), S. 31.

54 Siehe dazu unten Kap. B2 u. B3.

55 "Xenophobie oder Fremdenfeindlichkeit ist ein integraler Bestandteil rechtsextremer Orientierungen... Xenophobie geht jedoch über Rechtsextremismus im engeren Sinne hinaus, nicht jede fremdenfeindliche Einstellung kann legitimerweise gleich als rechtsextremistisch klassifiziert werden. Andererseits können derartige Einstellungen einen Nährboden für die Ausprägung umfassenderer extremistischer Haltungen bilden, einen Ausgangspunkt für die Ausbildung eines komplexen rechtsextremistischen Syndroms." Manfred Küchler: Xenophobie im internationalen Vergleich, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 248-262, Zit. S. 248.

**unabhängigen Variablen**, die auch als **Determinanten**, in der Statistik vorzugsweise als **Prädiktoren** gelten.

## 2.2 Erklärungsansätze und Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus

In der Literatur finden sich unterschiedliche Typologien für die Determinanten des Rechtsextremismus. Pfahl-Traughber unterscheidet beispielsweise zwischen dem faschismustheoretischen, dem Modernisierungsoffer-, dem extremismustheoretischen und dem Politische-Kultur-Ansatz<sup>56</sup>. Heitmeyer nennt den historischen, den ökonomischen, den politischen, den gesellschaftsbezogenen und den sozialpsychologischen Erklärungszugang<sup>57</sup>. Birsl teilt die entsprechenden Befunde in vier Komplexe ein: den politisch-verfassungsrechtlich orientierten, den soziologisch orientierten, den politisch Kultur orientierten und den subkulturell orientierten Ansatz<sup>58</sup>. Winkler unterscheidet zunächst zwischen Persönlichkeitsfaktoren und Umweltfaktoren, schlüsselt letztere dann weiter auf in "Formen und Wirkungen von Ungleichgewichtszuständen", "Integration in die Gesellschaft" und "Wirkungen der politischen Kultur"<sup>59</sup>. Wir orientieren uns im Folgenden weithin an Winkler, weil sich seine Darstellung besonders für die empirische Sozialforschung eignet.

### 2.2.1 Persönlichkeitsfaktoren

Persönlichkeitsansätze basieren auf der Vorstellung, dass den politischen Orientierungen der Menschen bestimmte Charaktertypen oder wenigstens doch Persönlichkeitseigenschaften zu Grunde liegen. Maßgeblich für diese Theorie ist die "**Authoritarian Personality**" von Adorno u.a. In der Einleitung schreiben die Autoren:

"Die Untersuchungen, über die hier berichtet wird, waren an der Hypothese orientiert, dass die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine 'Mentalität' oder einen 'Geist' zusam-

---

56 Pfahl-Traughber (Anm. 47).

57 Wilhelm Heitmeyer: Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1994, S. 29-69, hier S. 44.

58 Ursula Birsl: Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie, Opladen: Leske + Budrich 1994, S. 53 ff.

59 Jürgen R. Winkler: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 25-48; vgl. a.: Winkler, Rechtsextremismus (Anm. 48), S. 38-68.

men gehaltenes Denkmuster bilden, und dass dieses Denkmuster Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur ist."<sup>60</sup>

Der autoritäre Charakter hat nach Adorno u.a. neun Dimensionen, wobei die ersten drei als besonders wichtig eingestuft wurden<sup>61</sup>:

- Konventionalismus (starre Bindung an die konventionellen Werte des Mittelstands),
- autoritäre Unterwürfigkeit,
- autoritäre Aggression<sup>62</sup>,
- Anti-Intrazeption (Abwehr des Subjektiven, Phantasievollen),
- Aberglaube und Stereotypie,
- Machtdenken und Kraftmeierei,
- Destruktivität und Zynismus,
- Projektivität (Disposition, an gefährliche Dinge zu glauben),
- Sexualität (übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen).

Mit dem Konzept des autoritären Charakters sollten ursprünglich die Erfolge des Faschismus sozialpsychologisch erklärt werden. Forschungsleitend war die Überlegung, dass sich die Macht des Nationalsozialismus nicht allein auf gewaltsame Unterdrückung gründen konnte, dass "die Aufrechterhaltung und Steigerung der objektiven Repression nur gelingt, wenn in Familien, Schulen und Betrieben Menschen geformt werden, die ein subjektives Bedürfnis nach autoritärer Herrschaft und Unterordnung haben"<sup>63</sup>. Bald bediente sich auch die Rechtsextremismusforschung der Methoden und Befunde der Autoritarismusforschung, die infolge der Auseinandersetzung mit der Pilotstudie von Adorno u.a. eine rasante Entwicklung nahm<sup>64</sup>. Dabei entfernte

---

60 Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford: *The Authoritarian Personality*, New York: Harper & Row 1950, S. 1.

61 Adorno u.a. (Anm. 60), S. 228; Übersetzung nach: Theodor W. Adorno: *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1973, S. 45.

62 Autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäre Aggression resultieren aus dem psychoanalytischen Konzept des sado-masochistischen bzw. autoritär-masochistischen Charakters. Vgl. Erich Fromm: *Sozialpsychologischer Teil*, in: *Studien über Autorität und Familie*. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris: Librairie Felix Alcan 1936, S. 77-135, insbes. S. 110 ff.

63 Michaela von Freyhold: *Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen*, Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt 1971, S. 13.

64 Siehe z.B. Richard Christie/Marie Jahoda (Hrsg.): *Studies in the Scope and Method of The Authoritarian Personality*. *Continuities in Social Research*, Glencoe: The Free Press 1954; Gerda Lederer: *Die "Autoritäre Persönlichkeit": Geschichte einer Theorie*, in: Gerda Lederer/Peter Schmidt (Hrsg.), *Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993*, Opladen: Leske + Budrich 1995, S. 25-58; Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*, Opladen: (Forts. nächste Seite)

sich die Forschung zunehmend von dem ursprünglichen psychoanalytischen Ansatz und stützte sich mehr und mehr auf kognitionspsychologische und lerntheoretische Theorien. So kritisierte Rokeach beispielsweise an der "Autoritären Persönlichkeit", dass mit der F[aschismus]-Skala nicht allgemeiner, sondern rechtsgerichteter Autoritarismus gemessen würde. Er bemühte sich daher um die Entwicklung eines Autoritarismus-Maßes, das unabhängig von politischen Orientierungen allgemeinen Autoritarismus erfasst. Seine **Dogmatismus-Skala** beruht auf der Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen Überzeugungssystemen. Dogmatisch eingestellte Menschen zeichneten sich durch ein geschlossenes Überzeugungssystem aus, das als stabiler kognitiver Orientierungsrahmen wirke und Informationen abwehre, die mit den bestehenden Überzeugungen nicht kompatibel sind, die bedrohlich erscheinen und Angst erzeugen. Dogmatiker neigten besonders zu undifferenziertem Denken und zur Verherrlichung von Autoritäten<sup>65</sup>. Auf ähnlichen Überlegungen basiert das **Rigidität-Flexibilität-Konzept** von Rubenowitz. Rigidität bedeutet dabei die blinde Akzeptanz von Normen, Werten, Verhaltensweisen und Restriktionen, die von Autoritäten vorgegeben werden<sup>66</sup>.

Schumann hat die Skala **Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (AS-KO)** entwickelt:

"Eine Kernannahme ist den meisten theoretischen Ansätzen [der Autoritarismusforschung] gemein: 'autoritäre', 'dogmatische' oder 'konservative' Menschen neigen (zumindest ursprünglich) zu Ängstlichkeit, insbesondere in Situationen, die aus ihrer Sicht mit 'Ungewissheit' und Ambiguität verbunden sind - und sie neigen als 'Gegenreaktion' dazu, kognitive Orientierungssysteme zu entwickeln, die dazu beitragen, Ungewissheit und Ambiguität zu mindern. (...)

Ein 'stabiles kognitives Orientierungssystem' beinhaltet per Definition:

1. die eindeutige und allgemeingültige Zuordnung von Beschreibungsmerkmalen und Bewertungen zu 'Objekten' (im weitesten Sinne) der Umwelt,
2. klare (einfache und eindeutige), allgemeingültige Verhaltensregeln,
3. die (weitgehende) zeitliche Konstanz der Punkte 1 und 2 sowie
4. die Neigung zur Einordnung der eigenen Person in 'geregelte Abläufe'.<sup>67</sup>

---

Leske + Budrich 2000; Helmut M. Artus: Autoritäre Persönlichkeit. Zur Aktualität eines Konzepts, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften 2003.

65 Milton Rokeach: The Open and Closed Mind. Investigations Into the Nature of Belief Systems and Personality Systems, New York: Basic Books 1960. Vgl. a. Klaus Roghmann: Dogmatismus und Autoritarismus. Kritik der theoretischen Ansätze und Ergebnisse dreier westdeutscher Untersuchungen, Meisenheim a. Glan: Hain 1966.

66 Sigvard Rubenowitz: Emotional Flexibility-Rigidity as a Comprehensive Dimension of Mind, Stockholm: Almqvist & Wiksell 1963.

67 Siegfried Schumann: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien, München/Wien: Oldenbourg 2001, S. 130, 132.

Altemeyer verzichtet dagegen bewusst auf die Entwicklung eines Konzepts zur Messung von allgemeinem Autoritarismus, weil sich derartige Konzepte in theoretischer und empirischer Hinsicht als problematisch erwiesen hätten. Er konzentriert sich auf die Konstruktion einer **"Right-Wing-Authoritarianism"-Skala**, die das Konzept der "Autoritären Persönlichkeit" pragmatisch auf die ersten drei Dimensionen (Konventionalismus, Unterordnung und Aggressivität) reduziert<sup>68</sup>. Ray geht noch einen Schritt weiter und verkürzt das Konzept auf das Bedürfnis, anderen den eigenen Willen aufzuzwingen, andere zu beherrschen. Seine **Direktivitäts-Skala** beschränkt sich mithin auf die Dimension "autoritäre Aggression" und klammert damit die "autoritäre Unterwürfigkeit" aus, die einen essenziellen Bestandteil des ursprünglich psychoanalytisch fundierten Konzepts der "Autoritären Persönlichkeit", eben des "sado-masochistischen Charakters", bildet<sup>69</sup>. Er begründet dieses Verfahren mit der Beobachtung, dass es der Forschung nicht gelungen sei, einen (statistischen) Zusammenhang zwischen autoritären Orientierungen und autoritärer Praxis nachzuweisen. Daher sei Autoritarismus als aggressives, dominantes und destruktives Verhalten zu konzeptionalisieren<sup>70</sup>. Da Autoritarismus antidemokratische Tendenzen begünstigt, wurde auch der Frage nach dem **Zusammenhang von Autoritarismus und politischer Apathie** nachgegangen. Schließlich liegt der Gedanke nahe, dass zwischen beidem "auch ein psychologisch vermittelter Zusammenhang besteht"<sup>71</sup>. In der Forschung wurden jedoch zwei verschiedene Typen ermittelt: der apathische Autoritäre und der politisch interessierte Autoritäre. Während der Erstgenannte "antidemokratischen Tendenzen dadurch zum Durchbruch verhilft, dass er sie passiv hinnimmt", ist der Letztgenannte bereit, "solche Bestrebungen aktiv zu unterstützen, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt"<sup>72</sup>.

Folgt man Oesterreich, dann hat die neuere Autoritarismusforschung "eine Reihe von Konzepten hervorgebracht, die sich als Spezifizierungen oder Präzisierungen des von der Berkeley-Forschergruppe entwickelten Konzepts verstehen. (...) Sie konzentrieren sich auf die Erfassung einer Persönlichkeitsvariablen und geben den in den älteren Autoritarismustheorien formulierten

---

68 Bob Altemeyer: *Enemies of Freedom. Understanding Right-Wing Authoritarianism*, San Francisco usw.: Jossey-Bass 1988; Bob Altemeyer: *Right-Wing Authoritarianism*, Winnipeg: The University of Manitoba Press 1981.

69 "Aggressivität gegen sozial Schwächere und autoritäre Unterwürfigkeit sind die Invarianten aller autoritären Syndrome." Freyhold (Anm. 63), S. 227.

70 John J. Ray: *Do Authoritarians Hold Authoritarian Attitudes?*, in: *Human Relations*, 29. Jg. (1976), H. 4, S. 307-325.

71 Freyhold (Anm. 63), S. 172.

72 Freyhold (Anm. 63), S. 173. Dass auch Nicht-Autoritäre zu politischer Apathie neigen, kann hier vernachlässigt werden. Vgl. a. die Typologie bei Ingo Scholz: *Politische Apathie. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Bestimmung des Apathiebegriffs*, Frankfurt a. Main: Haag + Herchen 1982, S. 102 ff.

Anspruch, einen für den Faschismus prädisponierten Sozialtypus erfassen zu wollen, auf."<sup>73</sup> Diese Persönlichkeitseigenschaften oder auch Strukturen mentaler Systeme<sup>74</sup> basieren zwar nicht auf einer umfassenden sozialpsychologischen Theorie sondern auf kognitionspsychologischen Konstrukten, sind dafür aber einfacher für die empirische Forschung zu operationalisieren. Gemeinsam ist allen Konzepten, dass sie sich im Kern an der "Authoritarian Personality" orientieren<sup>75</sup>. Mit dieser Tradition bricht Oesterreichs Konzept der **autoritären Reaktion**.

"Der hier vorgetragene Ansatz zum Autoritarismus geht davon aus, dass Autorität ihre motivationale Grundlage in Angst und Verunsicherung hat. In verunsichernden Situationen orientieren sich Menschen an Instanzen, von denen sie meinen, dass sie ihnen Schutz und Sicherheit bieten können. (...) Die Flucht in die Sicherheit von Autoritäten, von denen eine wirkungsvolle Unterstützung und damit ein Abbau der eigenen Angst erwartet wird, soll als autoritäre Reaktion bezeichnet werden."<sup>76</sup>

Bei der autoritären Reaktion handele es sich um einen "Grundmechanismus des Sozialisationsprozesses". Dass sich heranwachsende Kinder des Schutzes der Eltern angesichts der Gefahren einer noch fremden und nicht beherrschbaren Umwelt versichern, sei notwendig und funktional. Autoritäre Reaktionen von Erwachsenen seien dagegen "Ausdruck von Unselbständigkeit und Unmündigkeit"<sup>77</sup>. Eine autoritäre Persönlichkeit entwickle sich, wenn dieser Grundmechanismus nicht durch Lernprozesse außer Kraft gesetzt wird, die das Individuum für eine autonome Auseinandersetzung mit der Umwelt, insbesondere für die selbständige Bewältigung von Krisensituationen konditionieren. Damit gewinnen **situative Faktoren** für die Entstehung von Autoritarismus große Bedeutung. Angst, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit breiteten sich gerade in gesellschaftlichen Krisen und Umbrüchen rasch aus und verleiteten die Menschen zur Flucht in die vermeintliche Sicherheit autoritärer Instanzen, die Macht und Stärke, Ruhe und Ordnung versprechen. Oesterreichs Konzept unterscheidet sich also nicht hinsichtlich der Merkmale der autoritären Persönlichkeit von dem Ansatz der "Authoritarian Personality", sondern bezüglich der Antwort auf die Frage, warum sich Menschen freiwillig Autoritäten unterordnen: Autoritäre Persönlichkeiten seien nicht das Produkt frühkindlicher Sozialisationsprozesse, sondern das Resultat lebensgeschichtlich erlernter und verfestigter autoritärer Reaktionen auf Situationen, die Angst und Unsicherheit erzeugen.

"[Entscheidend für die aktuelle Diskussion über die Entstehungsbedingungen des Autoritarismus] ist wohl die noch ausstehende Beantwortung der Frage, ob bedrohliche Situationen, Ursache autoritärer Orientierungen sind oder ob die Bedrohungssituation bereits existierende Cha-

---

73 Detlef Oesterreich: Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 90 f.

74 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 29.

75 Oesterreich (Anm. 73), S. 92.

76 Oesterreich (Anm. 73), S. 108.

77 Oesterreich (Anm. 73), S. 109.

rakterstrukturen aktiviert. Eine genauere Analyse der Interaktion dieser beiden Bedingungsfaktoren (Situation oder/und Sozialisation) ist somit ein zentraler Bereich für die zukünftige Forschung zum Thema Autoritarismus. Theoretisch und empirisch viel versprechend und spannend sind die damit verbundenen Versuche, die in der 'Authoritarian Personality' nur rudimentär entwickelte Einbettung psychologischer Prozesse in gesellschaftliche Konstellationen zu leisten."<sup>78</sup>

Wir können und wollen mit unserer Untersuchung keinen Beitrag zu der Debatte "Situation versus Sozialisation" leisten. Wir werden aber der Frage nachgehen, ob der gewerkschaftliche Rechtsextremismus durch besondere Persönlichkeitsfaktoren bedingt ist.

### 2.2.2 Wertorientierungen

Folgt man Winkler, dann zählen auch Wertorientierungen zu den Persönlichkeitsfaktoren:

"In diesem Fall ist die Persönlichkeitsstruktur über Wertprioritäten definiert, d.h. über die von den Individuen verinnerlichte Auffassung vom Wünschenswerten, welche über die kognitiven, affektiven und evaluativen Einstellungen gegenüber Objekten das politische Verhalten beeinflussen. Die Wertstruktur der Individuen prägt die Wahrnehmung der Umwelt und bestimmt, welche Mittel zur Erreichung von Zielen eingesetzt werden."<sup>79</sup>

Die neuere Diskussion<sup>80</sup> orientiert sich bekanntlich an Inglehart, der zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten unterscheidet. Flanagan spricht allerdings nicht von postmaterialistischen sondern von libertären Werten (Selbstbestimmung, direkte Demokratie, Dezentralisierung, Ökologie, Gleichstellung der Geschlechter etc.). Er kritisiert zudem die Eindimensionalität des Modells von Inglehart und trennt zwischen Materialismus und Autoritarismus:

"In my sense of the term, then, *materialists* are those who place a high priority on a stable economy, economic growth, fighting rising prices and, at the more personal level (the private domain), on securing a high-paying job, adequate housing, and a comfortable life. Inglehart includes in his *materialism* concept, however, a second set of noneconomic issues, namely support for a strong defense, law and order, and fighting crime. I label this second set of noneconomic issues as one component of an *authoritarian* value orientation. This authoritarian orientation designates a broader cluster of values, which, along with concerns for security and order, includes respect for authority, discipline and dutifulness, patriotism and intolerance for minorities, conformity to customs, and support for traditional religious and moral values."<sup>81</sup>

---

78 Susanne Rippl/Angela Kindervater/Christian Seipel: Die autoritäre Persönlichkeit: Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.), Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 13-30, Zit. S. 27.

79 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 30.

80 Wir verzichten hier auf detaillierte Angaben und verweisen auf die Darstellung bei Richard Stöss: Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 147 ff.

81 Scott C. Flanagan, Value Change in Industrial Societies, in: American Political Science Review, 81. Jg. (1987), Nr. 4, S. 1303-1319, Zit. S. 1305.



Kitschelt erweitert dieses "Ypsilon-Modell", indem er von zwei Wertekonflikten "ausgeht, die unabhängig voneinander sind und als Achsenkreuz modelliert werden: "Sozialismus versus Kapitalismus" markiert den ökonomisch-sozialen Wertekonflikt, "Libertarismus - Autoritarismus" den politischen Wertekonflikt, wobei Autoritarismus Hierarchie, Paternalismus, Gemeinschaft, wirtschaftliche Größe, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit bedeutet. Mit diesem Modell gerät nun auch der Rechtsextremismus, der bei Inglehart keine (explizite) Rolle spielt, in den Blick. Es ermöglicht im Übrigen die Unterscheidung zwischen rechtsextremen Orientierungen, die eher sozial ausgerichtet sind, und solchen, die neoliberalen Vorstellungen folgen.

Dass derartige Wertorientierungen bzw. Wertprioritäten einer spezifischen Persönlichkeitsstruktur entsprechen, erscheint uns zumindest fraglich zu sein. Gleichwohl könnte sich das Kitschelt-Modell gerade für die Analyse von gewerkschaftlichem Rechtsextremismus besonders gut eignen, weil es die unmittelbare Kombination von ökonomisch-sozialen Faktoren und (anti-) demokratischen Einstellungen ermöglicht.

### **2.2.3 Umweltfaktoren: Systemzustände und -entwicklungen**

Die Ursachen des Rechtsextremismus werden nicht nur auf der Mikroebene, sondern auch auf der Makroebene gesucht, vor allem in speziellen Systemzuständen, die Unzufriedenheit erzeugen. Das **Unzufriedenheitstheorem**<sup>82</sup> bildet den Ausgangspunkt vieler Konzepte zur Erklärung von Rechtsextremismus. Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen. Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung, stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung.

Als wichtiger Auslöser von Unzufriedenheit gilt **relative Deprivation**: Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind Ungleichge-

---

82 Max Kaase: Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur. Eine Arbeit der Infratest Wirtschaftsforschung GmbH, Stuttgart usw.: Kohlhammer 1978, S. 15 ff.

wichte oder Ungleichzeitigkeiten<sup>83</sup> in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Klassen, Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen. Nach Hofstadter und Lipset neigen besonders solche Personen zur Unterstützung der extremen Rechten, die sich durch **Statusverlust** bedroht sehen, deren Status also niedriger ist als der gewohnte oder erwartete<sup>84</sup>. Statusängste erstrecken sich nicht nur auf ökonomische Verhältnisse, sie können sich auch auf ideelle Ressourcen (Bildungschancen, kulturelle Ansprüche etc.) und auf Prestige beziehen. Nach Gurr spielt auch die Kluft zwischen Wertexpectationen und Wertrealisierungen eine wichtige Rolle, wobei "unerfüllte Erwartungen in Bezug auf niemals erreichte Werte" weniger Unzufriedenheit erzeugen als der "Abbau einer bereits erreichten Wertposition"<sup>85</sup>.

Einige Erklärungskonzepte fokussieren auf **allgemeinen gesellschaftlichen Wandel**. "Einig sind sich die Theoretiker der Moderne und Postmoderne darin, dass ein intensiver Gesellschaftswandel zu steigender Verunsicherung, Ohnmachtsgefühlen und Statusängsten führe: Je schneller der soziale Wandel stattfindet, desto eher würden sich anomische Zustände und Ängste ausbreiten."<sup>86</sup> Den Grundgedanken lieferte die Beobachtung Durkheims, dass **Anomie** (Orientierungslosigkeit, Normlosigkeit, Macht- und Hilflosigkeit) in Zeiten grundlegender Veränderungen besonders häufig zu abweichendem Verhalten führt<sup>87</sup>. Parsons bediente sich dieses Konzepts zur Erklärung der Erfolge des Nationalsozialismus: Die durch die grundlegenden sozio-ökonomischen Veränderungen und die aktuelle Wirtschaftskrise der Weimarer Republik tief verunsicherten Mittelklassen hätten sich der NS-Bewegung zugewandt, um ihrem anomischen Zustand zu entfliehen<sup>88</sup>. Scheuch und Klingemann führen die Erfolge der NPD in den sechziger Jahren auf Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung von ökonomischer Basis und kulturellem Überbau zurück: Die Entwicklung der Wert- und Orientierungssysteme der Menschen könne nicht Schritt halten mit dem "neuartigen und dynamischen Charakter der Industriegesellschaft"<sup>89</sup>. Der rasche Wandel der Industriegesellschaft führe zu dauerhaften

---

83 Bloch hat den Faschismus als "Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit" bezeichnet. Vgl. Ernst Bloch: Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit, abgedr. in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972, S. 182-204.

84 Richard Hofstadter: The Pseudo-Conservative Revolt, in: Daniel Bell (Hrsg.), The Radical Right. The New American Right - Expanded and Updated, Garden City: Anchor Books 1964, S. 75-95; Seymour Martin Lipset: The Sources of the 'Radical Right', in: Ebda, S. 307-371.

85 Ted Robert Gurr: Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg, Düsseldorf-Wien: Econ 1972, S. 346 f.

86 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 37.

87 Emile Durkheim: Der Selbstmord, Neuwied: Luchterhand 1973.

88 Talcott Parsons: Some Sociological Aspects of the Fascist Movements, in: Talcott Parsons, Essays in Sociological Theory, Glencoe: The Free Press 1954, S. 124-141.- Vgl. a.: Talcott Parsons: Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany, in: Ebda, S. 104-123.

schaft"<sup>89</sup>. Der rasche Wandel der Industriegesellschaft führe zu dauerhaften Spannungen zwischen den Anforderungen der sekundären Institutionen (Betriebe, Behörden, Organisationen) und den die Primärgruppen prägenden Orientierungen und Verhaltensweisen und produziere so anomische Haltungen.

"Eine der verschiedenen möglichen Formen der Auflösung von Unsicherheit bei diesen Verhältnissen ist Rigidität im Denken: Ausweichen vor den tatsächlich bestehenden Widersprüchlichkeiten durch ein starres (d.h. unangesehen der Situation oder Person) Wert- und Orientierungssystem. Wird dieses aufrechterhalten, indem gegenteilige Orientierungssysteme und auf diese Weise nicht zu kontrollierende Situationen als 'feindlich' bewertet werden, so liegt eine pathologische Form dieses Denkens vor."<sup>90</sup>

Scheuch und Klingemann bezeichnen "diese Form von pathologischer Anpassung" als eine bedeutsame Erfolgsbedingung für Rechtsextremismus. Mehr noch: Rechtsextremismus sei eine "'normale' Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften"<sup>91</sup>. Die Bedeutung dieses Aufsatzes besteht darin, dass er Persönlichkeitsfaktoren und Umweltfaktoren miteinander verzahnt, wobei der Primat bei den Umweltfaktoren, beim gesellschaftlichen Wandel liegt. Dieser erzeugt Stress, der durch Hinwendung zum Rechtsextremismus verarbeitet wird. Die Parallelität zur "autoritären Reaktion" von Oesterreich ist evident.

Heute bewirkt insbesondere der **Strukturwandel der Industriegesellschaft** Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher "modernen" und eher "traditionellen" Berufen oder Tätigkeiten. Durch den Bedeutungsverlust des primären Sektors und von Teilen des sekundären Sektors sind spezifische Bildungs-, Alters- und Berufsgruppen von sozialem Abstieg und Qualifikationsentwertung bedroht und leiden unter schlechten Zukunftsaussichten, während die Wachstumsbranchen des sekundären und tertiären Sektors ihren Stammbeschaften oft noch relativ sichere Arbeitsplätze und weiterhin hohe berufliche Qualifizierung bieten können. Zugleich bahnen sich weitergehende Entwicklungen an oder sind in bestimmten Branchen schon Realität: Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses überhaupt durch (Schein-) Selbständigkeit, Prekarisierung und Verschärfung des innerbetrieblichen Konkurrenzdrucks. Gemeinsam ist diesen Tendenzen, dass sie Sicherheiten der ökonomischen Reproduktion auflösen oder gefährden oder doch mindestens als Gefährdung wahrgenommen werden. Hieraus resultiert der Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern, der seit den achtziger

---

89 Erwin K. Scheuch/Hans D. Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jg., Tübingen: J.C.B. Mohr 1967, S. 11-29, Zit. S. 18.

90 Scheuch/Klingemann (Anm. 89), S. 18.

91 Scheuch/Klingemann (Anm. 89), S. 13.

Jahren in den postindustriellen Gesellschaften Europas als wesentliche Ursache für den Aufstieg des "neuen" Rechtsextremismus gilt. Die ökonomischen und politischen Globalisierungstendenzen schüren Unzufriedenheit und Ängste bei den vermeintlichen oder tatsächlichen Opfern dieser Entwicklung, die dann zu Gegnern der Modernisierungsprozesse werden.

Die **Modernisierungsverliererthese** wurde in der Wahlforschung entwickelt, und zwar bereits 1989. Eine typische Interpretation der Wahlergebnisse haben wir am Anfang dieses Kapitels zitiert (S. 10 f.). Die Republikaner galten schon damals als "Hoffnungsträger der Modernisierungsverlierer"<sup>92</sup>. Es wurde aber auch erkannt, dass die soziale Basis dieses neuen Rechtsextremismus nicht nur aus "kleinen Leuten" oder sozialen Absteigern, sondern - wenn auch in geringerem Umfang - aus Personen besteht, die Statureinbußen oder Privilegienverluste befürchten. In der Wahlanalyse von Infas zur Europawahl 1989 hieß es:

"Die einen fühlen sich in ihrem Besitzstand bedroht, die anderen haben wenig zu verlieren; bei den einen dominieren patriotische Töne, bei den anderen die sozialen Nöte; die einen argumentieren mit Überfremdung, die anderen mit Deklassierung."<sup>93</sup>

Klönne glaubt, "dass im rechtsextremen Wahlverhalten fundamentale Probleme der Gesellschaftsentwicklung zum Vorschein" gekommen seien. Für ihn stellt die durch "Existenznöte und materielle Bedrängnisse" gekennzeichnete Wahlentscheidung zu Gunsten der Republikaner ein "Aufstand der Modernisierungsoffer" dar, der sich auf dem Boden der "Gewinner-Verlierer-Gesellschaft des 'neuen Individualismus'"<sup>94</sup> vollzieht.

Damit greift Klönne die auf Beck zurückgehende **Individualisierungsthese** auf, die von Heitmeyer für die Analyse des (vor allem jugendlichen) Rechtsextremismus fruchtbar gemacht wurde. Nach Beck werden die Menschen mit dem Wandel von der klassischen Industriegesellschaft zur industriellen Risikogesellschaft aus den bewährten sozialen Beziehungen der sich verabschiedenden alten Industriegesellschaft entlassen. Biete diese Freisetzung auch die Chance für mehr Unabhängigkeit und Gestaltungsfreiheit, so bürde sie den Einzelnen doch die alleinige Last ihrer Lebensplanung und Existenzsicherung auf, versetze sie also in vermehrte Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt und damit von Bildung, Konsum, sozialer Versorgung etc. Mit

---

92 Stöss, Republikaner (Anm. 8), S. 105.- Götz schlägt folgende Formulierung vor: "Rechtsextremismus ist als Reaktion auf ökonomische Schlechterstellung oder Bedrohungsgefühle im Modernisierungsprozess zu verstehen." Norbert Götz: Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin, in: Zeitschrift für Soziologie, 26. Jg. (1997), H. 6, S. 393-413, Zit. S. 396.

93 Zit. nach Stöss, Republikaner (Anm. 8), S. 100.

94 Arno Klönne: Aufstand der Modernisierungsoffer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 34. Jg. (1989), H. 5, S. 545-548.

der Loslösung aus den traditionellen industriegesellschaftlichen Sozialbeziehungen vollziehe sich die umfassende Vergesellschaftung des Individuums. Einerseits vermehrten sich mit fortschreitender Modernisierung Entscheidungsmöglichkeiten und -zwänge, andererseits werde "die individualisierte Privatexistenz immer nachdrücklicher und offensichtlicher von Verhältnissen und Bedingungen abhängig, die sich ihrem Zugriff vollständig entziehen. Parallel entstehen Konflikt-, Risiko- und Problemlagen, die sich ihrem Ursprung und Zuschnitt nach gegen jede individuelle Bearbeitung sperren<sup>95</sup>". Da der Mensch in der Risikogesellschaft nicht in soziale Beziehungssysteme eingebunden sei, finde eine "Individualisierung sozialer Risiken" statt:

"In der Konsequenz schlagen gesellschaftliche Probleme unmittelbar um in psychische Dispositionen: in persönliches Ungenügen, Schuldgefühle, Ängste, Konflikte und Neurosen. Es entsteht - paradox genug - eine neue Unmittelbarkeit von Individuum und Gesellschaft, die Unmittelbarkeit von Krise und Krankheit in dem Sinne, dass gesellschaftliche Krisen als individuelle erscheinen und nicht mehr oder nur noch sehr vermittelt in ihrer Gesellschaftlichkeit wahrgenommen werden."<sup>96</sup>

Heitmeyer bedient sich dieses Konzepts zur Interpretation des jugendlichen Rechtsextremismus: Mit dem Bedeutungsverlust sozialer Milieus, die ehemals eine kollektive Identitätsbildung ermöglichten, seien die Jugendlichen heute auf sich selbst zurückgeworfen. Sie müssten allein mit Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen fertig werden und folglich höheren Belastungen bei der Ausbildung autonomer Handlungsfähigkeit standhalten. Individualisierung mindere die Resistenz gegen rechtsextreme Erscheinungsformen und Orientierungen, und das Fehlen sozialer Beziehungen könne dazu führen, dass sich gerade durch Ohnmachts- und Einzelungserfahrungen geprägte Jugendliche auf die Suche nach kollektiven Ersatzidentitäten begeben, bei denen sie Stärke, Schutz oder Geborgenheit vermuten<sup>97</sup>. Später hat Heitmeyer darauf hingewiesen, dass Individualisierung nicht notwendigerweise immer nur Ohnmachtsgefühle hervorbringt. Vielmehr sei anzunehmen,

"dass der Sozialisationsprozess von komplizierten Suchbewegungen gekennzeichnet ist, um Mitgliedschaften und soziale Beziehungen zu entwickeln und zu sichern, Statuspositionen zu erwerben, identitätsrelevante Handlungskompetenzen und emotionale Sicherheit zu gewinnen, Lebensplanungskonzepte aufzubauen und um in Bezug auf Familie, Schule, Gleichaltrigen-Gruppe, Politik und Beruf handlungsfähig zu sein"<sup>98</sup>.

---

95 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1986, S. 211.

96 Beck (Anm. 95), S. 158 f.

97 Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen (Anm. 52).

98 Renate Möller/Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Einstellungen und Gewalt in jugendkulturellen Szenen, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 168-190, Zit. S. 170.

Die Spannweite möglicher Reaktionen auf den Vergesellschaftungsmodus der Individualisierung umfasse auch machiavellistische Einstellungen. Gemeint ist die "effektive Kontrolle anderer, die wir mit Selbstdurchsetzung bezeichnen". Die Jugendlichen müssten sich gegen den "gesellschaftlich funktionalen Standardisierungsdruck durchsetzen", um in dem "hoffnungslosen Unterscheidungswettlauf vorne zu sein". **Selbstdurchsetzung** sei mit einer instrumentalistischen Arbeitsorientierung verbunden, die "meist ein Effekt aufgenötigter Anpassung an ökonomische Strukturen und Erfordernisse der Berufstätigkeit ist"<sup>99</sup>. Wenn sich Selbstdurchsetzung auch nicht notwendigerweise mit Rechtsextremismus und Gewalt verbindet, so zeigt dieses Konzept doch, dass sich rechtsextreme Jugendliche unter Umständen auch der Ellenbogenmentalität des Neoliberalismus anpassen können. Im weiteren Verlauf seiner Forschungen hat Heitmeyer daher vorgeschlagen, das **Desintegrations-Theorem** in das Zentrum der Erklärungen für Rechtsextremismus zu stellen:

"Die These lautet dementsprechend, dass wir bei der Erklärung auf soziale, berufliche und politische Desintegrationsprozesse achten müssen, die sowohl auf Erfahrungen als auch Antizipationen beruhen können. Die Analyse müsste sich auf die Grundmechanismen der hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft konzentrieren. Jene zeichnen sich vor allem durch temporeiche ökonomische und technologische Modernisierungsprozesse aus."<sup>100</sup>

Diese Modernisierungsprozesse ließen sich nicht mehr nur als Ausgrenzung von Randgruppen oder als Aufspaltung in eine Zwei-Drittel-Gesellschaft, sondern als vielfältige Auflösungsprozesse begreifen, die sich auf alle sozialen Beziehungen erstrecken.

Birsl orientiert sich ebenfalls an der Individualisierungsthese, bemängelt allerdings, dass es nicht ausreiche, einzelne Gefährdungsmomente zu untersuchen, "denn sie führen isoliert betrachtet nicht zwangsläufig zur Zustimmung von Ungleichheitspostulaten und zur Gewaltakzeptanz". Sie bedient sich daher des **Lebenslagen-Konzepts**, um die "sozio-kulturellen Konfigurationen" aufzuspüren, die die Entwicklung von Rechtsextremismus begünstigen. Dabei übernehmen die Individuen rechtsextreme Vorstellungen nicht nur von externen Anbietern, sie entwickeln sie auch selbständig "als Resultate sozio-kultureller Produktion und Reproduktion"<sup>101</sup>. In jedem Fall dient Rechtsextremismus in diesem Konzept der Bewältigung von Lebenslagen. Konsequenter als Birsl führt Siller das Geschlecht als analytische Kategorie in die empirische Rechtsextremismusforschung ein. Die Lebenszusammenhänge von (jungen) Frauen sollen einer umfassenden Betrachtung unterzogen werden:

---

99 Möller/Heitmeyer (Anm. 98), S. 171 f.

100 Heitmeyer, Desintegrations-Theorem (Anm. 57), S. 45.

101 Birsl (Anm. 58), S. 64 ff.

"Deshalb müssen zunächst ihre jeweiligen Erfahrungen, Konflikte, Ängste, Selbstbilder, Wünsche und Handlungsorientierungen in Bezug auf den Beruf, ein Leben mit oder ohne Kinder, auf die Beziehungen zu Männern (und Frauen) und in Bezug auf Politik und politische Probleme analysiert werden. (...) Im Rahmen dieses Prozesses entwickeln sich politische Orientierungen, die rechtsextremistisch gewendet werden können."<sup>102</sup>

Eine andere Gruppe von Erklärungsansätzen hat ihren Ausgangspunkt im **Wandel der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt**. Folgt man der bereits erwähnten Tübinger Forschergruppe um Held, Horn, Leiprecht und Marvakis, dann erwächst der Rechtsextremismus nicht aus der Individualisierung sondern aus der **sozialen Segmentierung**<sup>103</sup>. Aus der Modernisierung kapitalistischer Produktion entstünden Verteilungsprobleme, die die Strukturen sozialer Ungleichheit umgestalteten. Im Gegensatz zu dem Schichtmodell der alten Industriegesellschaft seien heute eher horizontale soziale Differenzierungen vorherrschend: regionale, ethnische, geschlechterspezifische oder soziale Randgruppen beispielsweise<sup>104</sup>. Daher konzentrierten sich die Forschungen der Gruppe zunächst auf jugendliche Arbeitnehmer in unterschiedlichen Lebenslagen: Jugendliche in "schwieriger Lebenslage" bzw. "benachteiligte Jugendliche" und Jugendliche in "relativ gesicherter Lebenslage" ("Modernisierungsgewinner"). Bei den Befragungen stellte sich heraus, dass nicht etwa die Benachteiligten besonders zu Rechtsextremismus oder zu Fremdenfeindlichkeit neigten, sondern die Modernisierungsgewinner, also Jugendliche mit zufrieden stellender Lebenssituation, gesichertem Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz und mit guten Wohn- und Konsumbedingungen. Als Erklärung für diese **Modernisierungsgewinnerthese** ermittelten die Autoren zwei Faktoren: Konventionalismus und Leistungsorientierung.

"Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit, basierend auf technologischer Innovation, erfordert zunehmend Kreativität, Mobilität, Flexibilität, Engagement und soziale Kommunikation. (...) Die Jungen sind dabei sogar teilweise im Vorteil, da sie die neuen Anforderungen ... leichter und in der Erstqualifizierung bewältigen, während die Erwachsenen einen schwierigeren Prozess der Umorientierung durchmachen (müssen). (...) Es kann zu einer Art Wetteifer in der Anpassung an vorherrschende Normen und Anforderungen kommen, indem konventionalistische Orientierungen im Dienste der Anpassung auf die Spitze getrieben werden. Die Jugendlichen erkennen die 'Zeichen der Zeit', die 'neuen Trends' genauer und können sich auch leichter darauf einstellen."<sup>105</sup>

---

102 Siller (Anm. 47), S. 80 f.

103 Josef Held/Hans Horn/Rudolf Leiprecht/Athanasios Marvakis: "Du musst so handeln, dass Du Gewinn machst...". Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, 2. Aufl., Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1992 (DISS-Texte Nr. 18).

104 Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis, *Gespaltene Jugend. Politische Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer*, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 27 ff., 55 ff.

105 Held/Horn/Marvakis, *Gespaltene Jugend* (Anm. 104), S. 68.

Dass **Leistungsorientierung** mit Konventionalismus und autoritären, rassistischen und nationalistischen Orientierungen korreliert, erklären die Autoren damit, dass Leistungsorientierung "die Bereitschaft und das Einverständnis zur Ein- und Unterordnung" in eine an Effizienzkriterien ausgerichtete Gesellschaft bedeute. Leistungsorientierung werde von den Jugendlichen als Selbstbehauptung im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt, als aussichtsreiche Strategie zur Sicherung des Arbeitsplatzes und zur Gewährleistung von beruflichem Erfolg und damit als Berechtigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand betrachtet<sup>106</sup>. Leistungsorientierung verspreche aber nicht nur Sicherheit und Gerechtigkeit, sondern bedeute auch Ausgrenzung von Leistungsschwachen und erst recht von Leistungsverweigerern: Wer wenig oder nichts leiste, habe auch keinen Anspruch auf Teilhabe am Wohlstand. Und wer etwas leiste, dürfe nicht schlechter gestellt sein als diejenigen, die nichts leisten, die nur den Sozialstaat ausnutzen<sup>107</sup>. Hier verbindet sich **Wohlstandschauvinismus** als eine Dimension rechtsextremen Denkens mit der Modernisierungsgewinnerthese, und darauf bezieht sich auch die These von der **Ethnisierung der sozialen Beziehungen**: Soziale Konflikte um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums werden umgedeutet in Konflikte zwischen Nationen, Ethnien und Kulturen. "Ethnische Herkunft, Selbst-Zuordnung und Zugeordnet-Werden bestimmen mehr und mehr den gesellschaftlichen Status und das Ausmaß an sozialen, kulturellen und materiellen Gratifikationsmöglichkeiten."<sup>108</sup> Die Bereitschaft zum Teilen vermindere sich in dem Maß, wie damit die Privilegien der Bewohner der Wohlstandsinsel geschmälert würden<sup>109</sup>.

Die Ethnisierungsthese könnte bedeuten, dass sich neuerdings ein inhaltlicher Wandel des Rechtsextremismus vollzieht, dass die völkische Dimension an Bedeutung gewinnt, während die nationalistische nachrangig wird: Ist der "neue" Rechtsextremismus durch einen **Primat der Fremdenfeindlichkeit** gekennzeichnet?

Nach Dörre stellen die Veränderungen in der Arbeitswelt, insbesondere die **Prekarisierung**, einen wichtigen Ursachenkomplex für den Rechtsextremismus dar. Im Sozialstaat der Nachkriegszeit habe sich aus der Perspektive der "Vollzeitbeschäftigten in geschützten Normalarbeitsverhältnissen und ihrer Familien eine relative Abkoppelung der lebendigen Arbeit von

---

106 Ähnlich Heitmeyers Konzept der "Selbstdurchsetzung".

107 Held/Horn/Marvakis, *Gespaltene Jugend* (Anm. 104), S. 70 ff., 113 ff. Vgl. a. Hahn/Horn, *Eine neue rechte Jugend* (Anm. 33), S. 46 ff.

108 Jaschke, *Rechtsextremismus* (Anm. 47), S. 184.

109 Vgl. a. Hans-Gerd Jaschke: *Ethnisierungsprozesse in der Arbeitswelt und ihre politischen und sozialen Folgen*, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 232-247, insbes. S. 245.



Marktrisiken" vollzogen<sup>110</sup>. Mit der zu Beginn der neunziger Jahre einsetzenden Krise des Kapitalismus sei eine Tendenz zur "Re-Kommodifizierung" zu beobachten: "Deregulierung und Privatisierung, Shareholder-Value-Steuerung, Aufspaltung von Werken, Centerbildung und ein auf Dauer gestellter Standortwettbewerb sorgen dafür, dass Marktrisiken wieder unmittelbar an die Belegschaften oder gar an einzelne Arbeitskollektive durchgestellt werden können"<sup>111</sup>. Damit entstünden "neue Spaltungslinien in der Erwerbsarbeit", die zu sozialer Desintegration führten.

"Übergänge zwischen Normalarbeitsverhältnissen und prekärer Beschäftigung werden fließend. Die gesellschaftliche Integrationskraft von Erwerbsarbeit lässt nach. Soziale Desintegration in und durch Erwerbsarbeit bezeichnet somit ein Phänomen, das über die engere Definition von Prekarität hinaus reicht. (...) In der Konsequenz bedeutet dies, dass das fordistische Normalarbeitsverhältnis als zeitweilig dominante Form der 'Institution Erwerbsarbeit' großen Teilen der Gesellschaft nicht länger als stabile Basis für längerfristige Lebensplanung, Wohlfahrt und soziale Sicherheit dienen kann. (...) In den Orten der Erwerbsarbeit weicht die Erfahrung sozialer Kohäsion sukzessive der Erfahrung eines universellen Wettbewerbsregimes. Eben dies löst Bedürfnisse nach Begrenzung der Konkurrenz, nach Ruhezeiten, nach Sicherheit und kollektiver Identität aus. Und just diese legitimen Bedürfnisse suchen sich rechtspopulistische Formationen zunutze zu machen."<sup>112</sup>

#### **2.2.4 Umweltfaktoren: Politische Kultur**

Während sich spezielle Systemzustände aus der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft oder aus dem gesellschaftlichen Wandel ergeben, zielt politische Kultur auf "die von Mitgliedern eines politischen Systems und den gesellschaftlichen Bezugsgruppen geteilten Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen gegenüber den politischen Akteuren, Institutionen und Prozessen"<sup>113</sup>. Pfahl-Traugber schlägt für die Rechtsextremismusforschung folgende Begriffsbestimmung vor:

"Politische Kultur kann also allgemein verstanden werden als ein aus Einstellungen, Meinungen und Werten der Individuen in einem Land sich ergebendes spezifisches Muster von politischem und gesellschaftlichem Bewusstsein, das zum einen durch die jeweilige Geschichte und zum anderen durch aktuelle politische, soziale und ökonomische Prozesse beeinflusst ist. Politische Kultur stellt somit ein Bindeglied zwischen den einzelnen Individuen und den Institutionen und Strukturen des politischen Systems dar und bildet neben diesen seine eigentliche Stütze."<sup>114</sup>

---

110 Klaus Dörre: Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen - Auswirkungen - Gegenstrategien, vvf. Ms., Recklinghausen: Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizipation (FIAB), April 2004, S. 11 [vorgesehen für: Demirovic, A./Beerhorst, J./Guggemos, M. (Hrsg.), Eingriffe denken. Aktualität und Perspektiven kritischer Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. Main: Suhrkamp].

111 Dörre (Anm. 110), S. 13.

112 Dörre (Anm. 110), S. 15 f.

113 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 41.

114 Pfahl-Traugber (Anm. 47), S. 219.

Politische Kultur ist für unser Forschungsvorhaben von besonderer Bedeutung, weil sich die Spiegelbildthese unmittelbar darauf bezieht. Wir erinnern an die entsprechende Formulierung im Schlussbericht der DGB-Rechtsextremismus-Kommission:

"Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. (...) Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur."<sup>115</sup>

Danach entspricht das politische Bewusstsein der Gewerkschaftsmitglieder, und damit eben auch ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus, dem Zustand der politischen Kultur insgesamt. Gewerkschaftsmitglieder sind demselben Meinungsklima ausgesetzt wie Nicht-Mitglieder. Und daher bilden sie auch den Mentalitätswandel der Gesellschaft ab. Das klingt plausibel, ist aber wie sich gleich zeigen wird - wissenschaftslogisch außerordentlich problematisch.

Untersuchungsgegenstand der Rechtsextremismusforschung sind **antidemokratische Tendenzen** in der politischen Kultur. Dabei wird oft zwischen historischen Traditionsbeständen und situationsbedingten Erscheinungsformen<sup>116</sup>, oft auch zwischen "altem" und "neuem" Rechtsextremismus bzw. Nationalismus<sup>117</sup> unterschieden. Erinnert sei daran, dass Adorno "das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potenziell bedrohlicher [betrachtete] denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie"<sup>118</sup>. Rechtsextremismus ist unbestreitbar ein Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik. Für die empirische Forschung bedeutet dies allerdings ein Dilemma: Wenn Rechtsextremismus Teil der politischen Kultur ist, kann politische Kultur nicht gleichzeitig als Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus herhalten. Entweder wird ein Zusammenhang zwischen beidem hergestellt oder es wird streng zwischen abhängiger und unabhängiger Variable unterschieden. Letzteres bedeutet für unsere Untersuchung, dass politische Kultur nur solche Einstellungen und Werte umfassen kann, die nicht Bestandteil des Rechtsextremismus sind.

---

115 Schlussbericht (Anm. 23), S. 32 f.

116 Heinz Sünker: Zur Geschichte der politischen Kultur in Deutschland, in: Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hrsg.), Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1993, S. 43-54; Wolfgang Benz: Die Opfer und die Täter. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Ders. (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen - Zusammenhänge - Wirkungen, Frankfurt a. Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1989, S. 9-37, insbes. S. 19 ff.

117 Richard Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 27 ff.

118 Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1970, S. 10f.

Schon Parsons hat darauf hingewiesen, dass politische Kultur die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen oder verhindern kann<sup>119</sup>. Faschistische Bewegungen seien nur dann erfolgreich, wenn sich das politische System in einer **Legitimationskrise** befände und das Meinungsklima stark durch antidemokratische Elemente geprägt sei. Derselbe Gedanke findet sich auch in der Autoritarismustheorie. Folgt man Oesterreich, dann vollzieht sich die Flucht in die Sicherheit zunächst als Schutzsuche bei den Herrschenden, weil diese im Besitz der Macht seien und Stärke verkörperten. Erst wenn diese versagten und auch die parlamentarische Opposition keine überzeugende Alternative böte, schlage die Stunde des Rechtsextremismus<sup>120</sup>. Ökonomische und soziale Problemlagen, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen, können durch politisches Handeln entweder abgefedert oder noch verschärft werden. Gerade in Gesellschaften ohne gefestigte demokratische Tradition ist die Gefahr besonders groß, dass einzelne Defizite in der Legitimation öffentlicher Herrschaft dem demokratischen System insgesamt angelastet werden, dass vorübergehende Krisenerscheinungen in Teilbereichen der Gesellschaft zur Ablehnung von Demokratie schlechthin führen. **Unzufriedenheit mit der Demokratie, Politikverdrossenheit oder gar Systemverdrossenheit** stellen also Elemente der politischen Kultur dar, die geeignet sind, Rechtsextremismus zu begünstigen<sup>121</sup>. Umgekehrt ist die Empfänglichkeit für extrem rechte Parolen gering, wenn demokratische Überzeugungen in der Bevölkerung fest verankert sind.

Neben derartigen Defizitthesen, die sich auf die mangelnde Unterstützung von demokratischen Systemen beziehen, werden in der Literatur **Diskurse** analysiert, die dem Rechtsextremismus besondere Anschlussmöglichkeiten bieten. Aber gerade dieser Zugang läuft ständig Gefahr, die abhängige und die unabhängige Variable zu vermengen. Im Zentrum der hier angesprochenen Diskurse steht die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung in Deutschland. Butterwegge beobachtet beispielsweise eine "ideologische Konvergenz von (Neo-)Konservatismus und Rechtsextremismus im Hinblick auf Bürokratie- und Sozialstaatskritik". Als "geistiges Bindeglied" fungiere ein **Standortnationalismus**, in dem sich "die traditionelle 'Sorge um das deutsche Vaterland' mit dem neoliberalen Fetisch 'internationaler Wettbewerbsfähigkeit' paart":

"Statt des völkischen dominiert im rechten Lager gegenwärtig ein Standortnationalismus, der sich auf folgende Überlegungen stützt: Deutschland kann als ökonomische Macht und als politisches Subjekt wieder Weltgeschichte schreiben, wenn es als Unternehmen begriffen, nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen geführt und mit modernsten Managementtechniken betrie-

---

119 Parsons, Democracy (Anm. 88).

120 Oesterreich (Anm. 73), S. 171.

121 Eike Hennig: Politische Unzufriedenheit - ein Resonanzboden für Rechtsextremismus?, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 339-380.

ben wird. Aufgrund seiner Adaption neoliberaler Ideologeme verfügt der Rechtsextremismus heute zum ersten Mal nach 1945 über eine 'moderne' Programmatik, die weitgehend dem gesellschaftlichen Mainstream entspricht, mit den Interessen einflussreicher Gruppen harmoniert und mit den Strategiekonzepten politischer bzw. wirtschaftlicher Eliten korrespondiert.<sup>122</sup>

Im Gefolge des neoliberalen Diskurses habe sich neben dem traditionalistischen Nationalismus ein neuer, moderner Nationalismus entwickelt, der nicht völkisch sondern ökonomisch (durch Markterfordernisse, Profitgesichtspunkte und Konkurrenzfähigkeit) begründet wird<sup>123</sup>. Auch Dörre beobachtet bei den Arbeitnehmern eine nationale Grundhaltung, weigert sich aber, sie als Wohlstandschauvinismus oder Standortnationalismus zu bezeichnen, "weil in ihr legitime Ansprüche auf Sicherheit, 'gute Arbeit' und 'gutes Leben' mitschwingen". Er verwendet dafür den Terminus **reaktiver Nationalismus**. Dieser berufe sich "höchst modern auf ein Verständnis des Nationalen, das soziale Ansprüche, also Bürgerrechte legitimiert".

"Der reaktive Nationalismus des 21. Jahrhunderts sucht zentrale Elemente überkommener Sozialpartnerschaftsideologien zu konservieren. (...) Er beklagt ungerechte Verhältnisse und er besteht auf 'fairem Tausch', auf einem ausgewogenen Geben und Nehmen ('gutes Geld für gute Leistung'), das die Beziehungen von Belegschaften und Management, von Kapital und Arbeit prägen soll. Das Klassifikationssystem ändert sich jedoch, sobald die 'Wohlstandsinsel' Deutschland in Beziehung zu anderen, vermeintlich konkurrierenden Staaten gesetzt wird. In diesem Kontext werden Verteilungskämpfe zwischen 'Oben' und 'Unten' in eine Auseinandersetzung zwischen Kulturen und Nationen umgedeutet. Der reaktive Nationalismus von Lohnabhängigen ist somit eine spezifische, sozialpopulistische Antwort auf die Entgrenzung der Märkte."<sup>124</sup>

Dörre möchte den reaktiven Nationalismus nicht als rechtsextrem verstanden wissen. Allerdings bedürfe es "lediglich einiger Zuspitzungen", um ihn für die Botschaften des Rechtsextremismus zugänglich zu machen. In beiden Fällen, beim Standortnationalismus und beim reaktiven Nationalismus, handelt es sich de facto (bei Butterwegge explizit, bei Dörre implizit) um Varianten nationalistischen Denkens, um Bestandteile also von Rechtsextremismus, die daher nicht zur Erklärung von Rechtsextremismus taugen. Beide Thesen verweisen jedoch auf die bereits angesprochene Frage, ob der zeitgenössische Rechtsextremismus in Folge der Globalisierung

---

122 Christoph Butterwegge: Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 147-161, Zit. S. 147, 152, 154. Vgl. a. Christoph Butterwegge: Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus - die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten, in: Christoph Butterwegge/Rudolf Hickel/Ralf Ptak, Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin: Elefanten Press 1998, S. 121-159.

123 Gudrun Hentges/Jörg Flecker: Flexible Arbeit, Prekarisierung und Ausgrenzung, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 2004, H. 3, S. 50-52, Zit. S. 51.

124 Dörre (Anm. 110), S. 22 f.

und der damit verbundenen "Deterritorialisierung von Politik"<sup>125</sup> einen inhaltlichen Bedeutungswandel erfährt. "Während der Nationalstaat seinen Bürgern stabile Orientierungen ermöglichte, macht Globalisierung sie tendenziell heimatlos."<sup>126</sup> Haben wir es mit einer Re-Nationalisierung des Rechtsextremismus zu tun, ist dieser durch einen **Primat des Nationalismus** (und nicht des Völkischen) geprägt? Mehr noch: Müssen wir uns auf einen "Neo-Nationalismus" einstellen, der nicht chauvinistisch oder expansionistisch und auch nicht antidemokratisch ausgerichtet ist, der sich nicht gegen andere Staaten und Völker richtet, sondern lediglich legitime soziale Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse angesichts der grenzenlosen Profitgier des Kapitals verkörpert?

Auch die These von der **Dominanzkultur** trägt eher zur Beschreibung des Rechtsextremismus als zu seiner Erklärung bei. Sie wurde von Rommelspacher in polemischer Abgrenzung zur Individualisierungsthese (insbesondere bei Heitmeyer) entwickelt. Die "einseitige Verfügung über andere und deren Existenzrechte" sei charakteristisch für eine patriarchalische Gesellschaft.

"In einer Gesellschaft unseren Zuschnitts werden die Menschen im Konfliktfall ständig zu expansiven Bemächtigungstendenzen ermuntert. Dabei unterstützen sich gegenseitig kulturelle Traditionen, ein expansives Wirtschaftssystem und das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen. Sie legen es nahe, der Verunsicherung durch Fremde qua Hierarchisierung aus dem Wege zu gehen. Sie unterstützen Strategien der expansiven Bemächtigung, um die eigenen Privilegien abzusichern und die eigene Position als die einzig rechtmäßige, vernünftige und normale zu behaupten."<sup>127</sup>

Sexismus, Rassismus und - so ergänzt Wasmuht - Bellismus<sup>128</sup> gelten als Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Dominanzkultur. Rechtsextremismus sei eine Erscheinungsform dieser Kultur, die mittels Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung Privilegiensicherung betreibt.

Wenn politische Kultur als Erklärungsansatz für Rechtsextremismus herangezogen wird, dann kommen unseres Erachtens nur solche Variablen in Betracht, die antidemokratische bzw. antili-

---

125 Bernhard Gill: Organisierte Gewalt als "dunkle Seite" der Modernisierung. Vom nationalen Krieg zum transnationalen Terrorismus, in: Soziale Welt, 53. Jg. (2002), H. 1, S. 49-65, Zit. S. 49.

126 Gill (Anm. 125), S. 60.

127 Birgit Rommelspacher: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, in: 1999, 6. Jg. (1991), H. 2, S. 75-87, Zit. S. 84.

128 "Bellismus ist die internationale Dimension von Rassismus und Sexismus." Ulrike C. Wasmuht: Die Verwaltung des Konflikts "Rechtsextremismus" in einer Dominanzkultur, in: Politologinnen-Rundbrief, 2. Jg. (1993), Nr. 4, S. 28-35, Zit. S. 31.

bertäre Aspekte von gesellschaftlichen Entwicklungen (Globalisierung, sozialer Wandel etc.), Verhältnissen (Diskriminierung etc.) und Diskursen (z.B. Neoliberalismus) benennen<sup>129</sup>.

### 2.2.5 Zwischenbilanz

Alle genannten Erklärungsansätze und -faktoren sind in der Literatur diskutiert, teilweise heftig kritisiert und oft auch verworfen worden. Eine insgesamt freundliche Bilanz formuliert Möller:

"Je differenzierter die Phänomene von Gewalt und Rechtsextremismus in Deutschland betrachtet werden, desto notwendigerweise filigraner fallen auch die theoretischen Erklärungen für sie aus. Die Problematik erweist sich immer mehr als ein hochkomplexes Geflecht von in ihrer Wirkung schwer durchschaubaren Faktoren."<sup>130</sup>

Spöttisch äußert sich dagegen Kliche:

"Zusammengenommen bieten uns die Deutungen eine Erklärung für jedwede politische Entwicklung - im Nachhinein: Ob Rechtsextremismus zu- oder abnimmt, ob er bei armen Absteigern oder saturierten Mittelschichten, in Ost- oder Westdeutschland, bei Jugendlichen oder Medien auftaucht, ob er sich gegen kapitalistische Modernisierung oder veralteten Sozialismus richtet, ob er sich als soziale Bewegung bündelt, auf barbarische Gewaltakte beschränkt bleibt oder im Wahlverhalten verharrt - gleich welche Entwicklung, sie wird prognostiziert worden sein."<sup>131</sup>

Wir haben darauf verzichtet, Details der Diskussionen mitzuteilen, weil sie für unser Vorhaben unerheblich sind. Entscheidend ist vielmehr, dass der Forschungsstand vier Bündel von Erklärungsfaktoren umfasst, die die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen ermöglichen bzw. begünstigen könnten:

- ▶ tief verankerte und stabile **Charaktermerkmale**, die die Struktur einer Persönlichkeit prägen;
- ▶ **Persönlichkeitseigenschaften**, die mögliche verhaltenssichernde und Orientierung bietende psychische Verarbeitungsformen der zu bewältigenden Probleme darstellen;
- ▶ in Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungen entstandene und von den Individuen zu bewältigende **Probleme**;
- ▶ Elemente der **politischen Kultur**.

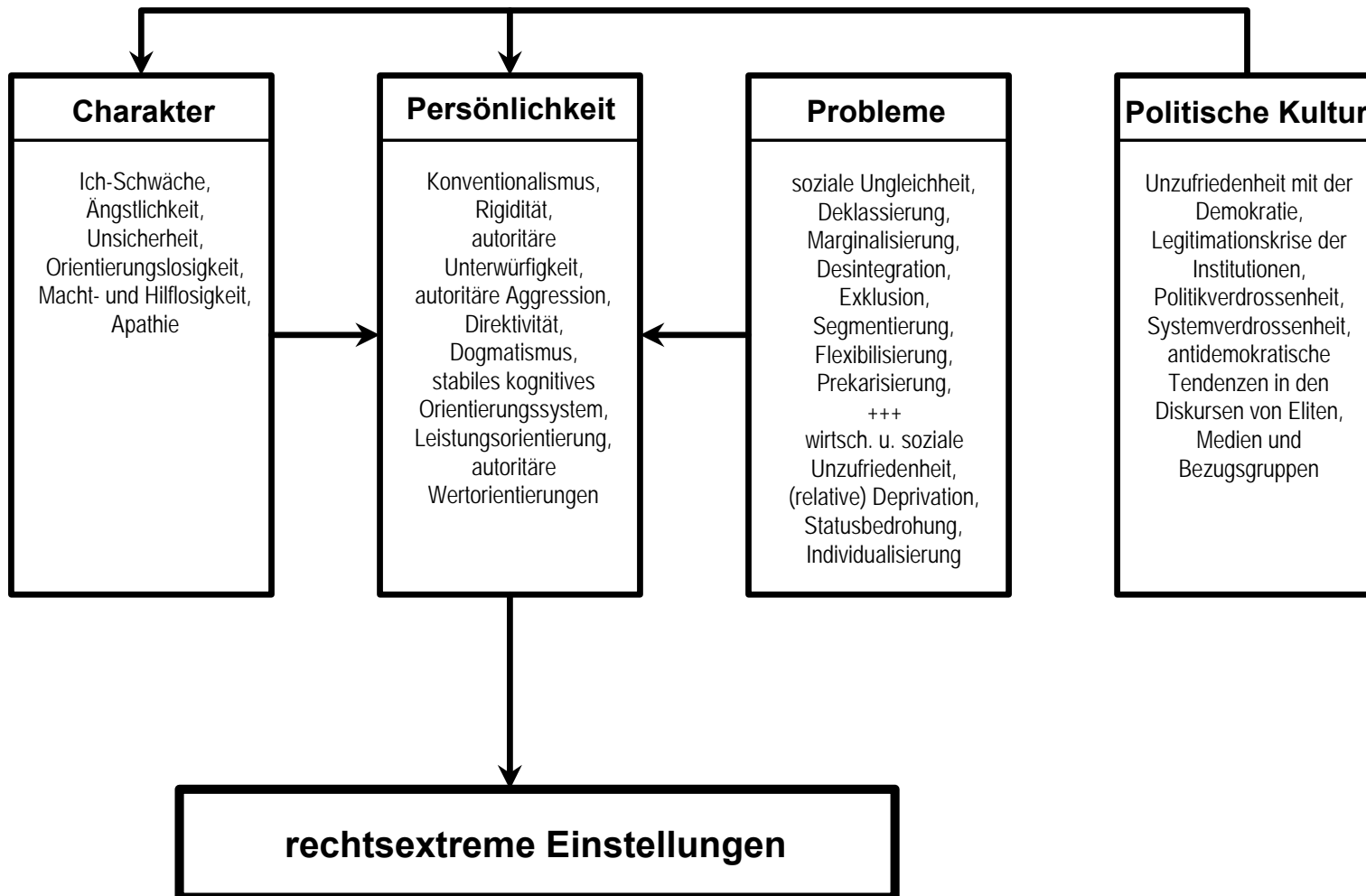
---

129 Wilhelm Heitmeyer: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 2003, S. 497-534.

130 Kurt Möller: Gewalt und Rechtsextremismus. Konturen - Erklärungsansätze - Grundlinien politisch-pädagogischer Konsequenzen, in: Kurt Möller/Siegfried Schiele (Hrsg.), *Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für soziale Arbeit und politische Bildung*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 1996, S. 12-50, Zit. S. 33.

131 Kliche (Anm. 49), S. 65.

# Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen



Aus dieser hoch aggregierten Perspektive erscheint es für die Theoriebildung nachrangig, ob der zu bewältigende Problemdruck eher durch Individualisierung, Segmentierung oder Prekariisierung verursacht ist, entscheidend dürfte sein, in welchem Umfang die arbeits- und lebensweltliche Existenz der Individuen mit sozialen und ökonomischen Bedrohungen konfrontiert ist und wie diese subjektiv verarbeitet werden. Es kommt wohl auch weniger darauf an, ob die hier beschriebenen Prädiktorenbündel vollständig oder ob ihre Bestandteile qualitativ gleichgewichtig und trennscharf sind. Bedeutsam für die Theoriebildung ist die **sorgfältige Unterscheidung zwischen den vier Komplexen**<sup>132</sup> und die Beantwortung der strittigen Frage, **wie diese vier Ursachenkomplexe untereinander und mit Rechtsextremismus zusammenhängen**. Die klassische Autoritarismusforschung sieht in den Charaktermerkmalen und den daraus erwachsenden Persönlichkeitseigenschaften die maßgeblichen Prädiktoren für Rechtsextremismus. Neuerdings werden Persönlichkeitsmerkmale aber auch auf die zu bewältigenden Problemlagen zurückgeführt. Andere Ansätze stellen eine unmittelbare Beziehung zwischen Problemlagen und Rechtsextremismus her, wobei Persönlichkeitseigenschaften und Charaktermerkmale weithin ausgeblendet werden. Darüber hinaus gibt es Ansätze, die von antidemokratischen Elementen in der politischen Kultur direkt auf Rechtsextremismus schließen.

In der Literatur wird zudem kritisch angemerkt, dass viele der genannten einzelnen Erklärungsfaktoren bzw. Prädiktoren nicht notwendigerweise extrem rechte Orientierungen begünstigen. Sie könnten auch linksgerichtete Reaktionen bewirken. Das gilt vor allem für die zu bewältigenden Probleme und für die politische Kultur. Aber auch die gelisteten Persönlichkeitseigenschaften generieren nicht zwangsläufig rechtsgerichtete Einstellungen und Verhaltensweisen. Erhebliche Kritik wird auch an behaupteten oder vermuteten Zusammenhängen zwischen einzelnen Ursachenkomplexen und Rechtsextremismus geäußert. So bezweifelt Winkler beispielsweise, dass sich Rechtsextremismus allein auf ökonomische Ungleichgewichtszustände zurückführen lässt und dass Orientierungslosigkeit mit dem Grad des gesellschaftlichen Wandels zunimmt<sup>133</sup>. Scherr stellt die Rückführung von Persönlichkeitseigenschaften und politischen Orientierungen auf gesellschaftliche Verhältnisse in Frage<sup>134</sup>. Hoffmann-Lange hält den "Rückgriff auf individualpsychologische Analogien zur Erklärung von Makrophänomenen" für problematisch; insbesondere seien politische Einstellungen "kein simpler Reflex der persönlichen Lebenssituati-

---

132 Wir belassen es hier ohne weitere Nachweise bei der Feststellung, dass in der Literatur diesbezüglich oft ein kunterbuntes Durcheinander herrscht.

133 Winkler, Bausteine (Anm. 59), S. 34, 40.

134 Albert Scherr: Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 97-120, bes. S. 109, 112.



on"<sup>135</sup>. Auch Hentges und Flecker konnten bei ihren Forschungen keinen "unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Lebenslage und der Übernahme rechtspopulistischer Ideologien feststellen"<sup>136</sup>. Ebenso verwirft Götz die "am Prinzip der Außenleitung orientierten" sozio-ökonomischen Modernisierungsansätze<sup>137</sup> und macht die psychologischen Ursachen des Rechtsextremismus zum Gegenstand seiner Untersuchung. Es ist mithin keineswegs geklärt, in welcher Beziehung die verschiedenen Ursachenkomplexe zueinander stehen und wie sie Rechtsextremismus beeinflussen.

Mehr noch: Die erwähnten Erklärungsfaktoren zielen zumeist nicht nur auf die inhaltliche Bestimmung von Rechtsextremismus, sondern auch auf funktionale Aspekte. Es reicht also nicht aus, Rechtsextremismus als antidemokratisches Denken und Handeln zu definieren. Zusätzlich müssen Annahmen darüber formuliert werden, warum und wie Rechtsextremismus in die Köpfe der Menschen gelangt und welche Funktionen er für die Individuen erfüllt. In funktionaler Hinsicht werden vor allem genannt: Orientierungshilfe, Identitätsbildung, Sinnstiftung, persönliche Anerkennung und Aufwertung, Schutz, Risikobewältigung und Privilegiensicherung. Auch auf die Frage, wie rechtsextreme Denkmuster entstehen und wann sie von Individuen übernommen werden, gibt es keine eindeutigen Antworten.

Auf der **Angebotsseite** werden zunächst intellektuelle Ideologieproduzenten genannt, die versuchen, ihre Produkte (Systemkritik, Bedrohungsszenarien, Feindbild-Konstruktionen, Gesellschaftsbilder, Patentlösungen) in die intermediäre Sphäre zu implementieren. Dann übernehmen rechtsextreme Organisationen deren Vorstellungen, setzen sie in Programme um und popularisieren sie. An dritter Stelle stehen die Diskurse der etablierten Organisationen, Medien und Eliten, die rechtsextremes Gedankengut (teilweise, in abgeschwächter Form etc.) aufgreifen und damit gesellschaftsfähig machen<sup>138</sup>. Die These, dass Rechtsextremismus „in der Mitte der Gesellschaft“ entsteht, besagt auch, dass die großen Volksparteien, die Regierungen, die

---

135 Ursula Hoffmann-Lange: Das rechte Einstellungspotenzial in der deutschen Jugend, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 121-137, Zit. S. 135.

136 Hentges/Flecker (Anm. 123), S. 50. Die Ergebnisse finden sich in: Gudrun Hentges/Malte Meyer: Right-Wing Extremist Attitudes in Germany. Implications of Neoliberalism and Competitive Nationalism. Wien/Köln: USB-Publishing 2003.

137 Götz (Anm. 92), S. 397 f.

138 Richard Stöss: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 106 ff.; Helmut Kellershohn: Das Projekt Junge Freiheit. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1994, S. 17-50; Claus Leggewie: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin: Rotbuch 1987.

Massenmedien - und eben auch die Gewerkschaften - durch ihre Definitionen des „Normalen“ und durch die von ihnen vertretenen Problemlösungen - etwa: Vorrang für Deutsche auf dem Arbeitsmarkt, Inländerprimat bei der Arbeitsvermittlung - dem Rechtsextremismus Anknüpfungspunkte bieten und daher verstärkend wirken können<sup>139</sup>. In der Parteien- und in der Medienkonkurrenz erscheint die Bedienung von rechtsextremen Stimmungen und Vorurteilen nicht selten als Erfolg versprechende Marktstrategie.

Auf der **Nachfrageseite**, bei den Bürgern, muss zunächst ein gewisser Bedarf nach derartigen Deutungsangeboten, Orientierungshilfen, Sinnstiftungen und Schutz- und Stärkeversprechungen vorhanden sein. Massenhafte Nachfrage entsteht offenbar aber erst, wenn die Unzufriedenheit besonders groß und die Delegitimierung des politischen Systems bzw. einzelner Bestandteile weit vorangeschritten ist, wenn die Hemmschwellen sinken und wenn rechtsextreme Ideen nicht als sozial unerwünscht gelten. Dies ist zumeist dann der Fall, wenn die Eliten- und die Mediendiskurse rechtsextreme Denkfiguren aufnehmen und sie dadurch Eingang in die Diskurse von Bezugsgruppen und schließlich in die Alltagsdiskurse finden<sup>140</sup>. Ungeklärt ist noch die Frage, ob sich rechtsextreme Dispositionen aus externen Angeboten speisen oder ob sie bei bestimmten Menschen latent vorhanden sind und in speziellen Situationen aktiviert werden.

Insgesamt ist der Theoriestand - also empirisch halbwegs gesicherte Annahmen über den Zusammenhang von abhängiger Variable (Rechtsextremismus), unabhängigen Variablen (unmittelbaren Prädiktoren oder auch Determinanten) und intervenierenden Variablen (mittelbaren Prädiktoren) - noch recht defizitär. Nun ist es zwar nicht das Kernanliegen unseres Forschungsvorhabens, eine Theorie des Rechtsextremismus zu entwickeln. Uns interessieren rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern. Zwar zielt unsere Leitfrage darauf ab, ob Gewerkschaftsmitglieder diesbezüglich (und überhaupt) ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen. Da die (spezielle) Spiegelbildthese beansprucht, gewerkschaftlichen Rechtsextremismus zu erklären, müssen wir zwangsläufig auch der Frage nachgehen, ob sich die Ausbreitung des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern nach demselben Muster vollzieht wie bei Nicht-Mitgliedern. Unsere Aufgabe besteht also auch darin, eine vergleichende Ursachenanaly-

---

139 Vgl. dazu z.B. Hajo Funke: *Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus*, Göttingen: Lamuv 1993; Hajo Funke: *Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik*, Berlin: Hans Schiler 2002.

140 Siegfried Jäger: *Brandsätze. Rassismus im Alltag*, 2. Aufl., Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1992, S. 17 ff.; Teun A. van Dijk: *Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus*, in: *Rassismus und Migration in Europa*, Argument-Sonderband AS 201, Hamburg: Argument-Verlag 1992, S. 289-313.

se durchzuführen. Dabei gehen wir von folgenden, empirisch noch zu überprüfenden, **Vorannahmen** über die Genese von rechtsextremen Einstellungen aus:

**Als zentrale Prädiktoren betrachten wir die durch Charaktermerkmale vorstrukturierten und durch die zu bewältigenden Problemlagen geprägten Persönlichkeitseigenschaften. Politische Kultur beeinflusst als "intervenierende" Variable die Charakterbildung und die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften im Sozialisationsprozess.** Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich Charaktermerkmale nicht mit Mitteln der empirischen Sozialforschung bestimmen lassen.

### 2.3 Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Trotz der berechtigten Kritik am Theoriestand hält die Forschung doch eine Fülle von Einzelthesen über die gesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus bereit. Daher ist es erstaunlich, dass diese Thesen so gut wie nicht für die Analyse des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus fruchtbar gemacht worden sind. Gewerkschaften sind - wie bereits erwähnt - Terra incognita der (empirischen) Rechtsextremismusforschung. Zu Beginn dieses Kapitels haben wir Dammann mit einem (vermeintlichen) Klischee über die Gewerkschaften zitiert: "Ein typisches Gewerkschaftsmitglied ist links, wählt die SPD und lehnt rechtsextremistische Parolen ab." Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass diese Generalisierung unzulässig ist. Dass die Anhänger der Linksparteien in der Weimarer Republik anfällig für den Nationalsozialismus waren, wird von niemandem ernsthaft bestritten. Diskutiert wird über die Ursachen. Während vor allem die orthodoxe Linke dafür seit ehedem ausschließlich die verfehlte Politik von SPD und Gewerkschaften verantwortlich machte<sup>141</sup>, entwickelten psychoanalytisch orientierte Marxisten (Fromm, Reich) in den Endjahren der Weimarer Republik das Autoritarismus-Konzept. Sie glaubten, dass bestimmte Charaktermerkmale ein Individuum besonders anfällig für Faschismus machen.

Die erste große empirische Untersuchung über die sozialen und psychologischen Einstellungen der Arbeiter und Angestellten am Ende der Weimarer Republik wurde von Erich Fromm geleitet: "German Workers 1929 - A Survey, its Methods and Results". Das wohl wichtigste Ergebnis der gewiss nicht repräsentativen Studie besteht in dem dennoch überzeugenden Nachweis, dass die Mehrheit der linken Arbeitnehmer gegen Ende der Weimarer Republik trotz der politisch-

---

141 Dieses Argument wurde selbst von sozialwissenschaftlicher Seite bis in die jüngste Vergangenheit vorgetragen. Vgl. z.B. Reinhard Kühnl: Der Einfluss rechtsradikalen Gedankenguts auf die Arbeitnehmer, in: Blick nach rechts, Sonderausgabe 7, September 1982 (hrsg. v. Presseausschuss Demokratische Initiative, PDI).

ideologisch hoch polarisierten Situation nicht über ein konsistentes linkes bzw. sozialistisches Einstellungsmuster verfügt, dass vielmehr erhebliche Diskrepanzen zwischen politischen Orientierungen und Persönlichkeitsmerkmalen bestanden haben dürften. Autoritäre Dispositionen bedeuteten zwar nicht automatisch Sympathien für den Nationalsozialismus, aber sie bildeten doch Anknüpfungspunkte für die Doktrin der Nazis, und zwar prinzipiell unabhängig davon, welcher sozialen Schicht eine Person angehörte und wo sie sich im Links-Rechts-Spektrum verortete. Fromm äußerte sich in dieser Studie zwar nicht dezidiert zu Faktoren, die die Anfälligkeit für faschistische Propaganda mindern. Wir haben allerdings zwei Hinweise gefunden, die auch für unsere Untersuchung wichtig sein könnten. Zum einen zeigte sich, dass sich politische Aktivität hinderlich auf die Ausbreitung von rechtsextremem Gedankengut auswirkt: Wähler waren anfälliger als Parteimitglieder, Parteimitglieder anfälliger als Parteifunktionäre. Zum anderen teilte Fromm eher beiläufig mit, dass viele Links-Autoritäre den "Umsturz der besitzenden Klassen" wünschten. "Auf der anderen Seite übten Programmpunkte wie Freiheit und Gleichheit nicht die geringste Anziehungskraft auf sie aus, denn sie gehorchten bereitwillig jeder mächtigen Autorität, die sie bewunderten, und sie liebten es, andere zu beherrschen, sofern sie selbst die Macht dazu hatten."<sup>142</sup> Daraus kann geschlossen werden, dass mangelnde demokratische Orientierungen extrem rechte Positionen begünstigten. Wenn wir die politische Aktivität hinzunehmen, dann lehrt uns die Studie von Fromm, dass ein **ausgeprägtes politisch-demokratisches Engagement als wichtige Barriere gegen die Ausbreitung von Rechtsextremismus** gewirkt hat. Auch die Marienthal-Studie gelangte zu dem Befund, dass sozio-ökonomische Faktoren nicht unbedingt politische Orientierungen determinieren. Derselbe sozio-ökonomische Status konnte unterschiedliche Haltungen und Reaktionen hervorbringen. In Krisensituationen wuchs jedenfalls nicht automatisch das revolutionäre Potenzial in der Arbeiterschaft. Wahrscheinlicher waren apathische oder sogar anomische Haltungen. Das Arbeitermilieu mag damals politisch links angesiedelt gewesen sein, antifaschistisch war es deswegen noch lange nicht<sup>143</sup>.

Auch Lipset erklärte den "working class authoritarianism" in erster Linie nicht mit sozialpsychologischen sondern mit sozialstrukturellen Faktoren. Auf der Grundlage einer Fülle von empirischen Untersuchungen glaubte er den Nachweis erbringen zu können, dass Autoritarismus weithin ein Unterschichtenphänomen ist:

---

142 Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, bearb. u. hrsg. v. Wolfgang Bonß, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1980, S. 53.

143 Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen lang andauernder Arbeitslosigkeit, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1978.

"Die soziale Situation prädisponiert die unteren Schichten, insbesondere in ärmeren Ländern mit niedrigem Bildungsniveau, zu einem Schwarz-Weiß-Bild von der Politik. Unter sonst gleichen Umständen sind sie daher eher als andere Schichten geneigt, extremistische Bewegungen zu begünstigen, die eine leichte und rasche Lösung der sozialen Frage versprechen und eine starre Richtung verfolgen."<sup>144</sup>

Als Ursachen für die autoritären Dispositionen der unteren sozialen Schichten nannte Lipset "geringe Bildung, geringe Mitarbeit in politischen oder freiwilligen Organisationen irgendwelcher Art, geringe Belesenheit, isolierte Berufe, wirtschaftliche Unsicherheit und autoritäres Familienregiment". Allerdings seien Arbeiter, die sich in Arbeiterorganisationen aktiv betätigen, weniger autoritär als der Durchschnitt der Arbeiter. Auch Lipset unterschied zwischen ökonomisch-sozialen und politischen Orientierungen und glaubte, dass den Arbeitern mehr an der Ausweitung des Sozialstaats als an der Stärkung demokratischer Rechte gelegen sei. Dass die Organisationen der Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert maßgeblich zur Entwicklung und Stärkung der Demokratie beigetragen haben, übersah Lipset nicht. Damals habe allerdings ein innerer Zusammenhang zwischen dem Kampf um demokratische und um soziale Rechte bestanden. Mit der Durchsetzung demokratischer Verfassungsstaaten hätten die demokratischen Forderungen jedoch an Bedeutung verloren, mehr für die Gefolgsleute als für die Führer der Arbeiterorganisationen. Aus der Tatsache, dass die Organisationen demokratisch handelten, könne nicht auf die politischen Orientierungen ihrer Anhänger geschlossen werden. **Offenbar korrespondieren linke Positionen in ökonomisch-sozialen Fragen nicht notwendigerweise mit demokratischen Orientierungen im Staat.**

Die Thesen von Lipset sind intensiv diskutiert und empirisch überprüft worden:

"Ein zentrales, immer wieder bestätigtes inhaltliches Ergebnis dieser Untersuchungen lautet: Während es einen klaren inversen Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Bildungsgrad gibt, ist der Einfluss der Schicht- oder Klassenzugehörigkeit auf den Autoritarismus nicht so klar strukturiert. Er ist zum einen schwächer als der des Bildungsgrades, und die Richtung ist uneinheitlicher. Es spricht viel dafür, dass Arbeiter zwar etwas autoritärer als der Durchschnitt der Bevölkerung sind, aber nicht die soziale Gruppe mit den höchsten Autoritarismus-Werten darstellen."<sup>145</sup>

Die klassischen Untersuchungen über Arbeiter- und Angestelltenbewusstsein in Nachkriegsdeutschland enthalten keine Hinweise auf politische Einstellungen in Bezug auf den Nationalsozialismus, auf Neofaschismus, "Gastarbeiter" etc. Übrigens wurde auch nur in Ausnahmefällen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern unterschieden. Letzteres gilt nicht für

---

144 Seymour Martin Lipset: Soziologie der Demokratie, Neuwied/Berlin: Luchterhand 1962, S. 98.

145 Wulf Hopf: Soziale Schichtung und Autoritarismus. Oder: Sind Arbeiter besonders autoritär?, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.), Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 93-118, Zit. S. 104.

das 1985/86 im Auftrag mehrerer Einzelgewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Projekt "Wandel des politischen Bewusstseins von Arbeitnehmern"<sup>146</sup>. Die Befragung erstreckte sich zwar ebenfalls nicht auf extrem rechte Einstellungen, förderte jedoch teilweise deutliche Unterschiede in den politischen Orientierungen von Organisierten und Unorganisierten zu Tage. Bei den "Zielpräferenzen für die Zukunft" zeigten sich Gewerkschaftsmitglieder wesentlich reformfreudiger als Nicht-Mitglieder. Letztere sprachen sich dagegen häufiger für mehr konservative Grundwerte (mehr Pflichtbewusstsein, mehr Leistung, mehr Ruhe und Ordnung, mehr Beachtung von Sitte und Moral) aus als Organisierte. Bei den auf Neoliberalismus zielenden Statements "Bei der sozialen Sicherheit sollte jeder in erster Linie für sich selbst sorgen" und "Wer fleißig ist, bekommt letztlich immer Arbeit" fiel die Zustimmung generell sehr hoch, der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten dagegen recht bescheiden aus. Für soziale Selbstverantwortung votierten 48 Prozent aller Arbeitnehmer und 45 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, das Fleiß-Statement bejahten 54 Prozent der Arbeitnehmer und 48 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder<sup>147</sup>. In Bezug auf das gewerkschaftliche Konzept der "sozial gesteuerten Innovation" gelangte das Projekt zu dem Befund, dass es "gegen eine breite konservative Grundstimmung in der Arbeitnehmerschaft, aber auch innerhalb der Gewerkschaften selbst durchgesetzt werden" muss<sup>148</sup>.

In der Hoffnung, aus Bevölkerungsbefragungen genauere Informationen bezüglich der allgemeinen Spiegelbildthese zu erhalten, haben wir alle bis Ende der siebziger Jahre verfügbaren Datensätze inspiziert, die Angaben über allgemeine politische Orientierungen und zugleich über Gewerkschaftsmitgliedschaft enthalten<sup>149</sup>. Als ertragreich erwies sich lediglich die "Political Action-Studie"<sup>150</sup>: 1969 stuften sich 16 Prozent der Mitglieder, aber nur zehn Prozent der Nicht-Mitglieder als links ein. Der Sozialstaat und das Ziel "soziale Gerechtigkeit" wurden von Mitgliedern nachdrücklicher unterstützt als von Nicht-Mitgliedern. 48 Prozent der Mitglieder wollten bei der kommenden Bundestagswahl die SPD wählen, von den Nicht-Mitgliedern wollten das nur 25 Prozent. Durchgängig zeigten sich Organisierte politisch wesentlich selbstbewusster, interessierter und aktiver als Unorganisierte. Auf Grund einer Verhaltenstypologie wurden 17 (27)

---

146 Dieter Fröhlich/Hubert Krieger/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider: Gewerkschaften vor den Herausforderungen der neunziger Jahre, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989. Der Bericht erschien in der ersten Fassung bereits 1987 in der Grauen Reihe der Hans-Böckler-Stiftung.

147 Walter Bertl/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider: Arbeitnehmerbewusstsein im Wandel. Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989, S. 135 ff., 148.

148 Stöss/Schneider/Smid (Anm. 44), S. 136.

149 Die Analysen wurden von Markus Stengel durchgeführt.

150 Samuel H. Barnes/Max Kaase u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage 1979.- Der Datensatz ist im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln unter der Nr. ZA 0765 archiviert.

Prozent der Gewerkschaftsmitglieder (Nicht-Mitglieder) als "Inaktive", 13 (13) Prozent als "Konformisten", 33 (22) Prozent als "Reformisten", 13 (7) Prozent als "Aktivisten" und 21 (27) Prozent als "Protestierer" eingestuft. Organisierte stimmten Statements, die auf unkonventionelle Partizipation (Verkehrsblockade, Sachbeschädigung, Gewalt usw.) zielten, seltener bzw. genauso häufig zu wie Organisierte. Eine "normale", etatistische Grundhaltung der Gewerkschaftsmitglieder machte sich auch bei dem Index "Repressionshaltung"<sup>151</sup> bemerkbar. Auch bei anderen Fragen, die auf konservative, systemintegrierte Orientierungen schließen lassen, unterschieden sich Organisierte kaum von Unorganisierten. Der Datensatz enthält leider nur ein Statement (Gleichstellung der Gastarbeiter), das auf rechtsgerichtete Einstellungen hindeuten könnte: Dies lehnten 24 Prozent der Mitglieder und 35 Prozent der Nicht-Mitglieder ab.

Insgesamt vermitteln die Daten den Eindruck, das Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zu Nicht-Mitgliedern damals eher links und sozial, gleichzeitig besonders zufrieden, interessiert und aktiv waren. Aber es bestand offenbar auch eine konservative Grundhaltung, die auf Systemintegration hindeutete. **Die allgemeine Spiegelbildthese dürfte also nur teilweise gegolten haben.**

Die einzige Untersuchung, die sich intensiv mit Rechtsextremismus bei Arbeitnehmern und Gewerkschaftsmitgliedern vor der Entstehung der Republikaner befasst, wurde 1975 von Ursula Jaerisch publiziert<sup>152</sup>. Sie untersuchte am Frankfurter Institut für Sozialforschung Ende der sechziger Jahre die Wirkung rechtsextremer Propaganda auf unterschiedliche Bevölkerungsschichten, insbesondere auf die Unterschicht und auf Gewerkschaftsmitglieder. Rechtsextremismus wurde mittels einer Skala gemessen, deren Items aus Propagandaslogans der NPD bestanden. Jaerisch bestätigte zunächst den von uns bereits erwähnten Befund von Liepelt, dass Gewerkschaftsmitgliedschaft eine wichtige Barriere gegen die Bereitschaft, die NPD zu wählen, darstellt. Hinsichtlich der Zustimmung zu den NPD-Slogans erwiesen sich die unteren sozialen Schichten allerdings als besonders zugänglich für die Propaganda der Nationaldemokraten.

---

151 Damit ist die Bereitschaft gemeint, staatlichen Institutionen rigide Zwangsmittel in der Auseinandersetzung mit Personen zuzubilligen, die sich scheinbar nicht in die Gemeinschaft einfügen wollen. Vgl. Barnes/Kaase (Anm. 150), S. 555 f.

152 Gleichzeitig erschien die Studie von Thomas A. Herz: Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten, Meisenheim a. Glan: Hain 1975. Danach zeigten Arbeiter, Angestellte und Beamte nur geringe Sympathien für die NPD (S. 141). Anfällig für rechtsextreme Ideologie waren dagegen (neben den Landwirten) vor allem die un- und angelernten Arbeiter (S. 154). Mitglieder in Berufsorganisationen (darunter auch Gewerkschaften) zeigten genauso viele Sympathien für die NPD wie Nicht-Mitglieder (S. 171).

"Dass Vorurteile gegen ausländische Arbeiter zur Zeit der Untersuchung bei der privilegierten Bildungsschicht schwächer zu sein schienen als bei den unteren Schichten der Lohnabhängigen, erklärt sich aus der Tatsache, dass die ausländischen Arbeiter für die privilegierte Gruppe keine potentiellen Konkurrenten bildeten, wohl aber für die wenig qualifizierten Arbeiter, insbesondere für die älteren unter ihnen. (...) So lassen sich die Aversionen der Arbeiter und der unteren Gruppen der Lohnabhängigen gegen ausländische Arbeiter stringenter als die Vorurteile relativ privilegierter Mittelstandsgruppen auf Ängste zurückführen, die die Klassenlage produziert, auf die Angst vor unmittelbaren Konkurrenten, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder Lohneinbußen durch Degradation im betrieblichen Lohnsystem." <sup>153</sup>

Bei den Motiven für Fremdenfeindlichkeit unterschied Jaerisch also zwischen **berechtigten sozioökonomischen Ängsten** der unteren Schichten und **psychisch bedingten Vorurteilen** von privilegierten Gruppen, deren sozialer Status durch Ausländer gar nicht bedroht war. (Dieser Gedanke findet sich später in den Thesen vom Standortnationalismus bzw. vom reaktiven Nationalismus wieder.) Weiterhin ergaben die Analysen von Jaerisch, dass Parteipräferenzen für die SPD und Gewerkschaftsbindungen die Aufgeschlossenheit gegenüber der NPD-Propaganda nur bedingt minderten:

"Zwar war die Zustimmungsbereitschaft zu dem gesamten Propagandaangebot bei den gewerkschaftlich Organisierten schwächer als bei denjenigen ohne gewerkschaftliche Bindungen; das traf aber weder in gleichem Ausmaß für die verschiedenen Schichten und Altersgruppen der Arbeiter zu, noch hat die Orientierung an den Gewerkschaften eine Immunisierung gegen alle Aspekte der NPD-Propaganda bewirkt." <sup>154</sup>

Über gewerkschaftlich organisierte Arbeiter schrieb Jaerisch:

"Gewerkschaftszugehörigkeit verband sich bei über vierzigjährigen Arbeitern mit vergleichsweise geringer Anfälligkeit für regressive Propaganda, bei jüngeren Arbeitern war ein solcher Zusammenhang kaum noch festzustellen. Nur in der Gruppe der älteren Arbeiter waren unter den Gewerkschaftsmitgliedern mehr Resistente zu finden als unter den Nichtmitgliedern." <sup>155</sup>

Dass sich gerade junge Gewerkschaftsmitglieder aus der Arbeiterschaft als wenig resistent gegenüber der NPD-Ideologie erwiesen, erklärte Jaerisch damit, dass für diese Gruppe Gewerkschaftsmitgliedschaft "wenn nicht eine Routineangelegenheit, so doch häufig eine ebensolche Selbstverständlichkeit wie Kranken- und Sozialversicherung" <sup>156</sup> sei. Dass Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht nachhaltig gegen Rechtsextremismus immunisierte, erklärte Jaerisch wie folgt:

"Mit der Entpolitisierung der Arbeiterschaft sind die Unterschiede im politischen Denken weitgehend getilgt worden, die zwischen den Arbeitern, die kollektive Interessen und die Möglichkeit, sie zu vertreten, wahrnahmen, und denjenigen bestanden haben mochten, die sich gegenüber Klassenorganisationen ablehnend oder indifferent verhielten. (...) Da die Gewerkschaften zu

---

153 Ursula Jaerisch: Sind Arbeiter autoritär? Zur Methodenkritik politischer Psychologie, Frankfurt a. Main/Köln: Europäische Verlagsanstalt 1975, S. 123, 124.

154 Jaerisch (Anm. 153), S. 134.

155 Jaerisch (Anm. 153), S. 137.

156 Jaerisch (Anm. 153), S. 137.



einer Politisierung der Gesamtheit ihrer Mitglieder wenig beigetragen haben, waren konsistente politische Vorstellungen, die es den Gewerkschaftsmitgliedern ermöglicht hätten, die Skalensätze als zusammenhängende Elemente regressiver Propaganda zu durchschauen, kaum vorhanden. (...) In ihrer gegenwärtigen Struktur prägen die Gewerkschaften die politische Öffentlichkeit nicht so weit, dass sie einen Gegenpol für die den Massen durch die verschiedenen Medien aufgedrängte antidemokratische Ideologie bilden würden." <sup>157</sup>

Abgesehen einmal davon, dass die Befunde nicht ganz eindeutig formuliert sind und Jaerisch unter Immunität offenbar "absolute Immunität" versteht, zeigt die Untersuchung doch, **dass 1969 jedenfalls ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder empfänglich für die NPD-Propaganda war**. Ob dies einen Widerspruch zum Wahlverhalten bedeutet, kann nicht beurteilt werden, da weder die Daten von Jaerisch noch die von Liepelt für Sekundäranalysen zur Verfügung stehen <sup>158</sup>. Das gilt im Übrigen auch für die Daten der SINUS-Studie, die neben Liepelt die zweite Quelle für die Immunisierungsthese ist. Jedenfalls erklärt Jaerisch den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus implizit mit der Spiegelbildthese. Dabei stützt sie sich auf damals gängige Thesen der Industriesoziologie, die einen Wandel der Gewerkschaften von Wertegemeinschaften zu systemintegrierten, zweckrationalen "business unions", konstatierten <sup>159</sup>.

Interessant ist auch ihre Kritik am sozialpsychologischen Autoritarismusbegriff der "Authoritarian Personality": Die F[aschismus]-Skala sei im Grunde genommen mit Blick auf die bürgerlichen Mittelschichten konzipiert worden und eigne sich nicht für die Messung von Autoritarismus bei der Unterschicht. Adorno & Co. hätten in der Negation des autoritären Charakters das Ideal bildungsbürgerlicher individueller Ich-Identität und Autonomie gesehen, das nicht auf die Arbeiterklasse übertragbar sei. Die Methoden der "Kritischen Theorie", derer sie sich selber bei ihrer Untersuchung bedient hat, seien mithin nicht geeignet, Autoritarismus bei Arbeitern nachzuweisen.

"These dieser Überlegungen ist, dass bereits die F-Skala zumindest teilweise auch solche Normen und Verhaltensmuster bei Arbeitern als autoritär erscheinen ließ, die weniger triebdynamischen Ursprungs sind als zwangsläufig durch ökonomische Lage, Berufs- und Geschlechtsrollen, vorgegebene Umwelt und Zukunftsperspektiven bedingt werden." <sup>160</sup>

---

157 Jaerisch (Anm. 153), S. 138.

158 Herz (Anm. 152) hat ebenfalls einen Unterschied zwischen rechtsextremem Wahlverhalten und rechtsextremen Einstellungen ermittelt.

159 Maßgeblich für diese Einschätzung waren offenbar die Ergebnisse der Studien von Heinrich Popitz/Hans Paul Bahrdt/Ernst August Jüres/Hanno Kesting: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen: Mohr 1957, sowie Horst Kern/Michael Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewusstsein, Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt 1970.

160 Jaerisch (Anm. 153), S. 154.

Noch deutlicher formuliert sie als Resümee ihrer Studie:

"Den abhängigen Klassen war die individualistische Wahrnehmung ökonomischer und politischer Rechte unmöglich. Sie konnten sich weder als selbstbewusste, in der Öffentlichkeit agierende Citoyens, noch kontemplativ als Privatleute verhalten. Ihre Emanzipation war und ist angewiesen nicht auf den Nachvollzug bürgerlicher, stets auch individueller Emanzipation, sondern auf eine Solidarität, die sich nur über den Bereich der materiellen Produktion und Reproduktion, nicht losgelöst von ihm bilden kann." <sup>161</sup>

Der Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird hier unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten als Widerspruch von Kollektivismus bzw. Solidarität und Individualismus gedeutet. Da Faschismus konsequent antiindividualistisch ist, findet er mit seiner volksgemeinschaftlichen Weltanschauung Andockpunkte bei den Unterschichten:

"Rechtsextreme Propaganda appelliert an einen Kollektivismus, der nicht unmittelbar als den Interessen der unteren Schichten konträr durchschaut werden kann. Es wird ihr in einem gewissen Ausmaß gelingen, selbst solche Dispositionen anzusprechen, die im Gegensatz zu bürgerlich-individualistischen Attitüden den Notwendigkeiten solidarischen Handelns entsprechen. So werden Motive, die als solche zu Recht bestehen, wie der Wunsch nach kollektivem Selbstbewusstsein und kollektiver Anerkennung, von der Ideologie des Rechtsextremismus in einen Kontext gedrängt, in dem sie für die Zwecke einer reaktionären Politik missbraucht werden können." <sup>162</sup>

**Fassen wir die bisherigen Befunde zusammen:** Generell gilt, dass Arbeiter (als besonders wichtige Mitgliedergruppe der Gewerkschaften) überdurchschnittlich autoritär sind und dass Autoritarismus einen wichtigen Anknüpfungspunkt für Rechtsextremismus bietet. Als weitere Andockmöglichkeit kommt der antiindividualistische, volksgemeinschaftliche Impetus des Faschismus in Betracht, der an den Kollektivismus der unteren Schichten appelliert<sup>163</sup>. Als Gegenmittel gegen Autoritarismus bzw. Rechtsextremismus wirkt politisch-demokratisches Engagement. Allerdings legen Arbeiter weniger Wert auf Demokratie als auf soziale Gerechtigkeit und Sicherheit. Ende der sechziger Jahre sympathisierten Gewerkschaftsmitglieder offenbar vergleichsweise selten mit rechtsextremen Parteien, jedoch dürfte damals zumindest ein Teil der Organisierten empfänglich für rechtsextremes Gedankengut gewesen sein. Die allgemeine

---

161 Jaerisch (Anm. 153), S. 181.

162 Jaerisch (Anm. 153), S. 128 f.

163 In diesem Zusammenhang wird oft auch - zumeist wohl in polemischer Absicht - die (angeblich) soziale Ausrichtung des Faschismus genannt: "Aufs Ganze gesehen ist die Diskussion über den politischen Standort des Nationalsozialismus nie gründlich geführt worden. Stattdessen hat man zahlreiche Versuche unternommen, jede Verwandtschaft von Hitlerbewegung und Sozialismus zu bestreiten." (Joachim Fest: War Adolf Hitler ein Linker?, in: Die Tageszeitung v. 27./28.9.2003, S. 13) Dass sich faschistische und staatssozialistische bzw. stalinistische Regime hinsichtlich ihrer Herrschaftsmethoden kaum unterscheiden, lässt sich leicht behaupten, zumal dazu seriöse komparative Analysen vorliegen (Arendt, Linz). Dass sich faschistische und sozialistische/kommunistische Bewegungen hinsichtlich ihrer Ziele gleichen, muss indessen bezweifelt werden. Auch konnte bislang noch nie ein unmittelbarer Zusammenhang von sozialistischen und faschistischen (von linksextremen und rechtsextremen) Orientierungen auf der Mikroebene empirisch nachgewiesen werden.

Spiegelbildthese trifft für diese Zeit allenfalls teilweise zu. Auffällig ist das starke, allerdings konventionelle politische Engagement der Gewerkschaftsmitglieder, das die Anfälligkeit für Rechtsextremismus begrenzt haben dürfte. Allerdings könnte die verbreitete konservative Grundstimmung in Teilen der Mitgliederschaft eine gegenläufige Wirkung gehabt haben.

In den letzten 15 Jahren hat sich die Datenlage nicht grundsätzlich verbessert. 1989, im Jahre der großen Wahlerfolge der Republikaner, führten Brähler u.a. Befragungen in Westdeutschland durch, die unter anderem auch eine Fülle von interessanten Einsichten in die Mentalität von Gewerkschaftsmitgliedern ergaben<sup>164</sup>. Hinsichtlich der allgemeinen Spiegelbildthese vermitteln die Ergebnisse ein ambivalentes Bild. Oft unterscheiden sich die Meinungen von Organisierten und Unorganisierten durchaus, oft zeigen sich die Autoren aber auch überrascht, "wie gering die Unterschiede zwischen Nichtorganisierten und Gewerkschaftsmitgliedern ausfallen"<sup>165</sup>. Innerhalb der Mitgliederschaft wurden bisweilen geschlechterspezifische Differenzen aufgedeckt, wobei die männlichen Mitglieder eher wie die unorganisierten Männer antworteten, während sich die Gewerkschafterinnen eher von den unorganisierten Frauen unterschieden. Insgesamt stellen Brähler u.a. fest, dass schon mit der Ära Kohl (und nicht erst seit der Vereinigung) in der westdeutschen Gesellschaft ein Entsolidarisierungsprozess, eine Entwicklung weg von sozialer Rücksichtnahme hin zu mehr Ellenbogenmentalität, eingesetzt habe. Davon seien auch die Gewerkschaften nicht verschont geblieben, wobei allerdings die weiblichen Mitglieder noch über ein solidarisches Selbstverständnis verfügten. Im Großen und Ganzen stützen die Ergebnisse wohl eher die allgemeine Spiegelbildthese.

Das bereits erwähnte Projekt von Birsl - die Befragung von Auszubildenden fand im März 1992 in Niedersachsen statt - geht nicht dem gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus nach. Es analysiert die (geschlechterspezifischen) Ursachen des jugendlichen Rechtsextremismus und zieht daraus Schlussfolgerungen für gewerkschaftliches Handeln<sup>166</sup>. Ähnliche Absichten verfolgt auch Weber mit seiner sozialpsychologischen Studie, die sich auf Intensivinterviews mit sechs aktiven Gewerkschaftern bzw. Betriebsräten in Bayern stützt, allesamt Funktionäre oder we-

---

164 Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.): Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995.

165 Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth: Gewerkschaftsmitglieder und Nichtorganisierte im Vergleich, in: Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.), Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 88-108, Zit. S. 99.

166 Ursula Birsl/Maria Busche-Baumann/Joachim Bons/Ulrich Kurzer: Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewerkschaften. Lebensverhältnisse und politische Orientierungen von Auszubildenden, Opladen: Leske + Budrich 1995.

nigstens doch Sympathisanten der Republikaner<sup>167</sup>. Ein Vergleich mit Nicht-Mitgliedern ist daher nicht möglich. Weber neigt dazu, seine Ergebnisse stark zu verallgemeinern und zu dramatisieren. Verantwortlich werden für den Rechtsextremismus die ökonomisch-sozialen und die politisch-kulturellen Rahmenbedingungen (und eine verfehlte Politik der Gewerkschaften) gemacht, alles Faktoren, die auch für Unorganisierte gelten. Was Weber eher grobschlächtig mitteilt, wird von anderen Autoren differenzierter dargestellt: Neoliberalismus begünstigt die Entstehung und Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen und bietet dem manifesten Rechtsextremismus vielerlei Anknüpfungspunkte. Der habe die soziale Frage entdeckt<sup>168</sup> und versuche teilweise sogar, sich "als antikapitalistische Kraft von rechts" zu etablieren. Rechtsextremismus sei daher "für die Gewerkschaften eine existenzielle Herausforderung". Sie müssten folglich sowohl den organisierten Rechtsextremismus bekämpfen als auch "das Eindringen rechtsextremer Ideologeme in die gewerkschaftliche Mitgliedschaft" verhindern<sup>169</sup>. **Auf welchem Weg sie eindringen, wird nicht dargelegt.** Aber gerade diese Information wäre wichtig für effiziente Gegenmaßnahmen. Dörre bietet folgende Erklärung an: "Offenheit für rechtsextreme Orientierungen bei Gewerkschaftsmitgliedern entsteht als Folge spezifischer Deutungen und Verarbeitungen gesellschaftlicher Konflikte."<sup>170</sup> Dies trifft freilich, wie oben ausgeführt, auch auf Nicht-Mitglieder zu und impliziert mithin, dass gar kein Unterschied zwischen den Ursachen für Rechtsextremismus bei Organisierten und Unorganisierten besteht.

**Im Grunde genommen unterstellen viele Artikel über "Gewerkschaften und Rechtsextremismus", dass Gewerkschaftsmitglieder ganz normale Menschen, dass sie ein Spiegelbild der Gesellschaft sind, jedenfalls, wenn es um die Anfälligkeit für Rechtsextremismus geht. Gleichzeitig wird der gewerkschaftliche Rechtsextremismus aber als besonders problematischer Infiltrationsvorgang, als existenzielle Herausforderung für die eigentlich doch antifaschistischen Gewerkschaften bezeichnet.**

Auf die neuere wissenschaftliche Diskussion über gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus übten wohl nur die Jugenduntersuchungen der schon mehrfach erwähnten Tübinger Forschungsgruppe größeren Einfluss aus. Sie hatte herausgefunden, dass gewerkschaftlich orga-

---

167 Klaus Weber: Rechte Männer. Eine sozialpsychologische Studie zu Rassismus, Neofaschismus und Gewerkschaften, Hamburg: VSA 2001.

168 Ralf Ptak/Fabian Virchow: Gewerkschaften und die extreme Rechte in Zeiten des Neoliberalismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52. Jg. (2001), H. 6, S. 366-375, hier S. 369.

169 Ptak/Virchow (Anm. 168), S. 370, 372.

170 Klaus Dörre: Sehnsucht nach der alten Republik? Von den Schwierigkeiten einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1994, S. 166-194, Zit. S. 187.

nisierte Auszubildende stärker rechtsextreme Orientierungen aufwiesen als unorganisierte Auszubildende. Einschränkend wurde allerdings festgestellt, dass betrieblich engagierte Jugendliche deutlich weniger anfällig für Rechtsextremismus waren als Passive<sup>171</sup>. Die Frage, warum rechtsextreme Angebote besonders bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern auf Resonanz stießen, ließ sich mit der zur Verfügung stehenden Datenbasis nicht genau beantworten. Folgende Thesen wurden entwickelt: Da junge Gewerkschaftsmitglieder ein größeres Schutzbedürfnis aufwiesen als unorganisierte Jugendliche, betrachteten sie eine Gewerkschaftsmitgliedschaft offenbar auch als "kollektive Gefahrenabwehr"<sup>172</sup> von Bedrohungen durch Arbeitslosigkeit oder Lohnverzicht. Der Anspruch auf einen eigenen Arbeitsplatz bzw. der Wunsch nach Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes impliziert gerade unter den Bedingungen der Globalisierung immer auch Schutz vor unerwünschter Konkurrenz und kann daher leicht ethnozentrisch aufgeladen werden und in Forderungen nach Ausgrenzungsmaßnahmen münden. Zugleich erwies sich die Leistungsorientierung der organisierten Auszubildenden als besonders ideologisch besetzt. Sie korrelierte bei ihnen wesentlich stärker positiv mit Nationalismus als bei unorganisierten Jugendlichen<sup>173</sup>.

Bei einer 1999-2002 für die IG-Metall durchgeführten Jugendstudie stellte sich heraus, dass kaum noch Unterschiede zwischen Gewerkschaftsjugendlichen und Nicht-Mitgliedern in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen bestanden. Die Werte der Unorganisierten hatten sich denen der Mitglieder angenähert. Dies erklären die Autoren damit, dass sich die internationale Konkurrenz mittlerweile "zu einem Problem für alle" entwickelt habe, dass Nationalismus als Reaktion auf die Globalisierung "generell relativ attraktiv" erscheine. Als zusätzliche Begründung wird die Spiegelbildthese genannt: "Die Gewerkschaften sind Teil der politischen Kultur und sie sind deshalb sowohl von politischen Entwicklungen als auch von politischen Orientierungen ihrer Mitglieder in besonderer Weise betroffen."<sup>174</sup>

---

171 Vgl. Hahn/Horn (Anm. 33), S. 24, 41.

172 Hans-Werner Horn: No time for losers. Rechte Orientierungen gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 46. Jg. (1995), H. 8, S. 484-496, Zit. S. 494.

173 Auf Grund einer Sekundärauswertung der ALLBUS-Daten von 1996 gelangten Ahlheim und Heger ebenfalls zu dem Ergebnis, dass junge Gewerkschaftsmitglieder (18 bis 25 Jahre) - vor allem im Westen - wesentlich fremdenfeindlicher eingestellt sind als gleichaltrige Unorganisierte. Im Westen betrug das Verhältnis 29 zu 12 Prozent, im Osten 33 zu 29 Prozent. Bei den übrigen Altersgruppen zeigten sich zwischen Organisierten und Unorganisierten im Westen nur geringe Unterschiede, im Osten waren die Organisierten sogar deutlich weniger fremdenfeindlich als die Nicht-Mitglieder. Auch die ALLBUS-Daten ermöglichten keine differenzierte Ursachenanalyse. Die Autoren glaubten noch "am ehesten" die Thesen der Tübinger Forschungsgruppe bestätigt zu sehen. Vgl. Klaus Ahlheim/Bardo Heger: Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag 1999, insbes. S. 47.

174 Seddik Bibouche/Josef Held: IG-Metall-Jugendstudie. Lebenseinstellungen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Marburg: Schüren 2002, S. 98.

Unabhängig von dieser neuerlichen Bestätigung der speziellen Spiegelbildthese kann als gewerkschaftstypische Ursache für Rechtsextremismus vermutet werden, dass Gewerkschaften in besonderer Weise Personen anziehen, die auf Schutz ihres mit der Arbeit verbundenen Sozialstatus angewiesen sind. Soweit dieses Schutzbedürfnis mit Leistungsorientierung zusammenhängt, und diese wieder mit Rechtsextremismus korreliert, wäre *eine* Erklärung für eine besondere Anziehungskraft der Gewerkschaften auf rechtsextrem eingestellte Personen gegeben. Aber auch für sich genommen kann Schutzbedürfnis Autoritarismus fördern. So betont Oesterreich, dass jede "Schutz und Sicherheit anbietende Instanz" zu einer Autorität "für sich unsicher und verängstigt fühlende Menschen" werden könne, auch die Gewerkschaften<sup>175</sup>.

Überdies kann eine, womöglich in der Persönlichkeit angelegte, Hinwendung zu rechtsextremen Einstellungen auch das Ergebnis der Enttäuschung von Schutzerwartungen durch die Gewerkschaften sein. Insbesondere deshalb, weil die Ausübung einer "Schutzfunktion" durch kollektive Interessenvertretung, also die Organisierung von Solidarität, in besonderer Weise zum institutionellen Selbstverständnis von Gewerkschaften gehört. Vermag die kollektive, auf Solidarität beruhende Macht der Gewerkschaft angesichts globalisierter und verschärfter Konkurrenz - um Arbeitsplätze und zwischen den Arbeitsplatzinhabern - die Erwartungen der Mitglieder auf Schutz nicht mehr zu befriedigen, dann liegt in deren Hinwendung zu rechtsextrem-autoritären Wünschen und Deutungen *eine* Möglichkeit der Verarbeitung. Mehrere jüngere Untersuchungen zum Krisenbewusstsein von Betriebsräten referieren (wie übrigens auch unsere qualitative Untersuchung) heftige Klagen über den Verfall der Solidarität, den Verlust kollektiver Widerstandsfähigkeit und den Rückfall in puren Konkurrenz-Egoismus sowohl von Individuen als von gegeneinander aufgestellten Kollegengruppen, als auch von Betriebsbelegschaften gegeneinander<sup>176</sup>. Regelmäßige Befragungen - etwa die Trendbarometer von Polis - ergeben, dass Gewerkschaften von ihren Mitgliedern vor allem an ihren Leistungen und Tarifergebnissen gemessen werden. Es liegt also die Vermutung nahe, dass Gewerkschaften, die dem Vordringen der Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern nichts mehr entgegensetzen und deshalb auch die erwarteten Leistungen und Ergebnisse nicht mehr erbringen können, nicht nur Mitglieder verlieren, sondern auch unter den - vielleicht „sicherheitshalber“ - verbleibenden enttäuschten Mitgliedern rechtsextreme Stimmungen zwar keineswegs aktiv befördern, wohl aber durch ihre

---

175 Oesterreich (Anm. 73), S. 121.

176 Joachim Bergmann/Erwin Bürckmann/Hartmut Dabrowski: Krisen und Krisenerfahrungen. Einschätzungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2002, Nr. 4, S. 1-89, insbesondere S. 18 ff.; Juri Hälker: Betriebsräte in Rollenkonflikten. Betriebspolitisches Denken zwischen Co-Management und Gegenmacht, München/Mering: Rainer Hampp Verlag 2004.

Erfolglosigkeit passiv begünstigen. Insbesondere "Modernisierungsverlierer" wären demnach als Schutzsuchende in besonderer Weise Kandidaten für autoritäre Reaktionen und zugleich auch für Gewerkschaftsmitgliedschaft - aber eben auch für eine sehr passive und leicht enttäuschbare Mitgliedschaft. Dasselbe könnte sogar für den - noch nicht sehr großen, aber zunehmenden - Teil der "Modernisierungsgewinner" gelten, der sich verunsichert fühlt, nicht mehr allein auf die eigene Leistung vertraut und von der Gewerkschaft - oft vergeblich - Schutz erwartet.

Aus autoritarismustheoretischer Perspektive besteht also kein Unterschied zwischen der Modernisierungsgewinner- und der Modernisierungsverlierer-These, auch nicht zwischen der Individualisierungs-, Desintegrations-, Segmentierungs- und Prekarisierungs-These. Stets handelte es sich um eine Variante der **Anziehungsthese**. Sie könnte lauten, **dass den Gewerkschaften (insbesondere) solche Personen beitreten, die ihre durch gesellschaftliche Umbrüche, sozialen Wandel oder Modernisierungsvorgänge bedingten Probleme psychisch durch die Ausprägung von Persönlichkeitseigenschaften** (Konventionalismus, Rigidität, Dogmatismus, Leistungsorientierung etc.) **verarbeiten, für die Rechtsextremismus funktional ist bzw. sein kann**. Aus soziologischer Sicht könnte sich die Anziehungsthese auch auf bestimmte sozialstrukturelle Arbeitnehmergruppen beziehen, die wegen ihres sozio-ökonomischen Status Persönlichkeitseigenschaften entwickeln, die dem Rechtsextremismus Anknüpfungspunkte bieten.

Die Frage, warum Gewerkschaftsmitglieder immun gegen Rechtsextremismus (gewesen) sein sollten bzw. unter welchen Bedingungen sie es sein könnten, wird in der Literatur gar nicht erst gestellt. Einen ersten Hinweis bietet die Autoritarismustheorie. Das Gegenteil von Autoritarismus ist Selbstbewusstsein und Autonomie. In der "Authoritarian Personality" wird der "genuine Liberale" als vollkommenes Gegenstück zum Autoritären dargestellt<sup>177</sup>. Inspirierend dürfte sich dabei die bereits 1941 erschienene Schrift von Fromm "Escape from Freedom" ausgewirkt haben. Fromm hatte sich darin bemüht, die Wechselwirkungen zwischen psychologischen und soziologischen Faktoren am Beispiel der Charakterstruktur des "modernen Menschen" herauszuarbeiten. Seine Kernthese lautet, dass die Freiheit im Laufe der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft enorm zugenommen und sich damit zu einer Belastung für die Menschen entwickelt habe. Sie neigten dazu, den Freiheitsgewinn durch Flucht ins Autoritäre, Destruktive und Konformistische zu bewältigen ("negative Freiheit"). Es gelte jedoch, diesen Freiheitsge-

---

177 Adorno u.a. (Anm. 60), S. 781.

winn im Sinne von "Selbstverwirklichung" und "spontanem Tätigsein" zu nutzen ("positive Freiheit").

"Die positive Freiheit [führt] zur vollen Verwirklichung der dem Menschen eigenen Möglichkeiten und befähigt ihn, aktiv und spontan zu leben. (...) Der Sieg über autoritäre Systeme aller Art wird nur möglich sein, wenn die Demokratie nicht den Rückzug antritt, sondern die Offensive ergreift und das in die Wirklichkeit umsetzt, was alle jene im Sinn hatten, die in den vergangenen Jahrhunderten für die Freiheit gekämpft haben."<sup>178</sup>

Dies korrespondiert mit bereits erwähnten Theorien, die in einem ausgeprägten und selbstbewussten demokratischen Engagement die Antithese zum Rechtsextremismus sehen. Die **Immunisierungsthese** könnte daher (in Abgrenzung zur Anziehungsthese) lauten, **dass Gewerkschaften (insbesondere) solche Personen organisieren, die die in Folge von gesellschaftlichen Umbrüchen, sozialem Wandel oder Modernisierungsvorgängen entstandenen Probleme selbstbewusst durch nachhaltige politische Partizipation bewältigen wollen.**

### 3. Untersuchungskonzept

#### 3.1 Untersuchungsfragen und Untersuchungsschritte

Angesichts des außerordentlich defizitären Forschungsstandes besteht das Anliegen des Projekts darin, **Ursachen und Ausmaß des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern** zu untersuchen. Dabei beschränken wir uns nicht nur aus pragmatischen Gründen auf rechtsextreme **Einstellungen**. Erstens sind sie rechtsextremem Verhalten vorgelagert, und nur ein kleiner Teil der rechtsextrem eingestellten Personen wird auch in diesem Sinne aktiv. Zweitens widersprechen rechtsextreme Einstellungen - unabhängig davon, ob sie praktisch werden oder nicht - dem Selbstverständnis der Gewerkschaften als einer demokratischen, sozialen und solidarischen Wertegemeinschaft.

Wir gehen davon aus - und das wird sich auch durch unsere Daten bestätigen -, dass die Mitgliederschaft der Gewerkschaften insgesamt im Großen und Ganzen genauso anfällig für Rechtsextremismus ist wie die Gruppe der Nicht-Mitglieder. Allerdings bezweifeln wir die dafür zumeist (explizit oder implizit) gegebene Erklärung: Gestützt auf den (zugegebenermaßen mäßigen) Forschungsstand und eigene Voruntersuchungen nehmen wir an, dass die allgemeine

---

178 Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1980, S. 185 ff., 195, 199.



Spiegelbildthese - jedenfalls in ihrer Pauschalität - unzutreffend ist. Organisierte sind zwar denselben globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt wie Unorganisierte. **Sie dürften sich aber hinsichtlich ihres sozio-ökonomischen Status und ihrer sozio-politischen Orientierungen durch besondere Merkmale gegenüber den Nicht-Mitgliedern auszeichnen und damit problematische Lebenslagen anders bewältigen als Nicht-Mitglieder.** Vor allem die Einstellungen und Werte der Gewerkschaftsmitglieder dürften mit dem Organisationszweck und der Organisationsstruktur der Gewerkschaften mehr oder weniger stark korrespondieren. Das bedeutet nicht etwa, dass Gewerkschaftsmitglieder völlig andere Menschen sind als Unorganisierte, sondern dass sie sich in einigen, allerdings bedeutenden Merkmalen von diesen unterscheiden. Wir gehen weiterhin davon aus, dass Gewerkschaften in sich nicht homogen sind<sup>179</sup>, sondern eine differenzierte Teilgesellschaft mit allerdings verbindenden Merkmalen bilden. Gewerkschaftsmitglieder sind hinsichtlich ihrer Sozialstruktur und ihrer Mentalität jedenfalls nicht repräsentativ für die Gesellschaft insgesamt. Die von den Unorganisierten abweichenden Merkmale bezeichnen wir als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** bzw. als **gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale**.

Dies könnte so verstanden werden, als akzeptierten wir die spezielle Spiegelbildthese, lehnten aber die allgemeine Spiegelbildthese ab. Tatsächlich bezweifeln wir auch die spezielle Spiegelbildthese. Wir vermuten nämlich, dass der gewerkschaftsinterne Rechtsextremismus **besondere**, auf die Gewerkschaften insgesamt oder auch auf einzelne Mitgliedergruppen bezogene **Ursachen** hat. Wie wir oben dargelegt haben, lassen sich die Objekte der Widerspiegelung nämlich nicht auf die soziale Lage und auf politische Orientierungen reduzieren. Aus der Logik der speziellen Spiegelbildthese folgt, dass sie sich auch auf die Ursachen des Rechtsextremismus bezieht. Unsere diesbezügliche These lautet, dass die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen ein komplexes, in sich möglicherweise widersprüchliches Orientierungssystem ("belief system") bilden, das Bestandteile enthält, die Rechtsextremismus eher anziehen, und solche, die Rechtsextremismus eher abwehren. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von **Anziehungsorientierungen** oder **Abwehrorientierungen**. Entsprechende Verhältnisse könnten auch im Bereich des sozio-ökonomischen Status bestehen: Bestimmte,

---

179 Wirth und Brähler haben beispielsweise fünf verschiedene Typen von Gewerkschaftsmitgliedern ausgemacht: Hans-Jürgen Wirth/Elmar Brähler: Vom klassischen bis zum rot-grünen Gewerkschaftsmitglied. Eine Typologie der gewerkschaftlich Engagierten, in: Elmar Brähler/Hans-Jürgen Wirth (Hrsg.), Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 109-121.

für Gewerkschaftsmitglieder typische, sozialstrukturelle Merkmale könnten die Empfänglichkeit für rechtsextremes Gedankengut verstärken, andere könnten sich immunisierend auswirken.

**Die Ursachenanalyse bildet damit das Kernstück unseres Projekts.** Wir suchen nach Variablen ("Prädiktoren"), die positiv oder negativ mit Rechtsextremismus korrelieren. Wenn unsere Ausgangsthesen zutreffen, müsste der gewerkschaftliche Rechtsextremismus durch besondere Prädiktoren bzw. Erklärungsfaktoren gekennzeichnet sein oder einzelne Prädiktoren müssten wenigstens doch bei Organisierten stärker wirken als bei Unorganisierten. Wir erwarten zudem, dass sich diese Prädiktoren aus dem Bereich der Anziehungs- bzw. Abwehrorientierungen oder aus der Gruppe der gewerkschaftsspezifischen sozialstrukturellen Merkmale speisen. Wenn sich die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen tatsächlich zu einem Überzeugungssystem verdichten, müsste dieses (oder Teile davon) mit einigen Prädiktoren positiv, mit anderen negativ korrelieren.

Die Ermittlung von Ursachen und Ausmaß des gewerkschaftlichen Rechtsextremismus kann nur durch **Repräsentativbefragungen** erfolgen. Das gilt nicht nur für das Ausmaß, sondern auch für die Ursachen. Die vorliegenden Befunde, die auf Einzel- oder Gruppengesprächen mit speziellen Probanden beruhen, waren nicht in der Lage, gewerkschaftsspezifische Ursachen des Rechtsextremismus zu ermitteln. Jugendstudien können nicht, selbst wenn sie mehr oder weniger repräsentativ durchgeführt worden sind - nach dem pars pro toto-Prinzip interpretiert werden. Bedenkt man, dass der Anteil der 18-25jährigen an der Bevölkerung unter zehn Prozent liegt, dann verbietet sich die Verallgemeinerung von derartigen Ergebnissen.

Für die durchzuführende Repräsentativbefragung ergeben sich folgende **Untersuchungsschritte** bzw. **Untersuchungsfragen**:

a) *Überprüfung der speziellen Spiegelbildthese (Kap. B):*

- Worin unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder hinsichtlich des Ausmaßes an rechtsextremen Einstellungen und hinsichtlich der Zusammensetzung des rechtsextremen Einstellungsmusters?
- Gibt es ein gewerkschaftstypisches rechtsextremes Einstellungsmuster?
- Gibt es einen Nationalismus, der nicht völkisch fundiert ist (Standortnationalismus, reaktiver Nationalismus)?
- Ist Wohlstandschauvinismus das entscheidende Merkmal des "neuen" Rechtsextremismus?
- Lässt sich ein Primat der Fremdenfeindlichkeit oder ein Vorrang des Nationalismus im Rahmen des rechtsextremen Einstellungsmusters feststellen?
- Finden sich Hinweise, die Jaschkes "Ethnisierungs"-These unterstützen?

- Bestehen Anzeichen für einen inhaltlichen Bedeutungswandel des Rechtsextremismus?
- b) *Überprüfung der allgemeinen Spiegelbildthese unter sozio-ökonomischen Gesichtspunkten und Ermittlung von entsprechenden Prädiktoren für Rechtsextremismus (Kap. C):*
- Unterscheidet sich die Gewerkschaftsmitgliederschaft in ihrer Sozialstruktur deutlich von den Nicht-Mitgliedern?
  - Zeigen sich insbesondere Unterschiede in für die Arbeitswelt wichtigen sozialstrukturellen Merkmalen?
  - Zeigen sich Unterschiede in den sozialstrukturellen Merkmalen, welche im Zusammenhang mit Rechtsextremismus von besonderer Bedeutung sind?
  - Gibt es unter diesen wichtigen Merkmalen bei Gewerkschaftsmitgliedern andere Zusammenhänge mit Rechtsextremismus als bei Unorganisierten?
  - Lassen sich unter Gewerkschaftsmitgliedern spezifische Gruppen finden, die rechtsextreme Einstellungen deutlich abwehren oder deutlich annehmen?
  - Ist es eher soziale Ungleichheit, welche Tendenzen zum Rechtsextremismus begünstigt, oder eher soziale Segmentierung?
- c) *Überprüfung der allgemeinen Spiegelbildthese nach sozio-politischen Orientierungen und Ermittlung von entsprechenden Prädiktoren für Rechtsextremismus (Kap. D, E)*
- Sind Gewerkschaftsmitglieder in mentaler Hinsicht repräsentativ für die Gesellschaft insgesamt?
  - Worin unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen?
  - Gibt es Orientierungen, die besonders charakteristisch für Gewerkschaftsmitglieder sind (GSPO-Variablen)?
  - Welche Orientierungen begünstigen die Anfälligkeit für Rechtsextremismus, welche wirken ihm entgegen (Anziehungs-, Abwehr- und neutrale Orientierungen)?
  - Unterscheiden sich Organisierte und Unorganisierte hinsichtlich der Anziehungs-, Abwehr- und neutralen Orientierungen? Hat der Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder besondere Ursachen?
  - Lässt sich ein gewerkschaftliches "belief system" identifizieren? Welche Rolle spielen dabei gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen (GSPO-Variablen)?
  - Wie hängt dieses Überzeugungssystem mit den Anziehungs- und Abwehr Orientierungen zusammen? Besteht dieses Überzeugungssystem aus Elementen, die Rechtsextremismus eher abweisen und aus Elementen, die anschlussfähig für Rechtsextremismus sind?
- d) *Prädiktoren-Modell für die Erklärung von Rechtsextremismus (Kap. G):*
- Wie hängen die (Schlüssel-) Prädiktoren aus den Bereichen sozio-ökonomischer Status und sozio-politische Orientierungen miteinander zusammen?
  - Wie wirken sie sich auf rechtsextreme Einstellungen aus?
  - Wird Rechtsextremismus eher durch sozio-ökonomische Faktoren, eher durch Persönlichkeitseigenschaften oder eher durch die politische Kultur begünstigt bzw. eingedämmt?
  - Welche Rolle spielen soziale Ungleichheit und soziale Fragmentierung?

- Welche Unterschiede bestehen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern? Findet sich bei Gewerkschaftern eine typische Ursachenkonstellation, die der speziellen Spiegelbildthese widerspricht?
- Lässt sich das Modell der vier Bündel von Erklärungsfaktoren (Charakter, Persönlichkeit, Probleme und Politische Kultur) auf die empirische Einstellungsforschung anwenden?

Die durchzuführende ergänzende **qualitative Studie** (Kap. F), die sich auf Gruppendiskussionen mit gewerkschaftlichen Funktionsträgern stützt, **zielt im Prinzip auf dieselben Fragen zur allgemeinen und speziellen Spiegelbildthese** wie die Repräsentativbefragung: Es geht also darum, ob ein spezielles gewerkschaftliches Überzeugungssystem existiert, und ob dessen Elemente anschlussfähig oder abwehrend für rechtsextremes Denken sind. Die qualitative Studie ermittelt Deutungen, die den Teilnehmern der Gruppendiskussionen bewusst sind oder im Prozess des Gruppengesprächs entwickelt werden. Anhand von verbalen Äußerungen der Gesprächsteilnehmer werden inhaltliche Zusammenhänge, die ein Überzeugungssystem ausmachen oder zu Rechtsextremismus bzw. dessen Abwehr führen könnten, direkt erfassbar. Allerdings können die Ergebnisse der qualitativen Studie weder Repräsentativität beanspruchen noch Kausalzusammenhänge belegen. Für diesen Teil des Forschungsvorhabens ergeben sich daher insbesondere folgende spezifische Abwandlungen und Zuspitzungen der bereits genannten Fragen:

- Haben die befragten Funktionsträger ein spezifisches gewerkschaftliches Überzeugungssystem, also miteinander zusammenhängende, alltagsübergreifende, tendenziell handlungsleitende Überzeugungen von den Funktionen und Aufgaben der Gewerkschaften?
- Aus welchen Elementen besteht dieses Überzeugungssystem, und wie hängen diese Elemente miteinander zusammen?
- Wie werden diese Zusammenhänge verbal ausgedrückt? Gibt es dabei typische unterschiedliche Akzentuierungen, etwa: eher kooperative/sozialpartnerschaftliche oder eher konfliktbereite, auf den Gegenpol Arbeitgeber bezogene Orientierungen?
- Inwieweit entsprechen diese Elemente den in der quantitativen Studie ermittelten (GSPO-) Variablen, bei denen sich Gewerkschaftsmitglieder und insbesondere Funktionsträger deutlich von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden?
- Welche Elemente des Überzeugungssystems sind besonders geeignet zur Abwehr von rechtsextremen Einstellungen – insbesondere Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Internationalismus?
- Welche Elemente des Überzeugungssystems sind anfällig für den Anschluss zum Rechtsextremismus?
- Welche Rolle spielt dabei insbesondere die reale oder befürchtete Konkurrenzverschärfung zwischen den Arbeitnehmern in Deutschland, auf die diese mit einer ethnisch oder rassistisch gefärbten exklusiven Solidarität von Arbeitsplatzverteidigern reagieren können?
- Welche Rolle spielt die in den letzten Jahren gewachsene Enttäuschung der an die Gewerkschaft gerichteten Erwartungen hinsichtlich der Garantie von Lebensstandard, Arbeitsplatzsi-

cherheit, sozialer Gerechtigkeit, sozialer Anerkennung für die Hinwendung auch der Gewerkschaftsmitglieder zu rechtsextremen politischen Lösungsangeboten?

- Wie hängt das Verständnis von Gewerkschaften als nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Organisationen mit Abwehr und Anfälligkeit für Rechtsextremismus zusammen?
- Inwieweit werden außerhalb der Arbeitswelt und der Gewerkschaften liegende Ursachen für den Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder verantwortlich gemacht? Inwieweit kommt dies einer Exkulpation der Gewerkschaften gleich?
- Wo neigen gewerkschaftliche Funktionsträger zu einem Verständnis für rechtsextreme Deutungen und Haltungen ihrer Kollegen, das einer Unterstützung dieser Deutungen und Haltungen nahe kommt?

### 3.2 Indikatorenbildung für die Ursachenanalysen, unabhängige Variablen

Bei der Ermittlung der Prädiktoren für Rechtsextremismus orientieren wir uns im Prinzip an der oben angeführten Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" (S. 47), die die wichtigsten Erträge der Forschung systematisiert. Das Schema muss allerdings auf die Erfordernisse der Umfrageforschung und auf unser Erkenntnisinteresse zugeschnitten werden.

Zunächst ist zu berücksichtigen, dass sich **Charaktermerkmale** nicht mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung, sondern nur psychoanalytisch identifizieren lassen. Dennoch bilden sie unseres Erachtens wichtige Bestandteile einer Theorie des Rechtsextremismus. Denn sie prägen die Art und Weise, wie eine Person ihre sozio-ökonomischen Probleme subjektiv verarbeitet, welche individuellen Eigenschaften sie entwickelt, um die Bedrohungen ihrer arbeits- und lebensweltlichen Existenz zu bewältigen. Dass sado-masochistische, jedenfalls Ich-schwache Charaktere besonders zu Persönlichkeitseigenschaften neigen, die die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen bzw. die Übernahme von rechtsextremen Angeboten begünstigen, erscheint uns hinreichend begründet und auch plausibel zu sein. Insofern dürfte es sich auf unser Vorhaben kaum nachteilig auswirken, dass sich Charaktermerkmale nicht durch Survey-Studien ermitteln lassen und wir unsere Erhebung auf die übrigen drei Bündel von Erklärungsfaktoren (Persönlichkeit, Probleme, politische Kultur) beschränken müssen. Dies werden all jene Fachvertreter nicht als Mangel ansehen, denen sich die Notwendigkeit einer Unterscheidung von Charaktermerkmalen und Persönlichkeitseigenschaften nicht erschließt oder die den psychoanalytischen Ansatz skeptisch betrachten und Persönlichkeitseigenschaften auf lebenslange Sozialisations- bzw. Lernprozesse zurückführen.

Es liegt im Wesen der Umfrageforschung, dass sie nicht mit "objektiven" Tatsachen arbeitet, sondern mit mehr oder weniger subjektiv gefärbten Auskünften von Individuen über ihre Persönlichkeit, über ihre sozio-ökonomische Lage und die daraus resultierenden Probleme sowie

über ihre Bewertung von sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zuständen<sup>180</sup>. Diese Auskünfte lassen sich nur nach dem Grad ihrer subjektiven Färbung unterscheiden. Umfragetechnisch stehen für die Bearbeitung der drei verbleibenden Prädiktorenbündel nur zwei Typen von Fragen zur Verfügung, die sich nicht einmal exakt gegeneinander abgrenzen lassen:

- Fragen zum **sozio-ökonomischen Status**, die als Tatsachenfeststellungen aus subjektiver Sicht zu interpretieren sind und daher möglichst keine Bewertungen enthalten sollten.
- Fragen, die auf die Bewertung von Objekten zielen. Dabei ist zwischen der eigenen **Persönlichkeit** und **gesellschaftlichen Zuständen** zu unterscheiden. Da dieser Unterschied forschungskonzeptionell von großer Bedeutung ist, müssen die Instrumente sorgfältig formuliert werden. Fragen zur Persönlichkeit sollten keine politischen Implikationen aufweisen. Dies gilt selbstverständlich nicht für die explizit politischen Persönlichkeitseigenschaften (politische Apathie, Efficacy, Wertorientierungen), die sich aber nur auf Politik schlechthin, nicht aber auf konkrete politische Sachverhalte erstrecken dürfen. Diese sind Gegenstand der Fragen zu ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Einstellungen und Überzeugungen. Auskünfte über die eigene Persönlichkeit und über gesellschaftliche Zustände bezeichnen wir zusammenfassend als **sozio-politische Orientierungen**.

**Wir suchen die Prädiktoren für rechtsextreme Einstellungen also in zwei verschiedenen Bereichen: im sozio-ökonomischen Status und in den sozio-politischen Orientierungen<sup>181</sup>.** Daraus ergibt sich die bereits dargestellte Abfolge von Untersuchungsschritten: Nach der Darstellung der abhängigen Variablen und der Überprüfung der speziellen Spiegelbildthese (Kap. B) wird der sozio-ökonomische Status hinsichtlich der Gültigkeit der allgemeinen Spiegelbildthese und bezüglich seiner Erklärungskraft für Rechtsextremismus untersucht (Kap. C). Sodann werden die sozio-politischen Orientierungen derselben Prozedur unterzogen (Kap. D, E) und durch qualitative Befragungsergebnisse vertieft (Kap. F). Anschließend werden der sozio-ökonomische und der sozio-politische Untersuchungsstrang zusammengeführt und die verschiedenen Prädiktoren - vergleichend für

180 Dass sich Befragungen auch auf bisheriges Verhalten und auf Verhaltensabsichten erstrecken können, sei nur am Rande erwähnt, da Verhalten in unserem Projekt bis auf zwei Ausnahmen (Wahlabsicht, Wahlbereitschaft) keine Berücksichtigung findet.

181 Die Problemliste in der Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" (S. 47) enthält Variablen, die sich auf den konkreten sozio-ökonomischen Status einer Person beziehen und solche, die auf die Bewertung dieses Status zielen (Unzufriedenheit, Deprivation, Statusangst). Letztere rekurrieren auf das Unzufriedenheitstheorem, das auch die Erklärungsfaktoren im Bereich der politischen Kultur prägt. Denn diese betreffen die Unzufriedenheit mit der Demokratie bzw. mit dem System insgesamt. Auch Individualisierung bezieht sich nicht auf den Status einer Person, sondern auf die Bewertung des Status. Der sozio-ökonomische Problemhaushalt erstreckt sich also auf sozio-ökonomische und auf sozio-politische Prädiktoren.

schiedenen Prädiktoren - vergleichend für Organisierte und Unorganisierte - in Beziehung gesetzt (Kap. G). Aus dem Gesamtbefund sollen dann abschließend Empfehlungen für den Umgang mit dem gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus abgeleitet werden (Kap. H).

Sieht man einmal von einigen wenigen sozialstrukturellen Merkmalen ab (Geschlecht, Alter, Beruf etc.), dann lassen sich die Prädiktoren für Rechtsextremismus nicht direkt beobachten. Es bedarf mithin der Entwicklung von Indikatoren für diese Prädiktoren. Erläuterungen zu den einzelnen Indikatoren finden sich gegebenenfalls in den jeweiligen Kapiteln. Folgende (unabhängige) Variablen sind Gegenstand der Befragung bzw. Analyse. Dabei konnten nicht alle Aspekte aus der Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" (S. 47) berücksichtigt werden. Wir mussten uns auf empirisch gut begründete oder wenigstens doch plausible Erklärungen beschränken.

### **Sozio-ökonomischer Status**

- soziale Ungleichheit (Geschlecht, Alter, Beruf, Bildung, Einkommen, Schichtzugehörigkeit);
- sozialer Auf- bzw. Abstieg, soziale Mobilität;
- Betrieb, Arbeits- und Vertragssituation;
- Tätigkeitsmerkmale, Modernität;
- Prekarität;
- Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsmilieu.

### **Persönlichkeitseigenschaften**

- Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem (ASKO);
- Leistungsorientierung;
- politische Apathie;
- Gefühl politischer Effektivität (Efficacy);
- (autoritäre) Wertorientierungen.

### **Bewertung gesellschaftlicher Zustände**

- Links-Rechts-Selbsteinstufung;
- Zufriedenheit mit der Demokratie als System;
- demokratische Orientierungen;

- systemkritische bis -feindliche Orientierungen (Sozialismus);
- Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften<sup>182</sup>;
- wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit;
- politische Unzufriedenheit;
- Arbeitsunzufriedenheit;
- relative Deprivation.

### 3.3 Terminologie, Definitionen, Operationalisierungen und Konventionen

- Die **Spiegelbildthese** behauptet, dass Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen. Wir unterscheiden zwischen der **allgemeinen** Spiegelbildthese, die sich auf allgemeine Merkmale bezieht (unabhängige Variablen), und der **speziellen** Spiegelbildthese, die sich auf rechtsextreme Einstellungen (abhängige Variablen) bezieht. Als Vergleichsgruppe zu den Gewerkschaftsmitgliedern dienen die Nicht-Mitglieder<sup>183</sup>. Die Spiegelbildthese wird verworfen bzw. zurückgewiesen, wenn die prozentualen Abweichungen der auf bestimmte Ausprägungen bezogenen Messwerte der Gewerkschaftsmitglieder von denen der Nicht-Mitglieder  $\pm 20$  Prozent und mehr betragen<sup>184</sup>. Die Zurückweisung der Spiegelbildthese erfolgt also nicht schon dann, wenn keine vollständige Identität bezüglich eines Merkmals besteht.
- Die **allgemeine Spiegelbildthese** bezieht sich auf unabhängige Variablen, also sowohl auf den **sozio-ökonomischen Status** als auch auf **sozio-politische Orientierungen**.
- **Sozialstrukturelle Repräsentativität** der Gewerkschaftsmitglieder bedeutet die (Nicht-) Übereinstimmung der sozialen Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder mit der der Nicht-Mitglieder. Als Maß dient die prozentuale Abweichung der Anteile der Gewerkschafts-

---

182 Orientierungen gegenüber den Gewerkschaften werden in der Literatur zwar nicht als Merkmale der Politischen Kultur genannt, die Rechtsextremismus erklären. Das Erkenntnisinteresse unseres Projekts zwingt allerdings zur Berücksichtigung derartiger Orientierungen. Denn sie könnten Bestandteile eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems sein und Aufschluss darüber geben, auf welchem Weg Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften findet.

183 16% der Befragten sind gewerkschaftlich organisiert, die Nicht-Mitglieder machen also 84% der Befragten aus.

184  $(\text{Organisierte} - \text{Unorganisierte}) \times 100 / \text{Unorganisierte}$ . Als Berechnungsgrundlage dienen auf ganze Zahlen gerundete Messwerte. Ein Beispiel: 24% der Gewerkschaftsmitglieder und 19% der Nicht-Mitglieder stufen sich als links ein. Die prozentuale Abweichung beträgt  $(24 - 19) \times 100 / 19 = 500 / 19 = 26$ . Da dieser Wert außerhalb der 20 Prozent-Marge liegt, stellen die Gewerkschaftsmitglieder in Bezug auf die linke Selbstverortung kein Spiegelbild der Gesellschaft dar.



mitglieder von den Anteilen der Nicht-Mitglieder bezogen auf eine soziale Gruppe. Es gibt Auskunft darüber, inwieweit die allgemeine - sozialstrukturelle - Spiegelbildthese zutrifft.

- Sozialstrukturelle Repräsentativität darf nicht mit dem **gewerkschaftlichen Organisationsgrad** verwechselt werden. Dieser bezieht sich auf den Teil einer sozialen Gruppe, der Mitglied einer Gewerkschaft ist. Prozentuierungsbasis ist also die jeweilige soziale Gruppe. Sozialstrukturelle Repräsentativität vergleicht dagegen Organisierte mit Unorganisierten. Prozentuierungsbasis sind mithin die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt bzw. einzelne Mitgliedergruppen oder die Nicht-Mitglieder.
- **Mentale Repräsentativität** der Gewerkschaftsmitglieder bedeutet die (Nicht-) Übereinstimmung von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern hinsichtlich sozio-politischer Orientierungen. Als Maß dient die prozentuale Abweichung der Anteile der Gewerkschaftsmitglieder von den Anteilen der Nicht-Mitglieder bezogen auf einzelne sozio-politische Orientierungen. Der Vergleich erfolgt in der Regel nur für starke Ausprägungen einer Orientierung. Mentale Repräsentativität gibt Auskunft darüber, inwieweit die allgemeine - mentale - Spiegelbildthese zutrifft.
- Als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** (auch **GSPO-Variablen**) bezeichnen wir die sozio-politischen Orientierungen, bei denen die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen sich Organisierte deutlich (20 Prozent-Marge) von Unorganisierten unterscheiden.
- Als **gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale** (auch **GSM-Variablen**) gelten Variablen aus dem Bereich des sozio-ökonomischen Status, bei denen die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen sich Organisierte deutlich (20 Prozent-Marge) von Unorganisierten unterscheiden.
- Die **spezielle Spiegelbildthese** bezieht sich auf rechtsextreme Einstellungen bzw. auf die einzelnen Dimensionen der Rechtsextremismus-Skalen, die als gesonderte Indizes berücksichtigt werden (abhängige Variablen). Der Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern erfolgt nur für Skalen- bzw. Indexwerte, die über dem arithmetischen Mittel liegen. In diesem Zusammenhang sprechen wir auch von rechtsextremen, autoritären, fremdenfeindlichen etc. **Einstellungspotenzialen**.
- Die Überprüfung der speziellen Spiegelbildthese erfolgt durch den Vergleich von Einstellungspotenzialen bei einzelnen Mitgliedergruppen und den entsprechenden Gruppen von Nicht-Mitgliedern (z.B. organisierte Arbeiter und unorganisierte Arbeiter). Betrachtet wird also die **relative Anfälligkeit** für Rechtsextremismus. Wenn Einstellungspotenziale von einzelnen

Untersuchungsgruppen mit dem Durchschnitt aller Befragten verglichen werden, handelt es sich um **absolute Anfälligkeit** für Rechtsextremismus.

- Als **Rechtsextremisten** bezeichnen wir Befragte, die auf den Rechtsextremismus-Skalen einen Messwert erreichen, der über dem Mittel der Skalenbreite (arithmetisches Mittel) liegt.
- Als **Prädiktoren für Rechtsextremismus** bezeichnen wir (unabhängige) Variablen, mit denen wir rechtsextreme Einstellungen erklären wollen. Diese Variablen suchen wir entweder im Bereich der sozio-politischen Orientierungen oder im Bereich des sozio-ökonomischen Status. Bei **Schlüsselprädiktoren** handelt es sich um aus mehreren Variablen gebildete Indizes, die Rechtsextremismus besonders gut erklären. Die Erklärungskraft der Prädiktoren wird durch Korrelations- oder Regressionsanalysen ermittelt.
- Bei **Anziehungsorientierungen** handelt es sich um Prädiktoren aus dem Bereich der sozio-politischen Orientierungen, die positiv mit den Rechtsextremismus-Skalen korrelieren, **Abwehrorientierungen** korrelieren negativ mit Rechtsextremismus und **neutrale Orientierungen** korrelieren nicht (signifikant) mit Rechtsextremismus.
- Entsprechend unterscheiden wir sozio-ökonomische Indizes, die positiv, negativ oder nicht mit Rechtsextremismus korrelieren.
- **Die Anziehungsthese** in ihrer allgemeinen Form ist bestätigt, wenn das rechtsextreme Einstellungspotenzial der Organisierten das der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent übersteigt.
- **Die Immunisierungsthese** in ihrer allgemeinen Form ist bestätigt, wenn das rechtsextreme Einstellungspotenzial der Organisierten das der Unorganisierten um mindestens 50 Prozent unterschreitet.

Bei der Messung von statistischen Zusammenhängen bedienen wir uns zumeist des **Korrelationskoeffizienten  $r$  von Pearson** (auf Ausnahmen wird gesondert verwiesen). Bei der Beschreibung der Beträge bedienen wir uns folgender, von uns festgelegter, Konvention:

n.s.	Nicht signifikant; es besteht kein signifikanter Zusammenhang.
0,00 - 0,09	Es liegt <b>keine</b> bzw. <b>keine nennenswerte</b> Korrelation vor (keine Assoziation, kein Zusammenhang), die Variablen korrelieren <b>nicht</b> miteinander.
0,10 - 0,19	Es liegt eine <b>sehr schwache, sehr geringe</b> Korrelation vor.
0,20 - 0,29	Es liegt eine <b>schwache, geringe</b> Korrelation vor.
0,30 - 0,39	Es liegt eine <b>mittlere (ziemlich starke)</b> Korrelation vor.

0,40 - 0,49	Es liegt eine <b>starke</b> Korrelation vor.
0,50 - 0,69	Es liegt eine <b>sehr starke</b> Korrelation vor.
0,70 - 0,89	Es liegt eine <b>fast vollständige, fast perfekte</b> Korrelation vor.
0,90 - 1	Es liegt eine <b>vollständige, perfekte</b> Korrelation vor.

Eine unserer wichtigsten Vergleichsvariablen ist die **Ost-West-Variable**, weil in der ehemaligen DDR das Rechtsextremuspotenzial größer ist als im Westen Deutschlands. Zudem zeigen viele Untersuchungen deutliche Unterschiede in den sozio-politischen Orientierungen von West- und Ostdeutschen. In unserer Untersuchung operationalisieren wir "Ostdeutsche" mit dem heutigen Wohnsitz in der ehemaligen DDR bzw. in Berlin-Ost, Entsprechendes gilt für "Westdeutsche". Damit verbindet sich eine kleine Unschärfe: Denn von den Befragten, die heute in Ostdeutschland wohnen, hielten sich 3,1 Prozent vor der Wiedervereinigung nicht dort auf. Bei den heute in Westdeutschland Wohnenden beträgt der entsprechende Anteil 7,1 Prozent. Von ihnen lebte der größere Teil (4,6%) vor der Wiedervereinigung in der DDR.

### 3.4 Zur Datenbasis der Repräsentativbefragung und zur Gewichtung der Daten

Die Feldarbeit führte Forsa im April 2003 durch, wobei die ersten 100 Interviews als **Pretest** dienten. Es wurden insgesamt **4008 vollständige Interviews** realisiert, 2006 mit Gewerkschaftsmitgliedern (1005 in Westdeutschland und 1001 in Ostdeutschland) und 2002 mit Nicht-Mitgliedern (1000 im Westen und 1002 im Osten).

Die Stichprobenziehung erfolgte in Form von **vier disproportional geschichteten Stichproben**: nach Gewerkschaftsmitgliedern mit heutigem Wohnort in der ehemaligen DDR und mit heutigem Wohnort in der ehemaligen BRD und nach Nicht-Mitgliedern mit heutigem Wohnort in der ehemaligen DDR und mit heutigem Wohnort in der ehemaligen BRD. Die Daten zu Gewerkschaftsmitgliedschaft und Wohnort waren aus einer ersten Befragung von Forsa bekannt: Im Rahmen von repräsentativen telefonischen Bevölkerungsbefragungen hatten sich interviewte Personen auf Anfrage bereit erklärt, für ein weiteres Interview zur Verfügung zu stehen. Es erfolgte somit eine Stichprobenziehung aus Stichproben. Ungefähr 90 Prozent der Angefragten waren interviewbereit. Im Vergleich dieser ersten Gruppe mit den ca. zehn Prozent, die nicht für ein weiteres Interview zur Verfügung standen, ergaben sich nach Angaben von Forsa kaum Unterschiede in den Strukturmerkmalen Alter, Geschlecht, Beruf, Bildung, Wahlabsicht, sie betrugen maximal zwei Prozentpunkte. Aus diesen 90 Prozent wurden die vier Gruppen gebildet, welche die jeweiligen Grundgesamtheiten bildeten, aus denen die Stichproben gezogen wur-

den. Inwieweit die den Stichprobenziehungen zugrunde liegenden Gruppen die Verteilung in den jeweiligen Grundgesamtheiten in wichtigen Merkmalen abbildeten, ist uns nicht bekannt. Die Ausschöpfungsquoten betragen für jede Teilstichprobe ca. 65 Prozent, so dass sich daraus jeweils Bruttostichproben in der Größenordnung von 1540 Fällen ergeben. Aufgrund der bisherigen Diskussion und Kenntnisse kann die Güte der Repräsentativität der Stichproben nicht mit sehr gut, jedoch als hinreichend bewertet werden. Die Nettostichproben umfassen - wie erwähnt - jeweils ca. 1000 Personen.

Als **Gewerkschaftsmitglieder** werden in der Untersuchung Mitglieder von Organisationen definiert, die sich selbst als Gewerkschaften verstehen und deren Dachorganisation der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Beamtenbund (DBB) oder der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) sind. In der Befragung erfolgte die Einordnung als Gewerkschaftsmitglied entsprechend den Angaben der Befragten: Definition und Selbstzuordnung sollten übereinstimmen, können prinzipiell aber auch voneinander abweichen. Die Überprüfung auf Übereinstimmung ist in der Untersuchung möglich aufgrund der Antworten auf die Frage, in welcher Gewerkschaft die Befragten Mitglied sind. Aufgrund der Angaben zum Namen der Gewerkschaft konnten die Interviewer 93 Prozent der 2006 Befragten, die sich als Gewerkschaftsmitglied bezeichneten, eindeutig einer DGB-Gewerkschaft oder den Dachverbänden DBB und CGB zuordnen. Keine Angaben, welcher Gewerkschaft sie angehören, machten 14 Mitglieder (0,7%), und weitere 126 Mitglieder (6,3%) konnten keiner der den drei Dachorganisationen angehörenden Gewerkschaften zugeordnet werden. Sie wurden daher unter "sonstige" verbucht. Diese Zuordnungsschwierigkeiten sind vermutlich vor allem wegen der Differenziertheit von DBB (39 Fachgewerkschaften) und CGB (15 Einzelgewerkschaften) entstanden, weshalb die meisten Befragten in der Gruppe der "sonstigen" zum DBB oder CGB gehören dürften.

Nun zur **Gewichtung**: Zunächst wurden die vier Teilstichproben zu einer einzigen Stichprobe addiert. Sie wies erwartungsgemäß sehr große Verzerrungen bei den Merkmalen Wohnort und Gewerkschaftsmitgliedschaft auf: Ostdeutsche und Gewerkschafter waren stark überrepräsentiert. Deshalb wurde für die BRD-Stichprobe nach diesen beiden Merkmalen die Design-Gewichtung vorgenommen. Dies hatte zur Folge, dass die Präzision der Stichprobe etwas sank. Für die Überprüfung auf Verzerrung bringt dies einen Wechsel auf eine andere Fehlertoleranztafel mit sich. Nach der Design-Gewichtung war beim Bildungsabschluss "Haupt-/Volksschule" immer noch eine sehr große Verzerrung vorhanden. Deshalb wurde für das Merkmal "Bildung" eine Ausfallgewichtung vorgenommen, obwohl diese Art der Gewichtung sehr umstritten ist. In der Forschungspraxis wird sie meist dann als gerechtfertigt angesehen, wenn das zu gewichtende Merkmal mit einer wichtigen Untersuchungsvariablen korreliert, was hier zutrifft. Wie aus

anderen Untersuchungen bekannt ist, hängt die zu untersuchende abhängige Variable Rechtsextremismus mit dem Merkmal "Bildung" signifikant zusammen. Danach gab es noch kleine Verzerrungen bei den Merkmalen "berufliche Stellung" ("Arbeiter", "Hausfrau/-mann") und beim Merkmal "Altersgruppe" ("bis unter 25 Jahre", "65 Jahre und älter"). Da die abhängige Variable mit der Ausprägung "Arbeiter" korreliert, wurde für "berufliche Stellung" eine Ausfallgewichtung vorgenommen. Aufgrund der Gewichtungen hat sich die Zahl der gültigen Fälle nach der Endgewichtung auf 4031 erhöht.

Die Konstruktion der Ost- und der Weststichprobe erfolgte analog der BRD-Konstruktion. Bei der Herstellung der Mitglieder- und der Nicht-Mitglieder-Stichprobe standen wir vor dem Problem, dass für Gewerkschaftsmitglieder kaum und für Nicht-Mitglieder überhaupt keine statistischen Daten zur Verfügung stehen, anhand derer ein Vergleich mit den Stichprobendaten möglich gewesen wäre. Deshalb wurden zum Vergleich Daten aus der gewichteten BRD-Stichprobe herangezogen, die nach Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern geteilt wurden.